1

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. JANUAR

D 2442 F Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

widо mosen: military misfits ■ h.-j. steffen: numerus clausus? ■ m. müller: bildungsplanung ■ gedichte u. a. von horst bingel, pg hübsch, günter kunert, agno stowitsch ■ neue kunst: p. engel; n. jungwirth ■

DISKUS

come on in the water's fine come on in

Club For Sophisticates

Talk to me. Mention "Special interests." Don't be shy! Within a week you'll start receiving letters. $1. brings membership to Men. Ladies Free.

Confidential Discretion Assured

IVY CLUB, ROOM 10, BOX 205
Terminal A, Toronto 1, Canada

FREE! FREE!

Yes, FREE! A hot sample photo and exciting brochure about our daring photos from Canada . . . New girls never before seen in the States. Please send $1 to help cover cost of handling. (Credited to first order). Adults only.

SETS: $5 - $10 - $20 - $50 - $100

BETTER BOOKS — RM. 10
Box 11, Station J, Toronto 6, Canada

RUBBER GARMENTS

ETC. . . . MADE TO ORDER

Profusely Illustrated Brochure & Sample $1.00, deductible from first order.

OLYMPIA, Box 126-A 105
Brooklyn 18, New York

When reading ADAM (Vol. 7, no. 3) we at the 3rd Bn 8th Marine Communications Center came across one of the most delightful beauties we have seen in a long time. We have chosen Cathy Crowfoot, (identification number 36-23-35) as THE GIRL WE WOULD LIKE MOST ON A FIELD TRIP. How are chances of having you send us a few more shots of this luscious lovely?

L/Cpl. David Bergron
Camp Lejeune,
North Carolina

Sorry, David, we can't send or sell pictures of the models. But here's an extra shot of Cathy for the U.S. Marines.

* * *

FEEL LUCKY

My girlfriend and I will prove we can make you FEEL LUCKY to receive our photos and personal letter. We have $3, $5, & $10 sets. Sample 25c

JEAN B. Box # 437
Radio City Sta., N.Y. 19, N.Y.

LARGE BUSTED YOUNG GIRL

Frisky Laine (46-26-38). Shudder with pleasure as her unclad seductive young body eagerly teases, pleases, shows all and leaves you breathless with delight. Daringly intimate **8x10 photo set** in clear sharp detail **$3.** Five thrilling **stag color slides $2.** Torrid **TWIST routine** on sizzling **8mm 50 ft color movie $10.** ADULTS ONLY!

GEO. GOWLAND 999 Rose Ave.,
Dept. 2029 Palm Springs, Calif.

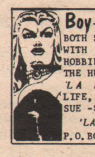
8MM BLAZING COLOR!

All new models never before shown,
100' — $15.00 ea. 50' — $8.00 ea.
Or, send $1.00 for illustrated brochure deducted from first film order, to

VISTA SALES CO., Dept. DA
P.O. Box 1169,
Seattle, Wash. 98111

BORED?

TELL ME THE POSE YOU REALLY WANT TO SEE. (DON'T BE SHY). I WILL SEND YOU A CONFIDENTIAL REPLY PLUS 4 SAMPLE PHOTOS OF THE TYPE MEN HAVE ASKED FOR. SEND ONE DOLLAR TO—KIM CRISTEL,
BOX 74502 #C L. A. 4, CALIF.



Boy-Meets-Girl WIN NEW FRIENDS DIFFERENT, UNUSUAL

BOTH SEXES, FROM ALL WALKS OF LIFE, WITH VARIOUS & UNUSUAL INTERESTS & HOBBIES, CORRESPOND & MEET THROUGH THE HUNDREDS OF ADS IN THE PAGES OF *LA PLUME* MEET YOUR PARTNER FOR LIFE, LOVE OR JUST FUN. CURRENT ISSUE -$3.00- CASH, STAMPS OR M.O.

'LA PLUME' (ILLUSTRATED) DEPT. 106
P.O. BOX 148, BROOKLYN, N. Y. 11230

Collage: Holtfreter / Anzeigen: Adam

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich
Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans-Joachim Steffen, David H. Wittenberg.
Karl Riha (Feuilleton), Franz-Joachim Gaber, Ulrich Luetjohann, Gerhard Schulz, David H. Wittenberg.
Redaktions-Geschäftsführer: Manfred Müller.
Verlagsleiter: Werner Fritzsche.
Anzeigen: Werner Fritzsche.
Vertrieb: Gerhard-Wolfgang Schellenberg.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647. Dresdner Bank Nr. 121 210.
Postscheckkonto Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Hanns Fischer

Der Komiker & der Kardinal

EIN SCHUSS UND FÜNFZIG TOTE versprach ein Filmplakat des Jahres 1959. Der amerikanische Titel trifft den Stoff vielleicht besser. Er heißt ganz einfach „Alias Jesse James". Vom Plakat lächelte Bob Hope, den man damals noch für einen Komiker hielt.
Die Eskalation dieses Filmtitels beweist Bob Hope seit wenigen Jahren als Truppenunterhalter der amerikanischen Soldaten in Vietnam. Fünfzig Tote sind halt zu wenig. Der Schuß bedarf eines anderen Kalibers, und das „Alias" des Originaltitels kann man eventuell bald fallen lassen.
Vergessen kann man auch den Titel eines Bühnenstücks, in dem Hope einmal auftrat: „So this is Peace". Seiner berühmten Serie „Der Weg nach Marokko, Rio, Bali, Singapur und Utopia" kann er jetzt die Unmenschlichkeit als weitere Station zufügen. So packt er alljährlich den Golfschläger und reist zur Weihnachtszeit gen Vietnam, wo man ihn als Santa Claus, Uncle Sam und „Päckchen von daheim" begrüßt.
Ein wenig enttäuscht zeigte er sich im letzten Jahr, da viele seiner Einladungen an andere Künstler, an der Weihnachtstour teilzunehmen, abgelehnt wurden. Diese Kollegen seien unzufrieden mit der amerikanischen Politik. Auch er sei unzufrieden, fügt er schelmisch hinzu, denn: „Wir sollten ein wenig schneller sein – im Falkenstil".
Ja das ist Humor.
In Vietnam begrüßt ihn die Kapelle mit dem schönen Lied „Dank für die Erinnerung". Da lächelt er wieder. Er ist seinem Glück nahe. Und Glück sieht er auch auf den Gesichtern der Flughafenleute. Das verjüngt ihn immer, meint einer seiner Begleiter.
Dann beginnt die eigentliche Tournee. Mit heulenden Sirenen natürlich. 12 Tage, 23 000 Meilen und 24 Auftritte waren es 1965. Präsident Johnson kann stolz sein auf dieses Übersoll. Er telegrafierte seine Zufriedenheit.
„Das ist Direktbefriedigung", kommentiert der Kunstschaffende. „Man dreht einen Film oder eine Fernsehshow, und man muß warten, ob es ein Erfolg war oder nicht. Aber hier geht man hinaus und schon applaudieren diese Burschen. Das ist ein Gespräch von Mann zu Mann, und man hat das Gefühl, diesen Jungen wirklich dabei zu helfen, ihre eigenen Probleme zu vergessen."
Ihre eigenen Probleme? Heißen sie Vietkong, China, Einsamkeit, Unsicherheit, oder wie? Bob Hope kennt ihre Sorgen. Er weiß sie zu mildern. Etwa mit dem so passenden Lied „Stille Nacht, heilige Nacht". Das treibt den Soldaten die Tränen in die Augen. In Vietnam. Und dann geht es weiter. Hopes Lieblingsbeschäftigung ist der Besuch von Krankenhäusern. Hier darf man zeigen, daß man wirklich glücklich ist, bei ihnen zu sein. Mitleid hilft hier nicht. „Bob hat gelernt, seine Gefühle völlig zurückzuhalten," kommentiert ein Begleiter. Und so lächelt er, wenn er den Soldaten ohne Beine sieht. „Gib's nicht auf Junge. Mach weiter".
Auch das ist Humor.
In einem Hotel in Saigon trifft Bob Hope einen anderen prominenten Truppenbetreuer, Francis Cardinal Spellman.
„Sie scheinen müde zu sein," begrüßt er den katholischen Hirten. „Sie hatten heute schon fünf Auftritte (shows im Originaltext!). Warum machen sie nicht ein wenig Pause?" – „Ja, meine Augen lassen ein wenig nach. Aber ich habe eine Idee. Warum übernimmst Du nicht die nächste Show für mich? Die Leute werden auf dich hören."
Sie sind aus gleichem Holz die beiden. Man könnte Kardinal und Komiker fast austauschen. „Sie dienen Gott und der Zivilisation", beschreibt Spellman das Treiben seiner Landsleute in Vietnam. Ein gelungener Gag, fürwahr. Und seine Humoreske geht weiter: „Ohne ihre Opfer wären wir schnell besiegt und würden Opfer der Tyrannei . . . Ich glaube, daß ihr unter diesen Umständen nicht nur Eurem Land dient, sondern Gott, weil Ihr den Grundsatz der Gerechtigkeit, den der Zivilisation und Gottes vertretet . . . Ein glückliches Neues Jahr wird in Frieden und Sieg kulminieren und in der Heimkehr in Euer Heimatland."
Das sind offene Worte des Kardinals an seine Truppen, die er für die „einzigen Garanten gegen die Herrschaft des Kommunismus" hält, mit denen er sich verbunden fühlt „im Gebet und Patriotismus für diese Anstengung". „My country right or Wrong", ist die fromme Devise des Kirchenmannes, der die Ergebnisse des letzten ökumenischen Konzils noch nicht wahrgenommen hat. Die Meinung der seiner Kirche nahestehenden Zeitung „Commonweal", daß der Krieg in Vietnam „eine Sünde und ein Verbrechen" sei, ist ihm gleichgültig. Was Laien so denken!
Spellman kennt den Kampf genau. In seinem 1951 erschienenen Buch „The Foundling" (Der Findling), läßt er eine fromme Schwester bemerken: „. . . Verwechselst Du nicht Toleranz mit Kompromiß? Läufst Du nicht unbewußt mit denen, die uns und unsere Lebensart zerstören würden, wie sie fälschlich die Wahrheit im Namen der Toleranz kompromittieren? Dieser neue und moderne Gesang von Toleranz, Paul (gemeint ist im Buch noch nicht der Papst, d. V.), ist keine Tugend. Er ist das Laster der Gleichgültigkeit."
Und am Schluß des Buches erzählt Spellman: „Der Bischof saß mit Tom auf dem Vordersitz. Einmal drehte er sich um, ob alles in Ordnung war. Der Kopf des Mädchens lag ruhig auf der Schulter des jungen, blinden Soldaten. „Ja", schloß der Bischof, „alles *ist* in Ordnung."
Das könnte Spellmans Kommentar zu Vietnam sein. Bob Hope würde lächeln. Oder nicht. Denn der Komiker – nicht der Kardinal – will seine Truppenbesuche nur aufgeben, wenn es kein Weihnachten mehr gibt. Daß es keinen Krieg mehr gibt, kann er sich nicht vorstellen. Ein komischer Komiker. Oder zwei?

Reinhard S. Strecker

Faust in der Tasche

Dörbeck um 1830:
„Ick sage ja keen Wort, Herr Kumsargus!"
„Halt Sie's Maul! Sie raisonniert inwendig!"

I. B. Ebel in einer der ersten Simplizissimus-Nummern 1896:
„He, mein Lieber! Mir scheint, Sie machen da eine Faust in der Tasche!"

Demonstrationen, die nicht friedlich verlaufen, und Übergriffe der Polizei gegen Demonstranten, hauptsächlich gegen Studenten, sind wohl keine Berliner Spezialität. Aber anderswo erscheinen danach auch kritische Berichte über das Vorgehen der Polizei. So zum Beispiel in der Münchener Lokalpresse nach den Schwabinger Zwischenfällen.
Das passiert der Polizei in Berlin nur selten, und letzthin immer seltener. Da waltet Springer, und was ihm noch nicht gehört, hat sich doch in der Berichterstattung weitgehend angeglichen. Seit dem 17. Oktober 1806 heißt es in Berlin: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Und, soweit es nicht gegen den Osten geht – auf der anderen Seite umgekehrt – gilt dies ‚erste' Berliner Gebot noch heute. Verstöße werden von derLokal-Presse streng geahndet. Die Ostberliner Maxime von der parteiischen Berichterstattung gilt auch in Westberlin, wo sie sogar ohne Überwachung durch Staat und Partei eingehalten wird. Auch darin ist der Westen dem Osten über.
Die Polizei hat für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Und für den Straßenverkehr. Das hat sie gelernt. Daß sie darüber hinaus auch noch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu schützen hat ist eine Zumutung ziemlich jungen Datums, zugegeben, und hat sich noch nicht überall herumgesprochen. Polizei und Lokalpresse scheint das noch unbekannt zu sein. Auch entspricht das gar nicht der Berliner Tradition, und dabei ist doch Tradition gerade wieder so sehr in Mode. Aus dieser besonderen Berliner Tradition soll hier anhand einiger Vorfälle berichtet werden.

Nachdem der Bundespräsident Lübke für eine zweite Amtsperiode für diesen Posten nominiert worden war, gab es erhebliche Unruhe. In Berlin demonstrierten einige Studenten am Kurfürstendamm gegen diese Nominierung. Die Polizei beschlagnahmte ihre Plakate. Daraufhin schrieb Dr. Adolf Arndt einen Leserbrief an das Spandauer Volksblatt:

„Ist der Berliner Polizei unser Grundgesetz nicht bekannt? Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gelten die Grundrechtsvorschriften des Grundgesetzes auch in Berlin. Der Artikel 5 des Grundgesetzes gibt jedermann das verfassungskräftige Grundrecht, seine Meinung in Wort, Bild und Schrift frei zu äußern. Jedem steht es deshalb frei, sich ein Schild umzuhängen und darauf eine politische Meinung kundzutun, wie immer es ihm gefällt, solange er damit nicht gegen allgemeine Gesetze wie das Strafrecht (z. B. Beleidigung) verstößt. Jedem steht es frei, mit einem solchen Schild auf eine öffentliche Straße zu gehen. Die Polizei ist nicht befugt, das zu unterbinden. Im Gegenteil, sie ist verpflichtet, solche Meinungsäußerungen zu schützen. ‚Einschreiten' kann die Polizei nur, wenn z. . durch Ansammlungen – der öffentliche Verkehr gestört wird. Aber dann muß sich nach Polizeirecht das Vorgehen gegen die Störer richten. Störer sind nicht die Demonstranten, die ihre Meinung öffentlich äußern, sondern die Neugierigen, die verkehrswidrige Ansammlungen bilden."

Die letzten größeren Zusammenstöße gab es ausgerechnet zum ‚Tag der Menschenrechte'. In Berlin und anderen Städten Westeuropas war zum 10. Dezember zu Vietnam-Demonstrationen aufgerufen worden. Der genehmigte Weg führte durch überwiegend leere Straßen. Diese Route mußte wie eine Bestätigung der These wirken, nach der schein-demokratische Gesellschaften Demonstrationen, die unter Polizeischutz durch menschenleere Nebenstraßen geführt werden, als liberales Alibi benutzen. Weil das ihrer Absicht widersprach, versuchten die Demonstranten auf belebtere Straßen auszuweichen. Sofort machte die Polizei Jagd auf die Plakate – einige wurden an Ort und Stelle zerrissen andere beschlagnahmt, 55 blieben auf der Strecke – und begann wahllos drauflos zu schlagen. Mit dieser Brutalität erreichte die Polizei, was verhindert werden sollte. Die Auseinandersetzung verlagerte sich zum Ku'damm, wo die Gummiknüppel im Gewühl des langen Silbernen Samstags nicht mehr zwischen Passanten, Kauflustigen und Demonstranten unterscheiden konnten.
Deshalb richtete der FU-AStA an Albertz die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß die Polizei künftig in ihren Aktionen nicht mehr den Boden der rechtsstaatlichen Demokratie verließe. Das gewalttätige Vorgehen mehrerer Beamter und zahlreiche Aktionen der Polizei hätten „das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der einzusetzenden Mittel grob verletzt". Albertz reagierte empört: Wenn Beschwerden über die Polizei vorgebracht würden, „dann möchte der Bürgermeister Roß und Reiter genannt haben".
CDU und Springer-Presse, Industrie- und Handelskammer bekamen Angst. Denn für den nächsten Samstag wurde eine neue Demonstration angesetzt, um gegen die Schläger in Uniform zu protestieren. Aber inzwischen hatte sich ein Import aus Amsterdam mit der Provo-Devise durchgesetzt: ‚Spaß ist die revolutionärste Sache der Welt". Das Ziel: „Die versteinerte Autorität der Lächerlichkeit preisgeben". Ein neuer Versuch, sich nicht die Formen der Auseinandersetzung von der Polizei vorschreiben zu lassen; die kann besser prügeln.
Diesmal wurde gefordert: „35-Stunden-Woche für den Freund und Helfer!" damit die Polizisten „mehr Muße für die Bräute und Ehefrauen **haben, um im Liebesspiel Aggressionen zu** verlieren". „Die Polizei braucht eine Muse. Wir denken an Beate Uhse!" Gesammelt wurde für „sturmfeste Kerzen für die Mauer" ebenso wie für „Warme Wäsche für die Polizei!". Mehr Zeit für die Polizei, „um den alten Passanten die Demokratie zu erklären". Unter einem Weihnachtsbaum wurde gesungen:
Ihr Kinderlein kommet, oh kommet doch all.
Zum Kudamm herkommet, Polizei macht Krawall. Und seht, was in dieser hochheiligen Stadt, der regierende Pfarrer für Dienerlein hat.
Der Staat war bedroht. Diesmal kommandierten ältere Zivilisten: politische Polizei und Verfassungsschutz. Mehrere hundert Wachtmeister stürzten sich, auf Befehl, wie sich einige entschuldigten, auf das Publikum, schlugen und verhafteten, was ihnen unter die Finger geriet. Ein Käufer kam aus einem Laden, wurde von der Polizei angetrieben, stolperte und fiel zu Boden. Gleich droschen einige Gummiknüppel auf ihn los. Festgenommen, und in einen Überfallwagen geschmissen. Ein Passant ging hinterher, um empört nach der Dienstnummer zu fragen. Festgenommen. Ein andrer Passant machte mit seiner Verlobten einen Einkaufsbummel. An einer Menschenmenge blieb er stehen, doch als ihm ein NPD-Werber seine Zeitung vorhielt, löste er sich sofort mit der Bemerkung: „Ihr wollt wohl noch einmal alles kaputt kriegen!" Bereits wieder im Verkaufsgewühl untergetaucht, fühlte er sich am Arm gezogen: Mitkommen! Festgenommen. Acht Stunden stehen. Und so weiter.
Laut Tagesspiegel war ab fünf Uhr alles vorbei. Um sechs erschien ein Einzelgänger mit einem Plakat:
Bürger nicht Unternanen! Namensschilder für Polizisten! Demokratie nicht Polizeistaat! Für den Freund und Helfer! Gegen Schläger in Uniform!
Kaum war er ein paar Schritt gegangen, und die ersten Passanten fingen an das Plakat zu entziffern, stürzten sich von hinten ein paar Zivilisten auf ihn, rissen ihm das Plakat ab und schubsten ihn auf die Fahrbahn zwischen die quietschenden Autos. Alles, ohne Ausweis oder Marke zu zeigen, Namen oder Nummer zu sagen. Passanten, die hinterherkamen, um nach der Dienstnummer zu fragen, wurden gleich mitverhaftet. Resultat: acht Stunden stehen.
In Berlin hat sich die Industrie- und Handelskammer besorgt gezeigt. Da werden sich die Auseinandersetzungen sicherlich noch mehr verschärfen. Daß innenpolitische Gegner brutal niedergeknüppelt werden ist ja nicht neu. Im Industriezeitalter kehrt die städtische Polizei mit modernen Schlagmethoden zur mittelalterlichen Stadtstaatpolitik zurück, um städtische Wirtschaftsinteressen zu rechtfertigen. Schließlich geht es ja dabei um Millionen.
Muß man noch unbedingt erwähnen, daß solange mit keinem Ende der Auseinandersetzung zu rechnen ist, bis der Polizeistaat gesiegt hat. Oder bis Heinrich Albertz, regierender Pfarrer, begreift, daß seine Polizei nicht allein die „Ordnung", sondern vorallem Meinungsfreiheit und Demokratie zu schützen hat. Für einen Frontstadt-Schädel keine leichte Lektion.

Aalglatt aber fair

Die Zeit der Glattmacher schreitet munter fort. Nun auch in jener Redaktionsstube des Hamburger Funkhauses, in der man – mit Unterschieden – bisher eine kritische Haltung und eine Meinung für wert hielt. Das Panorama hat begonnen, sich selbst auszuzählen. Es bemüht sich seit Januar um den allgemein gebräuchlichen publizistischen Facettenblick, der alles wahrnimmt, und zu allem das Gegenteil. „Kritisch aber fair" heißt das jetzt, glänzt in der Aura schwer erarbeiteter Objektivität, die nach opportuner Auffassung ein Urteil als undezent und gemein ausschließt. Wie oft muß das Rückgrad eines Mannes gebrochen sein, bis er den Chefsitz des neuen Panorama erklimmen darf? (Die politischen Chiropraktiker haben sauber fraktioniert!) Und wie ausgepovert muß der moderierende Chef sein, bis er sich aalglatt genug geben kann, um jedem verbalen Anwurf ein Aber und drei Fragezeichen nachzuspeien?
Ehrgeiz um solcher Qualitäten willen hat Peter Merseburger in seinem ersten Auftritt reichlich gezeigt. Er hat ein Porträt präsentiert, zum besseren Verständnis des Bundesinnenministers, des weißen Riesen der großen Koalition und der Notstandsgesetze. Es war eine klägliche Motivschau, das Poesie-Album des bergischen Paul Lücke und zugleich die schmerzlose Geburt eines Bewerbungsschreibens des neuen Panoramavorstehers an alle demokratischen Parteien. Sie werden alle finden, daß er es gut gemacht hat, werden ihm den verbitterten Jaspers verzeihen; denn Jaspers disqualifiziert sich ja vor der geltenden Moral als Landesflüchtiger und Intellektueller. – Wieso? Jaspers fürchtet den kommenden Nationalismus? Weshalb? Auch Lücke soll Helfershelfer sein? Notstand? Merseburger weiß nichts davon. Und Lücke selbst? Das wäre ein Thema für's Panorama . . . gewesen. **B. Schütze**

Briefjäger

Gerhard S., DISKUS-Autor in Westberlin, steckte ein „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland" in ein Couvert, malte in Druckbuchstaben die Adresse des DISKUS und den Absender darauf, frankierte ordentlich (50 Pfg plus 1 DM Eilboten) und warf das ganze in den Briefkasten am Bahnhof Zoo. Die staatsgefährdende Sendung hat den DISKUS bis heute nicht erreicht.
Dennoch und gerade darum besteht die Möglichkeit, daß das Postgut an die richtige Adresse gekommen ist und jenen in die Hände fiel, die es am dringendsten benötigen. (Möglicherweise läuft jetzt irgendwo doch ein Verfassungsschützer mit dem Dingsda unterm Arm herum.)
Die Testsendung mit der Verfassung ist nicht die einzige DISKUS-Post, die zwischen Frontstadt und Frankfurt (nicht an der Oder) verloren ging. Anfang Dezember schickte Gerhard S. ein Kiesinger-Dossier an die Redaktion ab, bis heute traf es nicht ein. Nach telefonischer Verabredung gab der Autor auch einen Durchschlag seines Manuskriptes zur Post. Diese Eilbotensendung erreichte uns gleichfalls bis heute nicht. Ein Fluggast der PanAm erbot sich schließlich, die 20 Schreibmaschinenseiten aus der Festungsstadt herauszufliegen. Auf Rhein-Main erwartete ein DISKUS-Redakteur Kurier und Kassiber. Die Kiesinger-Geschichte ging in den Satz (DISKUS 8/66; Unser Mann in Bonn).
Vier Wochen später bestellte der DISKUS bei seinem Berlin-Korrespondenten einen Artikel über gewisse illegale Praktiken der Berliner Polizei. Der Beitrag ging per Eilboten an uns ab. Und verloren. Den Durchschlag schickte der Autor diesmal per Einschreiben und unter fingiertem Absender an die private Anschrift des politischen Redakteurs. So war es zuvor telefonisch abgesprochen worden. Auch diese Sendung kam nie an. Ein Nachforschungsantrag läuft. Und läuft und läuft.
Daß wir das Manuskript noch rechtzeitig erhielten, (vergleiche „Faust in der Tasche" auf dieser Seite) verdanken wir wieder der von Gerhard S. ersonnenen neuartigen Luft-Postbeförderung.
Gerhard S. übrigens gehört zum Kreis der publizistisch tätigen Personen, die Minister Lücke jüngst im Fernsehen unter Verwendung eines Ausdruckes der Deutschen National-Zeitung „Entnazifizierer" nannte. Ob sein Telefon und Briefkasten observiert werden, hält S. für eine rhetorische Frage. Daß uns wenigstens seine aus Berlin entbotenen Neujahrsgrüße zugestellt wurden, schätzt er als einen Glücksfall der nun versinkenden belle époque eines nicht formierten Grundgesetzes. **H. F.**

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Military Misfits

Mit der Bildung der Großen Koalition ist die schon seit August 1966 beschlossene Verabschiedung des Verteidigungsministers von Hassel und seines Staatssekretärs Gumbel spätzündende Wirklichkeit geworden. So bleibt der Schein gewahrt, das Ministergespann sei nicht von altdeutschen Generalen gestürzt worden. Das nach wie vor nicht eingelöste Prinzip der Inneren Führung erlitt einen weiteren Tiefschlag: aus Gründen der optischen Hygiene wurde das größte Ressort der Bundesrepublik über ein viertel Jahr von Karteileichen „geführt", deren Verwesungsgestank jede faktische und normative Menschenführung zur Parodie degradierte. Wie konnte es kommen, daß von Hassel, wie er dem Parlament am 21. 9. 1966 zugeben mußte, den neuen Generalinspekteur auf dessen Forderung erstmalig mit „truppendienstlichen Befugnissen" über die Gesamtstreitkräfte ausstatten mußte? Die machtpolitische Ernte der Generale nach der Führungskrise im Verteidigungsressort ist reich: Einführung eines vom Generalinspekteur bis zum letzten Soldaten durchgängigen Befehlsstranges, Etablierung des Generalinspekteurs als 3. Mann innerhalb des Verteidigungsministeriums, Aufwertung des Generalinspekteurs zum Disziplinarvorgesetzten aller Soldaten, Filterung aller Informationen und Befehle ziviler Abteilungen an die Truppe durch die militärische Hauptabteilung, etc. Folgender Beitrag beschäftigt sich mit den personellen und institutionellen Voraussetzungen der sorgfältig getarnten Machteuphorie der westdeutschen Generalität.

Von Wido Mosen

Aufmuckende Generale hat es zu allen Zeiten gegeben, am seltensten jedoch in Deutschland Auch die einigen hundert Kommandeure, denen Himmler 1944 im Posener Theater die Juden-Pogrome militärisch knapp erläuterte, versagten der staatlichen Autorität ihren Beifall nicht. Die wenigen gegen Hitler opponierenden Offiziere im Generalsrang bilden folgerichtig eine in der deutschen Militärtradition bizarr anmutende Ausnahme. Daher wird heute in der Traditionspflege der Bundeswehr an sich Selbstverständliches als Heroisches gefeiert.

Was mußte also erst geschehen, daß führende Generale, die ja nicht nur der Bundesrepublik gedient haben, wider ihren konservativen Oberbefehlshaber den Stachel löckten? Panitzki gab vor, wegen der Starfighter-Misere unzufrieden zu sein; die Unlogik seines Verhaltens soll hier nur deswegen nicht erörtert werden, weil die Chronologie des Aufzählens technischer und administrativer Details vom casus belli der Starfighter-Katastrophe ablenken würde.

Auch der offizielle Demissionsgrund des Generals Trettner beansprucht nur den Rang eines Epiphänomens: Nicht die **Tatsache** des ÖTV-Erlasses, sondern die Art seiner bürokratischen Durchsetzungsprozedur sei zu beanstanden. Der bundesdeutsche Journalismus, der sich vielfach im Herumstaksen dramatisierter Fassadenphänomene gefällt, attestierte den beiden Generalen triumphierend Konzeptionslosigkeit, denn was habe ÖTV mit der F 104 G zu tun?

Es käme einer falschen Personalisierung der umfassenden Systemstruktur gleich, zu ignorieren, daß Trettner, Panitzki, Pape & Co nur die Stimmung eines großen Teils des Offizier-Corps publizistisch artikulierten, eine Stimmung nämlich, die nur aus Karriere- und Pensionsgründen die schalldichten Kasinowände vorerst nicht übertönt.

Wo liegt aber die Gemeinsamkeit in der Motivation des Handelns der beiden Inspekteure, denen nur naive Geister zu unterstellen vermögen, sich nicht vorher abgesprochen zu haben?

Trotz der gängigen Presseberichterstattung und trotz der sachlich oberflächlich geführten Bundestagsdebatte über das Führungschaos der Bundeswehr fällt es nicht schwer, in dem Argumentationsknäuel den roten Faden zu finden.

Das nur platonische Pronunciamento dieser Bundeswehrgenerale bildet einen weiteren Schritt in Richtung FORMIERTER GESELLSCHAFT, zumal es sich hier, einem heißen Wunsch Ludwig Erhards folgend, um eine zwischen den inkriminierten Generalen verabredete KONZERTIERTE AKTION handelt. Ein Panitzki, der angeblich wider besseres Wissen und eigene Überzeugung jahrelang in Sachen Starfighter Befehlen der politischen Führung parierte, plötzlich aber, interessanterweise gerade nach Überschreiten des Höhepunktes der Starfighter-Unglücksserie, seinen Minister öffentlich kritisiert, setzt sich zumindest dem Verdacht aus, mit Pseudo-Argumenten den Kern der Sache vertuschen und andere Dinge im Schilde führen zu wollen.

Nicht nur die Phalanx der CDU/CSU-Garde, auch die Generalität der Bundeswehr weist einen klaffenden ideologischen Riß auf: die dogmatischen Fronten zwischen Atlantikern und Gaullisten haben sich verhärtet. Geradezu angekurbelt wird der strategische Grabenkrieg im Offizier-Corps der Bundeswehr durch die lähmende Rat- und Entschlußlosigkeit der politischen Führung, die zwar durchaus willens, wegen ihres Satellitencharakters zu den USA aber nicht in der Lage ist, zwischen den militärstrategischen Extremen der gaullistischen MASSIVE RETALIATION und der derzeitigen amerikanischen Konzeption der FLEXIBLE RESPONSE eine definitive Entscheidung zu treffen. Das amtliche Bekenntnis zur sogenannten Vorwärtsverteidigung (eine strategische Defensive schließt eine taktische Offensive nicht aus) löst das Dilemma keineswegs: sie ist keine Synthese, sondern ein mißratener Bastard der beiden rivalisierenden Militärdoktrinen des westlichen Lagers in der Epoche des desintegrativen Parallelismus der Machtblöcke. Die geographisch nahe Stationierung von Bundeswehr-Truppen an der sog. Demarkationslinie kommt der Forderung MacNamaras nach einer vorerst nicht-atomaren Kriegführung entgegen; die absolute und im Vergleich zum Warschauer Pakt auch relative Schwäche der Ist-Stärke der für die Vorwärtsverteidigung eingeplanten NATO-Truppen läuft nolens volens auf ein Zugeständnis an die französische Version der massiven Vergeltung hinaus. Selbst Militärenthusiast Adelbert Weinstein wird nicht müde, der Bundeswehr zu bescheinigen, sie sei eine Armee ohne Auftrag.

Angesichts dieses strategischen Vakuums bemüht sich die hohe Generalität, ihrerseits einen „konstruktiven" Beitrag zur Schlachtfeldtüftelei zu liefern. Der beim Rekruten höchstens tolerierte, beim General jedoch sorgfältig gepflegte Individualismus versagt sich der Uniformität militär-strategischen Denkens und transponiert den atlantisch-gaullistischen Dualismus auch in den militärischen Bereich.

Die vielen Militärs eigene Mentalität kümmert sich wenig um politisch-diplomatische Nuancen, sondern orientiert sich gern an quantitativ meßbaren Stärkeverhältnissen des militärischen Potentials. Es zeugt daher nur von Konsequenz, wenn die Phantasie deutscher militärischer Stäbe eher von der nuklearen Bombinette des naßforsch-aufsässigen de Gaulle als von der vorsichtig wägenden, eiskalten Intelligenz MacNamaras beflügelt wird. Der französische Spatz in der Hand scheint sicherer als die amerikanische Atomtaube auf dem Dach.

Als wirksames militärisches Instrument nicht nur der nuklearen Planung, sondern auch der effektiven atomaren Mitbestimmung, vielleicht sogar der atomaren Teilsouveränität bot sich Strauß und seiner Generalität der Starfighter F 104 G an, der hauptsächlich als atomarer Jagdbomber gedacht war.

Der technische Aspekt der jüngsten Starfighter-Misere sowie ihre unmittelbaren politischen Konsequenzen wurden von der bundesdeutschen Generalität ohne profunden Prestigeverlust souverän gemeistert, denn Parlamentarier, Offiziere und Publizisten vermieden in einer Art faktischen tacit agreements die militärisch und politisch allein relevante Mission des Starfighters, nämlich die Durchführung des atomic strike, eindeutig zu erwähnen.

Weit mehr: Vielen Offizieren erschien das parlamentarische Aufgeilen an technischen Ungereimtheiten des speziell für Deutschland umgebastelten Lockheed-Vogels (aus der Spezies der Unglücksraben) als willkommene Gelegenheit zur Ablenkung von akuten Friktionen der Inneren Führung der Bundeswehr.

Technisches Klimborium, so wichtig es sein mag, verblendete und täuschte Öffentlichkeit und Parlament über die strategische und psychologisch-soziologische Krise der Bundeswehr. Die Kreise ambitionierter deutscher Offiziere wurden erst gestört, als die US-Administration in ihrem Bemühen um Festigung der atomaren Komplicenschaft mit der Sowjetunion und auf ihrem Weg einer Denuklearisierung Mitteleuropas nicht nur des atomaren Granatwerfers Davy Crockett, sondern auch des deutschen Starfighters als Störfaktor der politisch-militärischen Detente sich erinnerte und konsequenterweise vorschlug, den Starfighter atomar zu entwaffnen und nur noch als nichtnukleares Erdkampfflugzeug einzusetzen. Dadurch wäre für die Bundeswehr ein Anschluß an die „force de dissuasion" des französischen Generalstabschefs Ailleret endgültig vereitelt worden. Jede Unterredung des als wenig standfest bespöttelten v. Hassel mit seinem hartgesottenen US-Kollegen wurde von der pro-gaullistischen Generalität mit Weltuntergangsstimmung registriert.

Die Kritik an Hassels Strafighter-Politik wurde daher sowohl von aktiven als auch von bereits retirierten, ebenfalls nicht faulen Offizieren just für den Zeitpunkt einer Amerikareise des Ministers projektiert, um den US-hörigen v. Hassel unter dem Vorwand eines scheinbaren Starfighter-Problems über die echte Starfighter-Problematik stürzen zu können. Dem ohnehin sinkenden Generalsstern Panitzki wurde mit der Ausführung dieses Auftrages nicht allzu viel zugemutet. Hier zeigt sich auch die clever ausgeklügelte Arbeitsteilung im Vorgehen der beiden angeblich zufällig fast synchron handelnden Inspekteure Panitzki und Trettner: während ersterer auch aus institutionellen Erwägungen den Generalsukas erhielt, die Starfighters letztlich atomar zu rehabilitieren, spielte sich der gleichfalls amtsmüde Trettner nach seinem kläglichen Fehlschlag in der geplanten Anlage eines Atomminengürtels entlang der Zonengrenze als Verfechter „echter soldatischer Tradition" auf, zu deren Reinhaltung nicht nur nach Meinung Trettners das Aussperren der Gewerkschaften aus den Kasernen gehört. Panitzki sollte technisch, Trettner soziologisch restaurieren.

Die Verstimmung Trettners über den ÖTV-Erlaß, der einen fast anderthalbjährigen verfassungswidrigen Zustand aufhob, zielte nicht auf die ihn freilich auch verletzende Art des Schleusens dieses Erlasses durch die Ministerialbürokratie, sie resultierte vielmehr aus der paranoiden Befürchtung des erzkonservativen Generals, die wenigen progressiven Elemente im Offizier-Corps könnten in ihrer Ablehnung des herkömmlichen Soldaten-Ethos von außen, das heißt u. a. von den Gewerkschaften, ermutigt werden. Interpretierte Trettner Heyes Flucht in die Öffentlichkeit schon als „Stunde der Anfechtung", dann mußte der ÖTV-Erlaß als Anfang vom Ende der soldatischen Gloria anmuten.

Trettner beschwor das Gespenst eines primär durch Gewerkschaftsarbeit geschulten, gesellschaftspolitisch kritisch denkenden Offiziers herauf, der sich mit dem nicht-atomaren Part innerhalb der NATO-Arbeitsteilung zufrieden geben könnte und der seinen Soldatenberuf in erster Linie nur noch funktional unter Voranstellung tarifpolitischer Probleme konzipieren könnte.

Hingegen zeigten alle Akteure und Statisten der politischen Bonner Szenerie größtes Interesse, die Bedeutung des ÖTV-Erlasses als Teilagens der Bundeswehrführungskrise zu verniedlichen, denn auch gewisse politisch sensible Naturen sind beinahe profilneurotisch versessen, die wehrpolitische Vergangenheit nicht wieder aufleben zu lassen.

Die ideologische Affinität der Polit-Manöver der beiden Generale erweist sich u. a. in den Versuchen Trettners, nicht nur die geistige Führung in restaurativen Formen erstarren zu lassen, sondern den Einfluß der Militärs auf die Bonner Militärpolitik selbstherrlich auszuweiten. So forderte Trettner im Sommer 1963 vom Verteidigungsminister:

1. einen Soldat an die Spitze der Personalabteilung im Verteidigungsministerium,
2. eine Reduzierung der Aufgaben des zivilen Staatssekretärs auf die Vollmachten des früheren preußischen Kriegsministers, nämlich Rüstung, Verwaltung, Haushalt;
3. den Rang – nicht den Titel – eines Staatssekretärs und das Vertretungsrecht des Ministers in allen militärischen Angelegenheiten (auch in der Befehls- und Kommandogewalt) für den Generalinspekteur.

In der Wirkung decken sich die Ambitionen der Generale Trettner und Panitzki in verblüffender Weise: Überkompensation der atomaren Minderwertigkeitskomplexe, wozu nicht nur Einfluß auf, sondern Überspielen des Primats der Politik nützlich sind.

In diesem Licht klärt sich das Paradoxon auf, daß Trettner sachlich dann sehr konkret wurde, als er unmittelbar nach seinem Rücktritt diesen sehr verschwommen und gemeinplätzig damit rechtfertigte, daß die ihm verfügbaren Mittel zur Ausführung seines Auftrages nicht ausreichten. An welchen Auftrag mag der Generalinspekteur wohl gedacht haben?

Moralisch mildernde Umstände mögen Trettner zuerkannt werden, weil ihm und seinen Gefolgsmännern der Appetit nach Einfluß oder Titel eines militärischen Staatssekretärs gerade von solchen Politikern eingeflößt wurde, die aufgrund historischer Begebenheiten und ihrer eigenen gegenwärtigen parlamentarischen Funktion (auch in Wahlkampfsituationen) bedächtiger mit planenden Konstruktionen militärischer Machtpositionen umgehen sollten.

Noch ist dabei nicht entschieden, wer bei diesen taktischen Finessen wen endgültig überspielen vermag.

Viele Soldaten anerkennen bereitwillig das Prinzip der Civil Control, was verbal in der Regel richtig als politische Führung und parlamentarische Kontrolle interpretiert wird. In der negativen Version der Auslegung dieses Begriffs wird jedoch oft hinzugefügt: „das schließt aber jede Kontrolle durch Beamte aus." Es ist offenkundig, daß ein Angriff der Militärs auf den Primat der Politik in der bundesrepublikanischen Demokratie ein zumindest formales Tabu verletzen würde; das Politische als Zielscheibe militärischer Machtambitionen kann daher nur indirekt und auf Umwegen in das Visier des noch konventionellen Schießprügels genommen werden. Hier bietet sich das weitverbreitete Ressentiment gegen den klischierten Idealtypus des Beamten an.

Abgesehen davon, daß viele Militärs realiter den Politiker meinen, wenn sie seinen Führungsgehilfen der Exekutive, den Beamten, kritisieren, ist daran zu erinnern, daß der Tätigkeitsinhalt des Soldaten nicht auf das Führen beschränkt ist, sondern auch das Verwalten, das angebliche Monopol des geschmähten Beamten, involviert. Das aus sozialer Hypochondrie entspringende Bedürfnis des Soldaten nach Abhebung vom diskriminierten Beamten gerinnt zur zweiten Natur und diffamiert auch jene Führungsentscheidungen von Militärs als ziviles, d. h. minderwertiges Verwaltungsgebaren, deren immanente Komplexität die lapidar-sture Kommißkopfalternative des auf den ersten Blick entschiedenen Entweder-Oder verwirft.

Militärische Dienstregelungen verselbständigen sich gegenüber ihren Urhebern im Bewußtsein des traditionellen Soldaten, so daß nur noch Einfachheit und Geschwindigkeit ihrer Durchführbarkeit darüber entscheiden, ob eine ministerielle Entscheidung als militärischer Befehl glorifiziert oder als Verwaltungsmaßnahme diskreditiert wird. Unbeachtet bleibt, daß zivile Bürokratien in ihrer umständlichen Zähflüssigkeit nur noch von militärischen Institutionen übertroffen werden. Solche sozialpsychologischen Entlastungsmechanismen der Militärs in ihrer Konstruktion des funktional längst überholten Gegensatzes von Soldaten und Beamten mögen bei der Prüfung der Vorwürfe der Generale Panitzki und Trettner gegen die zivilen Beamten des Ministeriums eine Rolle spielen. In den scheinbar so divergierenden Aktionen der beiden Bundeswehrinspekteure ist eines klar zu erkennen: wenigstens ein Teil der führenden Generalität der Bundesrepublik gibt sich mit der Rolle der militärischen Exekutive politischer Entscheidungen nicht mehr zufrieden. Die auf primär außenpolitischen Rücksichten basierende politische Fastenzeit der deutschen Generalität während der Aufbaujahre der Bundeswehr ist endgültig abgelaufen, oder, um mit dem vergessenen Erhard zu sprechen, die Nachkriegszeit ist auch hier vorüber. (Aus dem Phrasen-Nachlaß Erhards scheint dies das einzige goldene Wort zu sein.)

Nur wer die Dezennien gestaltende Personalpolitik der bisherigen Inspekteure Trettner und Panitzki nicht übersieht, darf hoffen, daß mit einem spektakulären Auswechseln der politischen und militärischen Führungsfiguren schlagartig eine Kehrtwendung in der Militärpolitik einträte. Ohne Rückversicherung bei gleichgesinnten Kameraden hätten Trettner und Panitzki nicht öffentlich genörgelt.

General Steinhoff befand sich ergo in der denkbar günstigsten Situation, als ihn der bedrängte und unter Zeitdruck handelnde v. Hassel zum deus ex machina erkor. Nicht nur aus optischen und Gründen der Loyalität gegenüber seinem Vorgänger bat sich Steinhoff eine demonstrative Bedenkzeit aus. Er wußte die Gunst der Stunde zu nutzen, um dem zappelnden v. Hassel und dem verlegenen Staatssekretär Gumbel administrative und organisatorische Zugeständnisse abzuringen, die bislang einem Militär vorenthalten wurden.

Einige „Vorstellungen" Steinhoffs überstiegen den Charakter rein technischer und verwaltungsmäßiger Verbesserungen und personeller Neubesetzungen innerhalb der Teilstreitkraft Luftwaffe. Sollte beispielsweise aus den Abteilungen Wirtschaft und Technik ein wichtiges Referat der Rüstungswirtschaft herausgebrochen und dem neuen Luftwaffeninspekteur unterstellt werden, würde sich das politische Machtgefälle innerhalb des Verteidigungsministeriums eindeutig zugunsten der Militärs verschieben.

Wird mit Steinhoff dem neuen Generalinspekteur de Maizière, der politisch nüchterner, militärisch ambitionsloser und soziologisch progressiver denkt als je ein Inspekteur vor ihm, ein Aufpasser zur Steite gestellt, der bereits in Interviews kundtat, auf ATOMWAFFEN nicht verzichten zu wollen?

Hier aber, Verzicht oder Nicht-Verzicht, bietet sich ein Fluchtpunkt an, wo eines unseligen Tages die politischen und militärischen Kompetenzen der Bundeswehr wieder in nationaler Kongruenz zusammentreffen könnten.

politische bücher

Gewagtes Leben?

Ernst Niekisch: Politische Schriften, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1965, DM 18,—

Niekisch gehört zu jenen, deren Schriften mehr vom Ruf des Autors leben als umgekehrt. Man liest ihn, weil man erwartet, in dieser „kontroversen Persönlichkeit" etwas von den objektiven kontroversen Erscheinungen wiederzufinden, und weil man meint, aus Irrtümern, Revisionen, Widersprüchen eines einzelnen mehr über die subjektive Einstellung verschiedener Gruppen zur Politik ihrer Zeit zu erfahren, als eine historische Analyse vielleicht suggerieren kann.

Daß Niekisch den Nazis etwas abzugewinnen wußte, sie dann bekämpfte, sich zum Kommunismus bekannte, dann Bundesrepublikaner wurde, bleibt für Außenstehende uninteressant, während man sich aber fragen muß, ob seine Schriften Wesentliches über die Nazis, den Kommunismus usw. enthalten. Lassen wir also die leidige Frage nach den wechselnden Engagements (die dem Autor persönlich viel Verdruß mit dem ost- wie westdeutschen Funktionärsmuckertum eingetragen hat) ganz beiseite und schauen wir uns das Buch an, das Ende vorigen Jahres bei Kiepenheuer und Witsch unter dem etwas irreführenden, aber modischen Titel „Politische Schriften" erschienen ist.

Es handelt sich dabei um: den Abdruck eines politischen Fehlurteils aus dem Jahr 1931, von dem man nicht erkennt, was damit demonstriert werden soll; zwei größere, sauber durchgeführte und glänzend lesbare, jedoch keineswegs originelle historische Studien zur deutschen und zur europäischen Geschichte; drei kurze Essays über Nihilismus und Politik, deren Zusammenhang dem Leser zum Reimen überlassen bleibt; und schließlich eine Aneinanderreihung von soziologiewissenschaftlich verkleideten, journalistischen Geschmacksurteilen über das Leben, wie es heute so ist, unter dem Titel „Der Clerk".

In „Hitler, ein deutsches Verhängnis" wird tatsächlich gesagt — und in männiglichem Tetsch bescholten —, daß mit dem Münchener Putsch und der späteren Konzentration der „Bewegung" in diesem Raum (die 1931 schon nicht mehr wahr war!, d. V.) der Nationalsozialismus latinisiert, zu einem ultramonantanen Kuckuckskei und damit zu einem Widerspruch zu deutschem Wesen gemacht worden sei. „Wer sich in München politisch zu Hause fühlt, ist unter deutschen Gesichtspunkten stets verdächtig."

„. . . er (Hitler) zwang ihnen die Richtung gegen den Osten auf, die romanischen Instinkte des Führers übten eine versteckte Solidarität mit dem um seine Zukunft bangenden Abendland aus." Die zwischen dem Unsinn verstreut auftauchenden richtigen Beobachtungen (z. B. daß Hitlers „nationaler Sozialismus" die „zeitgemäße Schutzfärbung des erschütterten Kapitalismus" gewesen sei), die übrigens auch schon lange vor ihm von klareren Köpfen ausgesprochen worden sind, reichen nicht aus, den Abdruck des ganzen zu rechtfertigen. Geradezu läppisch wirkt die Erklärung, der Aufsatz sei mit dieser Akzentuierung geschrieben worden, um die preußischen Protestanten gegen Hitler auf den Plan zu rufen.

Die beiden Aufsätze über Nihilismus und Politik sind allgemein bekannte, aber gut gesammelte Weisheiten. „Der Clerk" enthält nichts als Entbehrliches.

Wer mit Verlaß aufs Gesagte und Genuß beim Lesen etwas über die schwarzen Fäden in der neueren deutschen und europäischen Politik erfahren will, mag das bei Niekisch, muß es aber nicht just bei ihm nachsehen. Wer Niekisch kennenlernen will, greife besser zu dem 1953 erschienenen „Reich der niederen Dämonen", einer hinreißend zornigen Schrift.

Irmela Nitz-Lindquist

A Test of the News

Felix Greene: Listen Lügen Lobbies, China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung, Josef Melzer Verlag, Darmstadt, 1966, 408 Seiten, DM 22,—.

Die Stimme Amerikas klingt schrill und hysterisch, ist von China die Rede. Nicht von Dulles oder Goldwater stammt dieser Satz, sondern von Dean Rusk: „Die Nationalisten (auf Formosa) repräsentieren authentisch die Gesamtheit des chinesischen Volkes. Die chinesischen Kommunisten müssen gestürzt werden, ihre Regierung keinesfalls anerkannt, sondern vernichtet". Herr Rusk sagt auch nicht Peking, sondern Peiping (wie Barzel SBZ). Und Johnson spricht vom „Festlandchina"; eine Volksrepublik kennt er nicht. Amerikas Ulbricht heißt Mao. An Tschiang Kei-Schek, letztes Abfallprodukt einer verfehlten China-Politik, hängt sich die Hoffnung, das Reich der Mitte könnte für den Westen zurückgewonnen werden.

Die Ätiologie der amerikanischen China-Neurosen reicht weit zurück. Es ist eine Geschichte der tragischen Irrtümer, Fehleinschätzungen, Falschmeldungen und Illusionen. Felix Green, ein in Amerika lebender englischer Journalist hat diese Geschichte rekonstruiert. Unzählige Agenturmeldungen, Presseberichte und offiziöse China-Memoranden wurden einer Inhaltsanalyse unterzogen. Das ausgewertete Material gibt Einblick in einen Zusammenhang, an dem täglich Menschen sterben: zwischen falschem Bewußtsein und falscher Politik. Green seziert die Fäden, die heute Vietnam erdrosseln. Seine Studie über das amerikanische China-Stereotyp gehört unter die wenigen wirklich tauglichen Bücher zur Vorgeschichte des Vietnam-Krieges. Zum ersten Mal werden hier die irrationalen Quellen dieses auch für Amerikaner so unverständlichen Krieges freigelegt. Nach 30 Jahren anti-chinesischer Indoktrination hat sich das vage, von bewußter Unkenntnis, also Ignoranz entstellte China-Bild im Bewußtsein der Amerikaner zu einem mörderischen Feind-Bild verfestigt.

Möglicherweise markiert das Buch einen Wendepunkt in der amerikanischen Politik gegen China. Im Frühjahr finden Fulbrights China-hearings statt, in der Öffentlichkeit nimmt das Interesse an einer objektiven Berichterstattung zu. Viele Zeitungen, von Greene der methodischen Lüge überführt, entrümpeln ihre Arsenale. Die Stereotype von den Hungerepidemien, vom Sklavenstaat mit seinen blauen Ameisen und vom bevorstehenden Zusammenbruch haben ausgedient. Neue sind im entstehen. (Eine Neuausgabe von Greens Buch wird sich mit der Berichterstattung über die Roten Garden befassen müssen.)

Die Untersuchung umfaßt einen Zeitraum, der vom Boxeraufstand bis zur Explosion der ersten chinesischen Atombombe reicht. Am Detail belegt Green die Verhärtung der amerikanischen Politik und „Meinung" gegen das revolutionäre China. Die Kitsch-Romane der Pearl S. Buck, von Hollywood für 20 Millionen Amerikaner auf die Leinwand abgeklatscht, verherrlichten noch das alte China, dessen Kultur den Mandarinen und dessen Geschäft den Amerikanern überlassen waren. Doch schon als das Lumpen- und Bauernproletariat zum ersten langen Marsch in die revolutionäre Zukunft aufbrachen, kehrte die kollektive China-Idylle der „Guten Erde"-Romantik ihre Intoleranz hervor. Das Freund-Bild kippte ins Feind-Bild um. Fortan trug für Amerika der Chinese die Fratze des Dr. Fu Man Chu. Nicht zufällig kam diese Serie im vergangenen Eskalations-Jahr wieder in die Kinos.

Green versucht den Bann des Stereotyps zu brechen, indem er demonstriert, wie es gemacht wird. Er zeigt, welchem Manipulierungsprozeß die Fakten unterworfen sind, bis sie der bloßen „Meinung", die sie reproduzieren, kommensurabel erscheinen. Green ist ein unerbittlicher, pedantischer, aber bei aller Akribie und Materialfülle ungewöhnlich unterhaltsamer Ideologie-Kritiker.

Übrigens: Das Buch steckt voller Anregungen für Deutschland-Politiker. Zum Beispiel auf Seite 390:

„Bei der Genfer Konferenz im Jahre 1954 übersah Außenminister Dulles absichtlich Tschou En-lais ausgestreckte Hand und wandte ihm den Rücken zu. 1962 hielt es Averell Harriman für geraten, nach Washington zu kabeln und sich die Erlaubnis geben zu lassen, dem chinesischen Außenminister Tschen Yi die Hand schütteln zu dürfen, obwohl sie schon seit Tagen gemeinsam am Konferenztisch gesessen hatten . . ."

H. F.

Deutschland-Dialektik

Über Deutschland. Dialoge von Richard Mathias Müller, Walter Verlag, Olten und Freiburg, Paperback DM 9,80.

Fernsehfassung in den 3. Programmen und im 1. Programm der ARD

Dieses Buch bedient sich literarischer Mittel, um politisch zu wirken. Es benützt politische Argumente, um Einsicht zu erzeugen. Es macht einsichtig durch Analyse, geboren aus dem Dialog.

Ein Vater sitzt mit seinem Sohn zusammen. Ihr Thema: Deutschland, seine Geschichte, die Mentalität seiner Menschen, das Pathos seiner Gedanken und schließlich die Unbelehrbarkeit der Herrschenden.

In einhunderttunddrei Gesprächen wird Bilanz gezogen. Der dramaturgische Kniff, den Müller anwendet, ist einfach genug. Gewonnen wurde er aus den formalen Prinzipien der Brechtchen Flüchtlingsgespräche. Die Variationen hier: Der Vater, klug geworden durch die Erfahrung, durch die historischen Ereignisse verlustiggegangen der irrationalen Ideologien und Theoreme dieses Jahrhunderts, gibt dem Sohn zu bedenken. Der Sohn, verhaftet in emotionaler Argumentation, die mit all dem befrachtet ist, was der Vater mühsam abgelegt hat, widerspricht und — verliert.

Was Richard Mathias Müller, ein schreibender Studienrat aus Köln, auf diese Weise vorlegt, sind Gedankenspiele, kunstvoll und einfach zugleich. Die Sprache ist nichts. Sie ist einzig den Argumentationslinien dieser Spiele verpflichtet. So entstehen Denkmodelle wie:

1. Der Sohn erregt sich gegen das Aufbauschen der Massaker an den europäischen Juden und führt als Gegenbeispiel die Opfer der Aussiedlung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten an. Also „Heimatvertriebene" contra Auschwitz. Der Vater schließt die Auseinandersetzung und den provozierten Vergleich: der Unterschied bestünde nur darin, daß man die Ausgesiedelten schließlich habe noch zählen können.

Oder:

2. Der Sohn beklagt die vielen, sinnlos gefallenen Soldaten der deutschen Wehrmacht. Der Vater erinnert, ihr Tod war nicht sinnlos, er befreite Deutschland vom Faschismus.

Oder:

3. Aus dem nämlichen Grund fordert der Vater den 9. Mai 1945, den Tag der deutschen Kapitulation zu einem Staatsfeier- und freudentag zu erklären. Der Sohn opponiert mit nationaler Schande.

Oder:

4. Gegen den Sohn und die bundesüblichen Kategorien meint der Vater, Wahrheit würde nicht apriori falsch dadurch, daß sie von Kommunisten ausgesprochen wird.

Und so weiter. Und so weiter. Jeder dieser Dialoge ist in sich gebrochen und zwar dort, wo der vordergründige Leser annimmt, der Vater flüchte in seiner Argumentation zu Zynismen wie „man hat sie noch zählen können" etc. Doch solches ist weniger zynisch als: An den Scheitelpunkten der Diskussion stellt der Autor durch den Vater eine Umkehrung, die Annahme der Möglichkeiten, daß die Ereignisse auch anders als landläufig beurteilt werden könnten. Durch dieses Umkehren ereicht er, daß der Leser den ersten Schritt zur Einsicht zurücklegt, daß er das Gegenteil seiner Meinung ins Spiel läßt, einer dialektischen Betrachtungsweise Raum gibt. Das führt zumeist beim unreflektiert sprechenden Sohn, der wie ein Vexierbild, gebakken aus BILD-Zeitung und FAZ wirkt, zur Aufgabe seiner Position.

Er sieht ein. Solches ist der einzige Zweck dieses Buches, das nicht Literatur sein will, sondern mit stilistischen und dramaturgischen Überraschungen kritisches Bewußtsein schaffen will.

Wolfgang Vogel

Reines Honigschlecken

Maximilian Klawuttkas kleine Presseschau

Die hohe Zeit des Sprachkritikers ist die Frühstücksstunde. Obwohl es unbekömmlich sein soll, während der Mahlzeit zu lesen, schlingt er abwechselnd Honigbrötchen und sprachliche Leckerbissen in sich hinein. So bleibt kein Tag ohne Würze. Unsere Publizistik ist für den Sprachkritiker das gefundene Fressen.

Da liest er in der WELT: „Was könnte künftige Historiker daran hindern, den Herbst 1966 abzuklopfen und aus seinem abbröckelnden Stuck, Weimar zum Trotz, einen neuen Meilenstein des Verfalls zusammenzukehren?" (9. 11. 1966). Welch herrliche Metapher. Man sollte meinen, das mundete. Doch der verwöhnte Sprachkritiker reagiert auf solche Delikatessen eher müde. Welche Hausfrau — und unser Kritiker legt gern seine Funde der Kaffee kochenden Wirtin vor — merkte nicht, daß man — der WELT zum Trotz — keinen Meilenstein zusammenkehren kann? Sogar die Wirtin winkt ab: zu evident.

Ähnlich steht es mit einem Ausspruch des SPD-Abgeordneten Wienand, der — natürlich vor Bildung der Großen Koalition — zum Thema Bestechung im Verteidigungsministerium sagte: „Man soll den Sumpf der Korruption mit Stumpf und Stiel ausräuchern". Ein gestielter Sumpf, der sich räuchern läßt — zu schön, um wahr zu sein. Hier hat der Sprachkritiker nichts mehr zu bestellen. Er läßt die Zeitung sinken.

Man kann mit wenigen großen Worten eingestehen, daß man nichts zu sagen hat; man kann aber auch viele Worte machen und dadurch zugeben, was man eigentlich verschleiern wollte. Die gepflegte FAZ hat manchmal ein Faible für solch vornehme Verklausulierung der unangenehmen Wahrheit. Lassen wir, sprachkritische Honigschlecker, die wir sind, folgenden Satz auf der Zunge zergehen: „Obwohl es gegenwärtig so gut wie keinen diesbezüglichen Druck in der Berliner Bevölkerung beiderseits der Mauer gibt, so kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich mit dem Näherrücken der Festtage bei dem einen oder anderen der Wunsch verstärkt, die Verwandten im Ostsektor, zumal wenn es sich um Eltern, Kinder oder Enkel handelt, auch diesmal, wie während der letzten drei Jahre, zu sehen." (FAZ 15. 9. 1966) Welch altväterlicher, zugeknöpfter Stil. Aber das schlechte Gewissen schaut aus allen Knopflöchern. Die FAZ schreibt, was sie nicht schreiben möchte. In der Tat: obwohl Ost und West seit Jahren mit ungeheuerem Propagandaaufwand um die Anerkennung der DDR streiten, sind Eltern und Kinder vielleicht doch noch nicht so politisiert, daß sich nicht, „bei dem einen oder anderen", „zumal" wenn die Verwandtschaft eng ist, ein primäres Interesse am Wiedersehen regte. Es ist wirklich nicht völlig auszuschließen.

Sigmund Freud hat gezeigt, wie durch einen lapsus linguae, ein absichtsloses Versprechen, eine verdrängte Wahrheit entgegen den Absichten des Sprechers ans Licht kommen kann. Journalistische Fehlleistungen in diesem Sinne gibt es viele, wenngleich der Rückschluß aufs Motiv nicht immer eindeutig ist.

Emotion trübt nicht nur das Urteil, sondern auch die Sprache. Als die WELT den schwarzen Jazzmusikern der USA „ständigen Zorn und rassenklägerischen Fanatismus" attestierte (5. 11. 1966), machte sie es sich inhaltlich zu leicht. Das falsche Adjektiv „rassenanklägerisch" gibt davon, auch grammatisch, Kunde. Ob Jazz die weiße Rasse anklagen kann, wage ich nicht zu entscheiden. Aber eine „rassenanklägerische" Musik gibt es bestimmt nicht.

Ein weiterer Fall des unbeabsichtigten Ausplauderns unangenehmer Wahrheit: Es ist bekannt, daß Präsident Johnson, da er zunehmend Rücksicht nehmen muß auf die Stimmen der Republikaner und des rechten Flügels der Demokraten, von seinen eigenen Entwürfen für progressive Rassen- und Sozialgesetze mehr und mehr Abstriche macht. Heinz Barth, der Amerika-Korrespondent der WELT, nimmt darauf Bezug in einem Artikel, in dem es heißt: „Es sind Stimmen, die Johnson fehlen werden, wenn er dem Kongreß die noch rückständigen Sozial- und Rassengesetze abringen will". (10. 11. 1966)

Da steht es: die heutigen Gesetzentwürfe von Johnson sind rückständig. Aber wer diesen Satz prüft, wer zudem die Tendenz von Heinz Barths Berichterstattung kennt, der weiß genau, daß der Weltmann überhaupt nicht beabsichtigt hatte, von linksliberaler Warte aus Johnson mit dem Makel der Rückständigkeit zu behaften. Er wollte es nicht sagen; aber er hat es gesagt. Was er sagen wollte, war dies: die „noch ausstehenden Gesetze", deren Verabschiedung ansteht. Das Freudsche Versprechen brachte etwas anderes an den Tag.

Mit folgendem Fall geraten wir noch mehr auf das Gebiet des Wiener Seelenarztes. Die Wirtin müssen wir diesmal bitten, wegzuhören. Es dreht sich um einen Ausspruch des marokkanischen Königs Hassan, dessen Innenminister Oufkir bei der Verschleppung und Ermordung des marokkanischen Oppositionspolitikers Ben Barka eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Als General De Gaulle die Mörder, ohne Rücksicht auf Opportunitäten, verfolgen lies, protestierte der ertappte Hassan mit dem Ausspruch: „Ein derartiger Fall steht in den Annalen der Geschichte einzig da". Das überlieferte uns die WELT vom 28. 10. 1966. Nur schreibt sie „Analen" statt „Annalen" und verhilft so, gewiß ohne bewußte Absicht, der schmutzigen Wahrheit ans Licht. (Vielleicht war es aber auch nur der Druckfehlerteufel, der, sich Freudscher List bedienend, Hassan mit einem kräftigen ‚merde' dementierte.)

Der Sprachkritiker hat genug gemeckert. Er verläßt für heute sein undankbares Geschäft, um sich Wichtigerem zuzuwenden. Der Kaffee ist kalt.

Daß allerdings Sprachkritik gelegentlich unmittelbar an den nervus rerum rührt, bewies ein Leserbriefschreiber der ZEIT. Hermann Schult aus Heidelberg schrieb zu einer Bildunterschrift der ZEIT: „Ich erlaube mir, meinem Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß Sie die Mißhandlung eines Partisanen durch einen Soldaten als ‚verhören' bezeichnen. Hier sind Sie der Sprachregelung der Machthaber auf den Leim gegangen".

An dieser Differenz hängt in der Tat die Humanität. Die ZEIT, eine liberale Zeitschrift, ließ den Einwand gegen sich gelten und veröffentlichte den sprachkritischen Leserbrief.

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

MANFRED MÜLLER

Kulturplanung & Bildungsplanung

Eine historische Betrachtung

Das klassische deutsche Bildungsideal ist aus der Spannung zwischen bürgerlichen Gesellschaftsverhältnissen und antikem Bildungsbegriff entstanden. Wilhelm von Humboldt orientierte seine humanistische Bildungsidee an der griechischen, auf die geistige Freiheit des Individuums gerichteten Vorstellung und räumte, da er zwischen Menschsein und Bürgersein unterschied, den menschlichen Bildungsforderungen die Priorität vor den bürgerlichen ein. „Gewiß ist es wohltätig, wenn die Verhältnisse des Menschen und des Bürgers so viel als möglich zusammenfallen", doch dürfen die bürgerlichen Interessen „nur so wenig eigentümliche Eigenschaften fordern, daß sich die natürliche Gestalt des Menschen, ohne etwas aufzuopfern, erhalten kann." Humboldt urteilt skeptisch über jede vom Staat organisierte allgemeine Erziehung; ihr müßte „die freieste, so wenig als möglich schon auf bürgerliche Verhältnisse gerichtete Bildung des Menschen vorangehen ... Jede öffentliche Erziehung aber, da immer der (bürgerliche) Geist in ihr herrscht, gibt dem Menschen eine gewisse bürgerliche Form", die schädlich ist.

Humboldts Ansicht, Bildung durch reine Wissenschaft sei nur in Einsamkeit und Freiheit von öffentlichem Einfluß möglich, hat Aufbau und Lehrpraxis der deutschen Universität bestimmt. Falsch wäre freilich die Vorstellung, Humboldts Bildungsidee sei die Theorie des Elfenbeinturms, weil sie ein weltabgewandtes Gelehrtendasein rechtfertige oder gar als Bildungsziel fordere. Die klassische deutsche Bildungsidee erscheint heute nur deshalb als Inbegriff von Kontemplation und Praxisferne, weil sie, in dieser Gestalt institutionalisiert, ihre gesellschaftliche Grundlage überlebt hat. Ursprünglich war sie gerade auf die Praxis des öffentlichen und beruflichen Lebens gerichtet, insofern die Freiheit und Einsamkeit der Universität die beste Gewähr für die Bildung des Menschen boten, der dann im praktischen Leben kraft seiner Bildung das Menschsein gegen das Bürgersein erfolgreich verteidigen konnte und bei der Gestaltung seiner Lebensverhältnisse stets den ‚Menschen als Maß der Dinge' nahm. Deutlich hat Fichte die Praxisbezogenheit der Bildung betont, als er schrieb, „daß das Wissen allein unter der Bedingung einen Wert habe, wenn es tätig sei."

Die innere Spannung des bürgerlichen Bildungsbegriffs spiegelt sich in der Forderung des Novalis, daß die Menschheit vor jedem Schritt, den sie zur Beherrschung der Natur durch Technik vorwärts tue, zunächst drei Schritte zur ethischen Vertiefung tun müsse. Gerade weil der technische Fortschritt die Priorität der Moral gefährdete, mußte ihre Stellung gefestigt werden. Erziehung war vor allem Bildung des „moralischen Menschen" (Humboldt); sie konnte am besten in der Einsamkeit der Universität im „expressen Sokratischen Dialog" (Fichte) zwischen Lehrer und Schüler realisiert werden. Noch Nietzsche forderte, eine „wahre Bildungsinstitution" dürfe keine „Anstalt für Lebensnot" sein, sie solle nicht „möglichst courante[1]) Menschen bilden", sondern „in einer innerlichen Erneuerung und Erregung der reinsten sittlichen Kräfte" ihr Ziel sehen.

Im 18. und früheren 19. Jahrhundert drängten die inneren Widersprüche des bürgerlichen Bildungsbegriffs nicht zur Entscheidung. Die bürgerliche Subjektivität als Kern des Individuums war zwar in der Unstimmigkeit zwischen Individuum und Gruppe, Gesellschaft begründet, doch standen diese sich nicht in unvereinbarem Gegensatz gegenüber, sondern bildeten zwei Zentren innerhalb des Gesellschaftssystems. Etwas von der durch ‚Arbeit' vermittelten Einheit – nicht Identität – des individuellen Lebens mit dem gesellschaftlichen steckt noch in der alten deutschen Vorstellung vom ‚Beruf', in dem jemand aufgeht und der für ihn Lebensaufgabe und Lebenssinn zugleich ist.

Im 18. Jahrhundert wurde Bildung „für die Klasse der Kaufleute und Händler zu einer Voraussetzung ihrer Gewerbetätigkeit"; „die bürgerliche wie jede andere Bildung hatte in spezifischen Interessen, ohne doch in ihnen aufzugehen, ihr Fundament". Durch die gesellschaftlichen Wandlungen im Verlauf der zunehmenden Industrialisierung verlor diese bürgerliche Bildung den Charakter der Notwendigkeit und wurde zum Luxus oder Ornament und ist heute nach Max Horkheimer eher Hindernis als Hilfe. Im Beziehungsfeld von ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit' bewahrte die bürgerliche Bildung noch in der Aufklärung etwas von Erlösung und Hoffnung ihres religiösen Erbes.

[1]) weltgewandt, wendig, lebenstüchtig

Je zwingender aber der Leistungsbegriff über seine ökonomischen Grenzen hinaus zum allgemeinen Maß für Wert oder Unwert sich durchsetzte, desto mehr verlor die auf den ‚moralischen Menschen' konzentrierte Bildungsidee ihre realen Grundlagen.

Der bürgerliche Bildungsbegriff entstammte in Gestalt und Inhalt einem Klassen-, nicht dem Gesellschaftsinteresse. Er erfüllte sich in der Universität, war aber als Leitgedanke für die allgemeine Volkserziehung unbrauchbar. Theoretisch waren zwar Volksbildung und gelehrte Bildung durch die Vorstellung einer ‚allgemeinen Menschenbildung' miteinander verbunden, doch für die Praxis und das auf sie gerichtete Denken blieb die ‚Zwei-Klassen-Theorie' (Schelsky) ein Axiom; sie unterschied, im Einklang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, „zwischen einer religiös bestimmten Volkserziehung und der ‚Bildung durch Wissenschaft und Kunst'".

In unseren Begriff ‚Allgemeinbildung' – einmal synonym für umfassende Elementarbildung mit hohem Niveau gesetzt – sind große Teile der bürgerlichen Bildungsidee eingegangen. Er ist das Ergebnis des demokratisch egalisierenden Versuchs, den Unterschied zwischen Volks- und Elitebildung zu beseitigen und bedeutet die Relativierung, aber nicht die prinzipielle qualitative Veränderung der bürgerlichen Bildungsvorstellung. Zentrum bleibt weiterhin der ‚moralische Mensch'.

Der Philosoph und Soziologe Leo Löwenthal hat am Beispiel der Sozialforschung gezeigt, daß eine Wissenschaft beim Tausch ihres ursprünglichen Bezugssystems gegen ein anderes ihre innere Struktur und Teleologie verändert: „Die empirische Sozialforschung nimmt im modernen Leben ... zuviel als gegeben hin. Sie weist die Aufgabe von sich, die Phänomene in einen historischen und moralischen Zusammenhang einzuordnen. Zu Beginn der Neuzeit diente die Theologie den Gesellschaftstheorien als Vorbild, aber heute haben die Naturwissenschaften die Theologie ersetzt. Ein solcher Wandel der Modellvorstellungen hat weitreichende Konsequenzen. Das Ziel der Theologie ist die Erlösung, das der Naturwissenschaft die Manipulation; die eine führt zu Himmel und Hölle, die andere zu Technik und Industrie". Durch einen ähnlichen Wechsel seines Bezugssystems hat der bürgerliche Bildungsbegriff eine entscheidende qualitative Veränderung erfahren. Er wird heute in zweckrationalen Kategorien beschrieben, die nicht mehr aus den Geisteswissenschaften, sondern aus der Planungswissenschaft stammen. Der Philosoph, der bei Platon und Humboldt trotz aller Unterschiede die Bildungsidee symbolisiert, hat seinen Thron für ein Team von Planungsspezialisten und Technokraten geräumt.

Solange man annahm, daß die Industrialisierung automatisch ins Himmelreich auf Erden führen werde, war möglichst schnelle Vorwärtsbewegung des technischen Fortschritts das erstrebenswerteste Ziel. Daß er Selbstzweck werden könnte, vermutete man nicht. Wilhelm von Humboldt glaubte zwar an die Veränderung der überkommenen Kultur durch den Fortschritt der Wissenschaften, doch nicht daran, daß die technischen Wissenschaften sich von der Kultur emanzipieren und ihr die Gesetze vorschreiben würden. Humboldt übernahm nicht den statischen antiken Kulturbegriff, dem Paul Barth zufolge „ein Element unseres Begriffes von Kultur (fehlt), ... nämlich das Merkmal der Bewegung, der ununterbrochenen Steigerung von Kultur", sondern teilte den alten allumfassenden Begriff und verwendete zum erstenmal mit Nachdruck den Terminus ‚Civilisation'. Barth schreibt darüber: „Civilisation ist ihm ‚die **Vermenschlichung** der Völker in ihren äußeren Einrichtungen und Gebräuchen und der darauf Bezug habenden inneren Gesinnung. Die Kultur fügt dieser Veredelung des gesellschaftlichen Zustandes Wissenschaft und Kunst hinzu. Beide, Civilisation und Kultur, sind demnach Leistungen der Gesellschaft; die **Bildung** hingegen scheint Sache des Einzelnen zu sein, ‚etwa zugleich Höheres und mehr Innerliches, nämlich die Sinnesart, die sich aus der Erkenntnis und dem Gefühle des gesamten geistigen und sittlichen Strebens harmonisch auf die Empfindungen und den Charakter ergießt.'" Hier wird offenbar, daß der deutsche Bildungsbegriff einer Sphäre zugehört, in der man sich nichts träumen ließ von dem, was der technische Fortschritt zwischen Himmel und Erde noch bewirken würde. Hier haben Bildung und Planung nichts gemeinsam. Weil Bildung bei Humboldt ein „Höheres" für den Einzelnen war, konnte er deren Vermittlungsinstitution, das Bildungswesen, noch als eine von vielen Funktionen im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft sehen. Die funktionale Interpretation des Bildungsbegriffs besorgte Henri de Saint-Simon, ein Zeitgenosse Humboldts. Er erkannte in der Planung das Grundprinzip der künftigen industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Für Saint-Simon und seine Schule begann das neue, das ‚positive Zeitalter' mit der Begründung der universalen Planungswissenschaft. Damit erscheint der Plan zum erstenmal als etwas Allgemeines und zugleich Konkretes, nämlich als „Inbegriff aller Anstrengungen, die von der Menschheit geleistet werden müssen, will sie ihr Daseinsproblem meistern." Der Totalitätsanspruch der Rationalität, unter deren Zeichen sich von nun an die gesamte industrielle und gesellschaftliche Entwicklung vollzieht, ist auch der der Planung.

Die Saint-Simonisten stellen die Erziehung ganz in den Dienst des industriellen Fortschritts; wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung muß sie in allen Details besonders sorgfältig geplant werden. Nach saint-simonistischer Lehre zerfällt die Erziehung in die sittliche oder allgemeine und in die berufliche oder besondere Erziehung. Die sittliche Erziehung „hat die Aufgabe, die Gedanken und Gefühle mit den sozialen Zielen in Einklang zu bringen, jeden das, was er **tun soll, gern** und **willig** tun zu lassen. Sie bemächtigt sich des Menschen von Geburt an und begleitet ihn sein ganzes Leben. Sie macht den Menschen für alle Veränderungen, für den Fortschritt der Menschheit empfänglich und läßt ihn diesem innerlich zustimmen". Einige Zeilen weiter heißt es: „Der Fortschritt der Macht der sittlichen Erziehung kann ... als wichtigste Erscheinungsform des Fortschritts der **Freiheit** betrachtet werden, die vor allem darin besteht, das zu **lieben** und zu **wollen,** was getan werden muß." Die berufliche Erziehung vermittelt die Kenntnisse, „die zur Erfüllung der verschiedenen Arbeiten oder Funktionen der künftigen Gesellschaftsordnung notwendig sind. Durch sie soll jeder einzelne an den Platz gestellt werden, der ihm zukommt und an dem er sich **verdient machen** kann."

Die logische Konsequenz aus der Allmacht des technischen Fortschritts ist für das Bildungswesen, daß es sich dessen Anforderungen nicht nur unterwirft, sondern sich mit ihnen identifiziert. Folgerichtig entwickelt Saint-Simon eine Anpassungslehre, wie man sie heute aufgrund empirischer Daten nicht besser konstruieren könnte. Freilich wagt kein westlicher Wissenschaftler eine ebenso deutliche Sprache, doch deuten sogar die Vorschläge eines im guten bürgerlichen Sinne gebildeten Forschers wie Hellmut Becker in dieselbe Richtung, wenn er „Zuverlässigkeit, Mobilität und Weltverständnis" als die heute wichtigsten Eigenschaften nennt, die die Erziehung im Menschen heranbilden müsse. Becker betont, daß es nicht darum geht, „den Menschen der Gesellschaft anzupassen, sondern im Menschen die Eigenschaften zu bilden, die es ihm ermöglichen, in der modernen Gesellschaft zu bestehen", aber er untersucht nicht, ob gerade der durch die Industrialisierung geschaffene Reichtum es nicht gestattet, auf menschenwürdigere Weise in der modernen Gesellschaft zu überleben als durch Verinnerlichung der beiden wichtigsten Forderungen, die jede gute Maschine erfüllen muß, nämlich ‚Zuverlässigkeit' und ‚Mobilität'. Als die beiden Hauptpunkte der gegenwärtigen Bildungsdiskussion (soweit sie nicht mit Tagesfragen beschäftigt ist) gelten: die Abhängigkeit des industriellen Fortschritts von einem hohen Niveau allgemeiner Bildung einerseits und die Notwendigkeit zur Planung aller Bildungsinstitutionen andererseits hat auch Saint-Simon schon als solche erkannt, doch waren sie bei ihm funktional auf eine Gesellschaftsutopie bezogen, die weit in der Zukunft dank schnellen industriellen Fortschritts einmal Wirklichkeit werden sollte, während sie sich heute aus dem Zwang zur industriellen Expansion selbst ergeben. Diese Expansion wird nicht zu bewußter Gestaltung oder Veränderung der Gesellschaft benutzt, sondern es scheint, daß die Gesellschaft sich blind der Eigengesetzlichkeit des industriellen Fortschritts anpaßt und unterwirft. Die Planungsfähigkeit der Dinge ist heute das universelle und vor allem nicht mehr wertfreie Kriterium, nach dem sie beurteilt werden, und ‚Effizienz' heißt die Kategorie, in der der Rationalitätsgrad eines Prozesses sich angeben läßt und in der festgestellt wird, wie gut die Planung war. Die Folge von alledem ist die „Antiquiertheit des Menschen" (Günther Anders) in dem Maße, wie er nicht planbar oder manipulierbar ist.

Hellmut Becker hat mit Blick auf die Praxis versucht, die Position der Freiheit in der modernen Gesellschaft zu bestimmen. „Wenn wir nicht auf Freiheit verzichten wollen, muß der Mensch lernen, die Grenzen seiner Freiheit selbst zu ziehen". An anderer Stelle schreibt er: „In der modernen Gesellschaft bedeutet das Fehlen eines Plans oft nicht etwa Freiheit, ... sondern die Diktatur des Anonymen und daher Verantwortungslosen". Beckers Freiheitsbegriff ist hier ziemlich unscharf, doch scheint er sich eher auf die planmäßige Herstellung von Inseln der Planfreiheit innerhalb der total geplanten Gesellschaft zu beziehen als auf die subjektive personale Freiheit, für deren Entfaltung ja schließlich die Inseln geplant sind. Becker setzt voraus, daß der Mensch die entfaltbare personale Substanz besitzt und will ihr den Raum zur Entfaltung freimachen. Seine Annahme ruht, mit Dolf Sternbergers Worten gesagt, „auf humanistischem Grunde", denn er rechnet „mit der menschlichen Unvollkommenheit", d. h. mit Planungsfähigkeit wegen konstitutioneller Irrationalität. Wie unsicher man heute auf humanistischem Grunde steht, erkennt man, wenn man Sternbergers Forderung, Politik solle „das Gute ... bewirken, das allgemein Beste", als Bildungsziele formuliert: Bildung soll fähig machen, das Gute, das allgemein Beste zu erkennen und Mittel und Wege zu finden, es auch herbeizuführen. Kein Humanist hätte sich vorstellen können, daß das allgemeine Beste einmal von Computern errechnet werden müßte, weil Menschen es nicht mehr entscheiden könnten.

Da wir mit der Atombombe leben, wissen wir, daß das Gute fast nie mehr eindeutig gut ist. Kein Wissenschaftler in Ost und West dürfte heute Leonardo da Vinci nachahmen, der seine Methode lange Zeit unter Wasser zu bleiben, wegen „der böswilligen Natur der Menschen" nicht aufschrieb. Zwei Tendenzen laufen gegeneinander: das subjektive Gewissen hat seinen Grund in der ‚Unberechenbarkeit des einzelnen Menschen', insofern müßte Irrationalität als personale Bedingung der Freiheit gefördert werden; um die universale Vernichtung zu vermeiden, muß möglichst alles einschließlich des Menschen planfähig und berechenbar gemacht werden. Daß dieses Problem keine abstrakte Konstruktion ist oder sich nur für einen kleinen Personenkreis stellt, kann man Hannah Arendts Buch über Eichmann entnehmen, das sie einen ‚Bericht von der Banalität des Bösen' nennt. Eichmann ist der Prototyp des funktionsfähigen Menschen.

Die Chancen der Irrationalität als Grundlage des Gewissens und der personalen Freiheit zu Entscheidungen gegen den Zwang der Sachen scheinen schlecht zu stehen. Nicolaus Sombart knüpft an Saint-Simon an, wenn er schreibt, es sei unabwendbar, die Planungstechniken so zu verfeinern, daß „sie es erlauben, das Nicht-Planbare, insbesondere die fundamentale Irrationalität des Menschen als vorgegebene anthropologische Größe, einzuplanen. „Das sei heute durch Kybernetik möglich. „In ständigem Wechselspiel von Rückkopplung und Neuanpassung tastet der Plan sich an der Grenze zwischen Katastrophe und möglicher Fortführung des Unternehmens an die optimale Lösung heran". Die Programmierung bestimmt das Maß der ‚Freiheit'. Da selbst die „vorgegebene anthropologische Größe ‚Irrationalität'" psychologisch und, wie es scheint, bald auch genetisch manipulierbar und somit variabel ist, wird dann Mannheims Frage: „Wer plant die Planer?" zu einem Grundproblem der Bildungstheorie.

Was bisher gesagt wurde, galt hauptsächlich den Problemen der Planungsfähigkeit von Bildung und der objektiven Notwendigkeit einer möglichst umfassenden Planung des Bildungswesens **und** der Bildungsinhalte, beschäftigte sich nur indirekt mit den Grundlagen und Methoden der Planungspraxis. Dieses Vorgehen steht im umgekehrten Verhältnis zu der Beachtung, die in der einschlägigen Literatur über Bildungsplanung den theoretischen Aspekten geschenkt wird. Die Bildungsplaner konzentrieren sich darauf, erst einmal die wichtigsten statistischen und organisatorischen Informationen zu sammeln und zugleich die offenbaren Mißstände des gesamten Bildungswesens kurzfristig zu beseitigen. Diese berechtigte Konzentration auf die Tagesfragen ergibt freilich, daß die Planungsprinzipien und ihre Konsequenzen kaum kritisch reflektiert werden und daß Theorie und Praxis sich immer weiter voneinander entfernen. Auch dieser Überblick fügt sich jenem Sachverhalt, wenn im folgenden Abschnitt über einige Probleme der Bildungsplanung – diesmal mit dem Akzent auf Planung – berichtet wird.

Nach Dahrendorf werden die „entwickelten Gesellschaften der Gegenwart nicht mehr durch ihre militärischen oder wirtschaftlichen, sondern durch ihre Bildungsinstitutionen geprägt und können daher als „Bildungsgesellschaften" definiert werden. In allen jüngeren politischen Grundsatzerklärungen erscheint die Entwicklung des Bildungswesens als Hauptproblem der Gegenwart und Zukunft, denn in ihr sieht man das wichtigste Instrument zur Bewältigung der Zukunft.

In allen Industrieländern hat der Staat mindestens die Kompetenz für die Rahmenplanung des gesamten Bildungswesens. Die Finanzierung geschieht zum allergrößten Teil direkt oder indirekt über die öffentlichen Haushalte. Keine politische Entscheidung über die Entwicklung des Bildungswesens ist ohne wissenschaftliche Grundlage möglich. Die beiden Hauptprobleme sind: 1. Ausbau des gesamten Bildungswesens vom Kindergarten bis zu den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Intensivierung der Grundlagenforschung in allen Disziplinen, 2. allgemeine Niveausteigerung aller Bildungseinrichtungen, besonders Erhöhung des allgemeinen Bildungsstandards der gesamten Bevölkerung.

Diese Aufgaben können nur durch nationale und internationale Bildungsplanung gelöst werden. Die wichtigste Rolle spielt dabei eine neu entstandene interdisziplinäre Wissenschaft: die Bildungsökonomie. Sie sammelt alle, das Bildungswesen betreffenden technisch-organisatorischen, wirtschaftlichen, sozial- und kulturwissenschaftlichen Daten, setzt sie miteinander in Beziehung und versucht, auf dieser Basis einen allgemeinen Organisationsplan für das gesamte Bildungswesen auszuarbeiten.

Bildungsökonomie befaßt sich „mit den organisierten Lehr- und Lernprozessen in all ihren Lebensbezügen: das heißt nicht nur mit ihren Finanzen, sondern auch mit ihrer Effi-

Fortsetzung Seite 8

Notizen für Studenten

Initiative zur Disziplinarrechtsreform der RWTH Aachen

In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung übt das Studentenparlament der RWTH Aachen Kritik an der gegenwärtig bestehenden Disziplinarrechtsordnung der Hochschule.

In der Entschließung wird betont, daß das geltende Disziplinarrecht dem Grundgesetz widerspreche. Ausschließliche Aufgabe der Hochschule sei es, Wissenschaft und Kunst, Forschung und Lehre zu pflegen. Der Student brauche mit seinem Eintritt in die Hochschule nur solche Beschränkungen seiner Grundrechte zu dulden, die sich aus dem Hochschulzweck zwingend ergeben. Eine der Hochschule konzidierte, bedingte Ordnungsgewalt zur Sicherstellung ihres Forschungs- und Lehrbetriebes müsse demgegenüber auf alle Mitglieder der Hochschule ausgedehnt werden.

In der Entschließung wird im einzelnen gefordert:

- Zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Hochschulbetriebes unter Beachtung der durch den Hochschulzweck gesetzten Grenzensoll dei Hochschule im Rahmen ihrer Satzungsautonomie eine Regelung treffen, der in gleicher Weise alle Mitglieder der Hochschule zu unterwerfen sind.
- Da die schweren Disziplinarmaßnahmen, insbesondere der Ausschluß von der Hochschule, zugleich Eingriffe in die Grundrechte des betroffenen Hochschulmitgliedes sind, bedarf die Disziplinarordnung einer gesetzlichen Ermächtigung.
- Die Disziplinarentscheide unterliegen verwaltungsgerichtlicher Nachprüfbarkeit, da die Disziplinarbehörden der Hochschule keine Gerichte im verfassungsrechtlichen Sinne sind.

Die Studentenschaft der RWTH richtet an den Rektor die Bitte, eine Kommission aus Vertretern aller Mitglieder der Hochschule einzuberufen, die einen Entwurf einer neuen Disziplinarordnung erarbeiten soll. In der Entschließung wird wörtlich festgestellt: „Da die derzeit gültige Disziplinarordnung rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht gerecht wird, sieht sich die Studentenschaft außerstande, an Verfahren auf der Grundlage dieser Disziplinarordnung mitzuwirken.

Sie benennt daher bis auf weiteres keine Vertreter für die Disziplinargerichte." info

Theodor-Heuß-Medaille für Aktion „Student aufs Land"

Der Freiburger Aktion „Student aufs Land" wird in Anerkennung ihrer Verdienste um die Bildungswerbung am 29. Januar 1967 in München die Theodor-Heuß-Medaille verliehen. Es ist dies das erste Mal, daß Studenten diese Auszeichnung zuteil wird.

Die Aktion „Student aufs Land" wurde im Herbst 1965 von Freiburger Studenten ins Leben gerufen. In über 500 Landgemeinden des südbadischen Raumes haben seither rund 120 freiwillige Bildungswerber in Vorträgen und Diskussionen die Landbevölkerung über die Notwendigkeit und Möglichkeiten unterrichtet, den Kindern eine bessere Ausbildung zukommen zu lassen als es bislang der Fall war.

Die Studenten, die sich an der Aktion beteiligen und sich umfassend auf diese Aufgabe vorbereitet haben, diskutieren mit der Dorfbevölkerung auch örtliche Schulfragen und das Problem der mangelhaften Aufklärung über Möglichkeiten verbesserter Ausbildung. Seit einem halben Jahr wird die Aktion auch auf Industriebetriebe ausgedehnt, um auch unter der Arbeiterschaft für eine bessere Ausbildung der Kinder zu werben. Die Bildungsaktion trifft bei der Bevölkerung auf wachsendes Interesse. Neben der Freiburger Aktion betreiben auch die Studenten anderer Universitäten und Hochschulen in ähnlicher Weise Bildungswerbung. Die Koordination der einzelnen Aktionen, die sich nicht allein auf Werbung für den Besuch einer weiterführenden Schule beschränken, sondern zugleich Überlegungen zu einer Schulreform mit einschließen sollen, hat der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) übernommen. Auf einer Arbeitstagung zur Bildungswerbung, die der VDS in Siegburg durchführte, wurden die gemeinsamen Zielvorstellungen für eine Ausweitung der Bildungsaktion auf andere Hochschulen erarbeitet. vds

Bundesrepublik auf dem Niveau der europäischen Entwicklungsländer

Die auf Betreiben der OECD ins Leben gerufene *European Industrial Research Management Association*, die ein Forum für den Gedankenaustausch und für die Erarbeitung besserer Methoden der industriellen Forschung sein soll, gehören mittlerweile 62 führende europäische Unternehmen als Mitglieder an. Während u. a. zehn britische Unternehmen sich aus der Arbeit dieser Gemeinschaft Vorteile versprechen, acht schwedische und je sechs französische und belgische Unternehmen die Mitgliedschaft erworben haben, ist aus der Bundesrepublik nur ein Unternehmen Mitglied geworden. Damit ist die Bundesrepublik in diesem Gremium genau so stark vertreten wie Griechenland oder Spanien, wohingegen Länder wie Italien und Dänemark mit je vier Firmen, Norwegen, die Schweiz, die Niederlande und Finnland mit je drei und selbst Portugal und Irland mit je zwei Unternehmen vertreten sind.

Ausführliche Studien über wesentliche Probleme der Industrieforschung sollen in Kürze durchgeführt werden. Ferner sind vier Arbeitsgruppen gebildet worden, die sich beschäftigen mit 1) Patentfragen 2) Ankauf von Forschungsergebnissen von anderen Firmen 3) die Aufstiegsmöglichkeiten für Wissenschaftler in den Unternehmen und 4) Forschungseinrichtungen, ihr Standort, ihre Planung und ihre Ausstattung. akd

Weltkongreß iranischer Studenten in Frankfurt

Am sechsten Weltkongreß der „Konföderation der Iranischen Studenten", der vom 3. bis 6. Januar in Frankfurt stattfand, nahmen über 120 Delegierte aus Europa und Übersee teil. Den Teilnehmern aus Teheran war die Ausreise verweigert worden. Vorherrschendes Gesprächsthema des Kongresses waren die Aktionen des „Verteidigungskomitees", der Kerntruppe der Konföderation. Das „Verteidigungskomitee" hat die Aufgabe, die Geheimprozesse des Schahs in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und das „diktatorische Regime des Iran" zu brandmarken. Der Vorsitzende der Gruppe beschwerte sich über Repressalien durch die Regierungen einzelner Länder, vor allem Österreichs und der Bundesrepublik, die auf Grund von Interventionen der persischen Botschafter fortwährend versuchten, die Konföderation in ihrer Arbeit zu behindern. V

Niedersachsen greift Anregungen auf

Der niedersächsische Kultusminister Langeheine empfing im November in Hannover die AStA-Vorsitzenden der Pädagogischen Hochschulen des Landes zu einem Gespräch über die Situation an den Hochschulen und über grundsätzliche Fragen des Lehrerstudiums. Langeheine schloß sich der Forderung der „Pädagogischen Hochschultage 1966" an, mehr zu experimentieren, um neue Schulmodelle zu erproben. Im Kultusministerium soll ein Grundsatzreferat eingeführt werden, das sich mit solchen Experimenten befassen soll, um „pädagogisches Neuland" zu erschließen. Die Studentenvertreter wandten sich gegen die Meinung, daß der Dozentenfehlbestand durch eine Vermehrung der Assistentenstellen aufgefangen werden könne. Außerdem wurden die geringen Haushaltsansätze für die laufenden Mittel scharf kritisiert. info

Berlin folgt Hessens Beispiel

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 1. 12. 1966 das vom Senat vorgelegte „Gesetz über die Zusammenarbeit der Freien Universität Berlin und der Pädagogischen Hochschule Berlin zur Förderung der Lehrerbildung" verabschiedet. Das Gesetz sieht eine verstärkte Zusammenarbeit der FU und der PH mit dem Ziel einer „baldmöglichen Eingliederung" der Pädagogischen Hochschule in die Universität vor. Zu diesem Zweck sieht das Gesetz die Bildung eines Ausschusses vor, dem je drei Hochschullehrer und ein Vertreter der Studentenschaft der Hochschulen angehören. Durch einen gemeinsamen Berufungsausschuß soll sichergestellt werden, daß künftig nur Persönlichkeiten auf Lehrstühle an der PH gelangen, die auch die FU für geeignet hält. Die PH erhält durch das Gesetz den Status einer wissenschaftlichen Hochschule. Habilitations- und Promotionsrecht werden der PH jedoch versagt bleiben. Sie erhält jedoch das Recht, auf dem Gebiet der Erziehungswissenschaften den Grad eines „Diplom-Pädagogen" zu verleihen. akd

In letzter Minute:

Nach der Erhebung in den Rang einer wissenschaftlichen Hochschule faßte der Senat der Stadt den Beschluß, DM 160,— Studiengebühren an der PH zu erheben. Der AStA der PH kündigte daraufhin am 10. 1. 1967 einen Vorlesungsstreik für den 11. 1. und den 12. 1. 1967 an. Fo/hr

Kein Platz für alle in deutschen Hochschul-Ferienkursen

4 000 ausländische Teilnehmer 1966 — 20 Hochschulen mit Ferienkursen 1967 — Neue DAAD-Broschüre

Ferien- und Sprachkurse an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland — Sommer 1967", lautet der Titel einer kleinen Broschüre, die soeben vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlicht wurde. Auf sie warten schon jetzt viele hundert Studenten und junge Akademiker im europäischen und auch im überseeischen Ausland. Denn was in den ersten Nachkriegsjahren klein und bescheiden begann — die Teilnahme an Ferienkursen im Ausland — hat sich inzwischen zu einem kräftigen Zweig des internationalen akademischen Austauschs ausgewachsen.

Platz nur für die Hälfte der Bewerber

Kulturpolitisch betrachtet ist es keineswegs unwichtig, daß sich Jahr für Jahr einige tausend Studenten aus aller Welt, vorwiegend aus den europäischen Nachbarländern in West — und neuerdings auch — in Ost sowie aus Nordamerika zum Besuch von Ferienkursen deutscher Hochschulen entschließen. Rund 4 000 dürften es in den Sommermonaten dieses Jahres gewesen sein, und gegen 8 000 hätten es vielleicht sein können, wenn die Kapazität der deutschen Ferienkurse nicht beschränkt wäre. Es war zwar schon längst bekannt, daß bei weitem nicht alle ausländischen Ferienkursinteressenten von den deutschen Hochschulen aufgenommen werden konnten, doch genaues Zahlenmaterial fehlte bisher. Der DAAD besorgte es durch Umfrage und dabei stellte sich doch einigermaßen überraschend heraus, daß mehr als die Hälfte der ausländischen Ferienkursinteressenten zu Hause bleiben mußten. Zehn deutsche Hochschulen, die Ferienkurse veranstalteten und die auf die Umfrage des DAAD antworteten, berichteten von 4 840 Bewerbungen und 2 249 aufgenommenen Ferienkursteilnehmern. Im krassesten Fall, demjenigen der Technischen Hochschule Stuttgart, standen 50 zugelassene Ausländer 250 abgelehnten gegenüber. Wer die Schwierigkeiten kennt, die es bereitet, einen Ferienkurs zu organisieren, wird daraus keinen Vorwurf gegen die Hochschulen ableiten. Sie haben sich in den vergangenen Jahren stetig bemüht, mehr Ferienkursplätze anzubieten. Nach den Angaben in der neuen DAAD-Broschüre können im Sommer 1967 rund 4 500 ausländische Studenten an Ferienkursen in Deutschland teilnehmen.

Sprach-, Literatur- und Musikkurse

Das Ferienkurs-Heft des DAAD enthält alle wichtigen Angaben über Termine, Themen und Kosten der Kurse, die vorwiegend im Juli und August stattfinden. Für 1967 kündigen 20 deutsche Hochschulen und Institutionen Ferienkurse an. Das Angebot ist vielseitig und reicht vom reinen Sprachkurs in verschiedenen Stufen ohne jedes Rahmenprogramm über Literaturkurse für Germanisten mit großem Exkursionsprogramm und Fortbildungskursen für ausländische Deutschlehrer bis hin zum Ferienkurs für Musik und Tanz. „Die Lage Deutschlands im heutigen Europa", „Die Beziehungen zwischen deutscher Literatur und Weltliteratur", „Die Goethe-Zeit" lauten die Themen einiger dieser Kurse. Junge Ausländer, deren Neigungen der deutschen Sprache, Literatur oder Musik gelten, können eine individuelle Wahl treffen.

Noch immer keine Fachferienkurse

Fachferienkurse für Techniker, Historiker, Natur- und Wirtschaftswissenschaftler gibt es, obwohl aus dem Ausland immer wieder danach gefragt wird, noch nicht. In dieser Beziehung sind die Universitäten des Auslandes den deutschen voraus. Vermißt wird auch nach wie vor ein Ferienkurs in Berlin, an dem bei ausländischen Studenten großes Interesse bestünde. da

Studentische Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung

Das Hochschulseminar des VDS, das vom 28. 11. bis 1. 12. 1966 in der Karl-Arnold-Bildungsstätte in Bad Godesberg stattfand, befaßte sich mit Problemen der studentischen Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung der Hochschule. Ziel des Seminars war es darzulegen, daß eine sachgerechte Strukturierung der studentischen Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung mit der Organisationsreform des wissenschaftlichen Arbeitens und der Studienreform unlösbar verbunden ist.

Nur wenn es gelänge, durch geeignete Maßnahmen der Hochschul- und Studienreform die Funktion des Studenten als des Partners des Hochschullehrers im wissenschaftlichen Arbeitsprozeß zu verwirklichen, könnten volle Mitwirkungsrechte in der Selbstverwaltung dieses Wissenschaftsbetriebs aus der Sache heraus einsichtig gemacht werden. Dagegen berge die Studienreformdenkschrift des Wissenschaftsrates die Gefahr, den „Normalstudenten" zum bloßen Hochschüler zu machen, dem im Hinblick auf die Vollständigkeit des Unterrichts zwar noch das Recht der Wahrnehmung seiner Interessen zukomme, der aber aus der Sache heraus keinen Anspruch auf eine verantwortliche Mitgestaltung der Hochschule habe. info

Leistungen der UNESCO

Die UNESCO — **U**nited **N**ations **E**ducational, **S**cientific and **C**ultural **O**rganization — ist eine der zwölf Sonderorganisationen der Vereinten Nationen mit 120 Mitgliedsstaaten.

Hauptziel der UNESCO bleibt die Schaffung fester Grundlagen für den Frieden. Das aber ist nur möglich, wenn die Menschen ein Mindestmaß an Bildung besitzen und wenn der Sprachwirrwarr so weit geordnet werden kann, daß sie miteinander reden und sich verständigen können. Die UNESCO stellte den Grundsatz auf: „Erziehung für alle Menschen!" Das aber bedeutete die Ausbildung von Hunderttausenden von Lehrern, den sofortigen Bau von Millionen von Schulräumen, Schaffung von Schulbüchern, Entwicklung von vereinfachten Sprachen und Schriften. 40 % der Weltbevölkerung über 15 Jahre sind Analphabeten, über die Hälfte der schulpflichtigen Kinder in der Welt können keinen Unterricht erhalten, weil weder Schulen noch Lehrer vorhanden sind. Es gibt in der Welt nach den Feststellungen der UNESCO etwa 2 800 Sprachen, darunter einige, die nicht in einer Schrift festgehalten sind. Die UNESCO arbeitete nun langfristige, sogenannte Pilot-Programme (soviel wie „Lotsen-Programme") aus, schickte Experten in die betreffenden Länder, ließ Alphabete für Sprachen entwickeln und nahm mit großer Umsicht und zäher Geduld den Kampf gegen das Analphabetentum auf. In Lateinamerika wurden in kurzer Zeit 150 000 neue Schulräume gebaut und 90 000 Lehrerstellen besetzt, so daß die Zahl der Schüler um 11 Millionen steigen konnte. In Karatschi (Pakistan) wurde vor fünf Jahren ein Programm für die asiatischen Staaten in Angriff genommen. Bis 1980 sollen 200 Millionen Kinder die Schule besuchen. Bis dahin müssen 8 Millionen Lehrer ausgebildet sein und die entsprechenden Schulen aus dem Boden gestampft werden. Zur Verwirklichung solcher Vorhaben gehören auch riesige Geldsummen, über die die UNESCO nicht immer verfügt. Das Budget für 1967/68 beträgt 62 Millionen Dollar gleich 248 Millionen DM. Daneben erhält die UNESCO noch aus zwei Fonds der Vereinten Nationen 171 Millionen Dollar, um ihre riesigen Projekte durchführen zu können. 77 % des Budgets werden von 12 Ländern nur die restlichen 23 % aufbringen. An der Spitze stehen die USA mit 30 %, gefolgt von der UdSSR mit 16, % und der Bundesrepublik Deutschland mit rund 7 %.

Neben diesen Programmen in den ungenügend entwickelten Ländern organisiert die UNESCO große Forschungsprogramme zur Erforschung der Meere, organisiert weltweite wissenschaftliche Kongresse, beteiligt sich an der Erhaltung unersetzlicher Denkmäler, fördert die Ausbreitung von Informationen, erleichtert den Literaturaustausch und gibt Buchreihen und große Werke heraus, bis jetzt über 4 000 Titel. rp

Entkault

Die Tür der schwarzen Limousine schlägt dumpf ins Schloß. Tübingen, 19.30 Uhr, zwei Grad unter Null, die Straßen sind vereist. Man zählt den 8. Dezember 1966. Der untersetzte Mann, von dessen gelichtetem Haar die schwere Hornbrille ablenkt, wird von zwei jungen Männern, dem Aussehen nach Studenten, in eine Gaststätte geführt. Fast 800 Studenten sind in und außerhalb der Gaststätte versammelt, man hört empörte Rufe „diese reaktionären Schweine" und Flüche über die herrschende Klasse sowie über die herrschende Kälte. Der gefürchtete Autor des Bonner Pitaval und Nebenkläger im Frankfurter Auschwitzprozeß, versucht sich einen Weg zu bahnen zum Rednerpult. Der Tumult verstärkt sich, Professor Friedrich Karl Kaul gibt auf. Die Studenten formieren sich: ein Demonstrationszug bewegt sich auf die neue Aula am Geschwister-Scholl-Platz zu. Sprechchöre fordern den Rektor auf zu einer Stellungnahme. Er weigert sich. Das erhitzte politische Bewußtsein vermag die kalten Füße nicht mehr zu erwärmen und der Universitätsrat gibt keinen Grog aus. Bewegung tut not: die Studenten ziehen zum Haus des Rektors. Eine Delegation der Aufrührer dringt vor zu seiner Magnifizenz. Seine Magnifizenz zeigt sich fröstelnd und mutlos auf dem Balkon seines Hauses: „Man muß sich doch an die Vorschriften halten, meine Beamten, die wußten, wer Kaul war". „Meine Verwaltung ist schließlich an Recht und Ordnung gebunden. Kaul ist kein Enzensberger, kein Grass und auch kein Augstein."

Am nächsten Morgen kursieren Unterschriftslisten, die sich gegen politische Veranstaltungen auf dem Universitätsgelände der Genehmigung des Kultusministeriums bedürfen. Die Höchster Verbände zählen zu den Unterzeichnern. Dem „müden AStA setzt man die Pistole auf die Brust". 2 000 Unterschriften und eine neue Einladung an Kaul für Januar. Der müde AStA begreift, und will intervenieren, damit Kaul nicht im Januar wieder kalte Füße bekommt, und wie es heißt auch aus politischen Gründen. Man scheint in studentischen Kreisen zu der Auffassung gekommen zu sein, Rede- und Meinungsfreiheit sei grundgesetzlich garantiert. Vo

FAHRSCHULE
FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,—
Fahrstunde: DM 12,50

POHL
seit Jahren
die Fahrschule
der Studenten

Studentenschaften im Elfenbeinturm?

In Marburg wollen der Ring Christlich-Demokratischer Studenten und der Rektor eine hochschulpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit umkehren. In einem monatelangen Rechtsstreit dekretierte der Rektor als Rechtsaufsichtsbehörde, die Studentenschaft dürfe nur Hochschulpolitik an sich betreiben. Aus dem RCDS kam dazu die Erläuterung, die Studentenschaft könne nur dann zu Recht politisch handeln, wenn sie als solche – die Studenten anders als andere Staatsbürger – betroffen sei.

Die Marburger Magnifizenz folgte in ihrer Entscheidung dem Beispiel der Amtskollegen an anderen Universitäten: Sie verbot – ohne die Grenze aufzuzeigen, bis zu der Studentenpolitik reichen dürfe. Wenn die Studentenschaft sich aufgrund des Hessischen Hochschulgesetzes eine neue Satzung gibt, muß sie daher neue Prozesse gewärtigen, es sei denn, sie ist bereit, das bisherige Bekenntnis zur „besonderen Verantwortung der akademischen Jugend gegenüber ihren Volke" aus der Präambel zu streichen.

Die Akteure an den Hochschulen übergehen bei ihren Streitigkeiten um das „politische Mandat" in der Regel die in der Literatur betriebene Klärung des Problems. So ermächtigte das Marburger Studentenparlament seinen Allgemeinen Studentenausschuß unbedacht, „zu außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, die keinerlei hochschulpolitische Belange betreffen". Der Rektor hingegen reduzierte das Problem auf eine Interpretation des Wortes: Ein politisches Mandat könne nur auf einem Auftrag eines übergeordneten Rechtssatzes beruhen, also eines Landesgesetzes etwa oder der Universitätssatzung. Befugnisse, die der Universität als Ganzem abgingen, stünden auch der Studentenschaft nicht zu.

Verschiedenen Studentengruppen scheinen politische Aktionen der Universität in der Tat bedenklich, weil diese Körperschaft nicht demokratisch organisiert ist. Die mißverständliche Formel vom politischen Mandat der Studentenschaft dagegen basiert nach ihrer Meinung auf der Willensbildung im Wege demokratischer Wahl, wie sie bei den Studentenschaften üblich ist. Auftraggeber politischer Aktionen des Allgemeinen Studentenausschusses könnten nur die Studenten, nicht die Professoren sein.

Vom politischen Mandat begannen die westdeutschen Studentenschaften zu reden, als sie sahen, daß sinnvolle und realistische Zielvorstellungen für das Hochschulwesen nur im Hinblick auf die gesamte Bildungspolitik, nur aufgrund einer Analyse der Gesellschaft zu entwickeln sind, als sie sahen, daß beispielsweise die Art der finanziellen Förderung der Studenten von der Sozialordnung insgesamt abhängt. Die Formel soll bezeichnen, daß Hochschulpolitik isoliert nicht möglich ist.

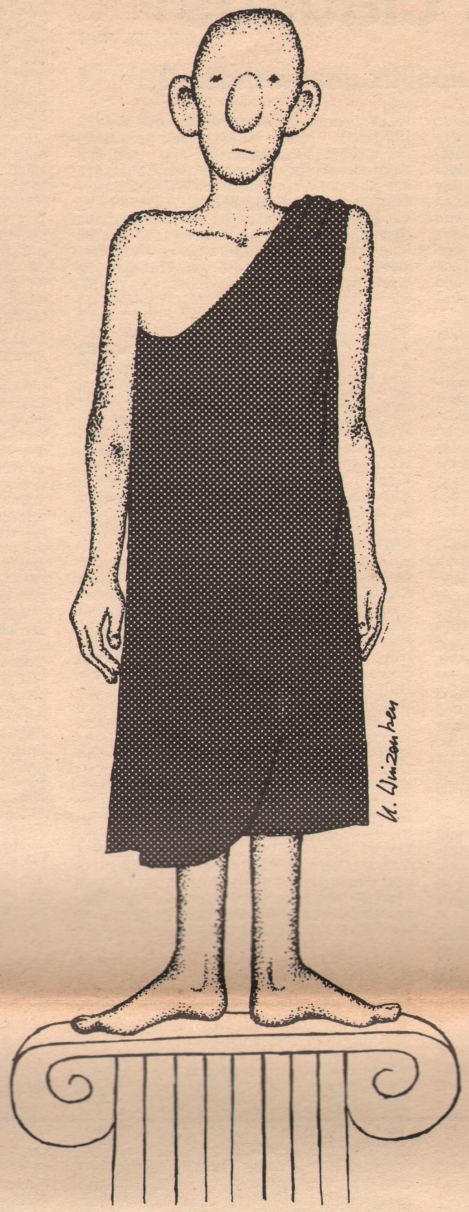
An dieser Haltung zeigt sich, daß die Studentenschaften die allgemeine politische Entwicklung reflektieren und mitgestalten wollen – sowohl aus Eigeninteresse als auch aus Verantwortung für die Folgen des Studierens.

Freilich lassen Studentenvertreter den Zusammenhang zwischen Hochschule und Gesellschaft zuweilen außer Acht. So ist es kein Wunder, wenn das Marburger Studentenparlament den Professoren als ungehorsamer Gernegroß erscheint. Trotz dieser Schwäche ist der Rückzug der westdeutschen Rektoren auf Rechtspositionen für die studentische Seite umso weniger glaubhaft, als diese sich selbst qua Amt in der großen Politik bewegen. In Marburg wurde eine Erklärung gegen die persische Regierung verbreitet, „mit der die Bundesregierung in besten diplomatischen Beziehungen steht".

Im gleichen Marburg öffnete ein Rektor der FDP für eine ihrer Wahlversammlungen das Auditorium Maximum, während sein Nachfolger eine Ausstellung des SDS zur Vietnamfrage „aus grundsätzlichen Erwägungen" nicht in die Universitätsräume ließ. Derartige Ereignisse scheinen darauf zu deuten, daß der Streit um das politische Mandat auch eine Frage der Redlichkeit ist: Die Rektoren handeln auch im täglichen Hochschulleben nach Grundsatzentscheidungen aus der großen Politik, die obendrein ihre persönlichen sind – sie geben es nur nicht zu.

Vor diesem Zwiespalt warnen engagierte Studentenvertreter mit dem Hinweis auf die Hilflosigkeit, mit der einst Professoren und Studenten dem faschistischen Angriff auf die autonome Universität erlagen. Ihnen scheinen viele Wissenschaftler nur deswegen der braunen Ideologie verfallen zu sein, weil sie aus Mangel an politischer Konzeption Kompromisse mit dem totalitären Trend suchten, um so die Politik von der Universität fernzuhalten. Die bisherigen Erfahrungen vermitteln den Allgemeinen Studentenausschüssen den Eindruck, die Beschneidung des studentischen Aktionsbereichs diene dem verdächtigen Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung. Sicher können die Professoren ihre Macht besser verteidigen, wenn die Studentenschaften gegen die Hochschulstruktur nicht mehr mit Prinzipien des sozialen Rechtsstaats argumentieren dürfen. Andererseits ergab eine Analyse des Frankfurter Soziologen Heribert Adam, daß die Rektoren in den letzten zwanzig Jahren ihren Kampf gegen die politische Aktion der Studenten im Ganzen in dem herrschenden politischen Trend einpaßten.

Ulrich Heinz



Ich bin Abonnent, aber »deutsches panorama« hat mich enttäuscht. Es fehlt darin die letzte Vergeistigung, die Abkehr vom Ganzen zum Nichts. Daher: Nicht empfehlenswert!

(Jedenfalls nicht für so Anspruchsvolle!)

deutsches panorama

Für Sie alle 14 Tage neu.

Überall erhältlich.

Fordern Sie ein Probeheft an.

2 Hamburg 50 Königstraße 28

Numerus clausus

Ist restriktive Hochschulpolitik unabwendbar?

Westdeutschlands Hochschulen signalisieren S-O-S. Unter dem Ansturm ständig anschwellender Abiturientenwellen drohen die Universitäten in unserem Land zu zerbersten. War das Fundament der Hochschulen durch die permanenten Ausnahmezustände der letzten 15 Jahre bereits gefährlich unterspült, so wird die Springflut von zwei Abiturjahrgängen, die sich dank der Kurzschuljahre jetzt auf zwei Semester konzentrieren, nun ganze Arbeit leisten. Die Alma Mater meldet „Land unter" und greift zum Rettungsring, „numerus clausus" genannt.

Beispiele gibt es genug. Nur zwei seien hier erwähnt: Die Bonner Universität verzeichnet traurige Rekordzahlen, nämlich 14615 Hörer im Wintersemester 1966/67. Die Studentenziffer ist gestiegen, obwohl bisher im Winter stets ein Absinken zu verzeichnen war. Kein Wunder, daß 2550 Studenten in Bonn abgewiesen werden mußten. Denn steht der Universität das Wasser erst einmal bis zum Hals, ergreift sie Notwehrmaßnahmen. So verwehrte die Universität Bonn schließlich 1300 Medizinern, 1000 Pharmazeuten und 250 Zahnmedizinern das Studium.

Daß nicht nur bei den „klassischen numerus-clausus-Fächern" die Restriktionen überhandnehmen, zeigt das zweite Beispiel aus Frankfurt. Aufklärerische Soziologie-Professoren sah man dort durch den „objektiven Zwang des überstrapazierten Landeshaushalts" zu Vorkämpfern restriktiver Maßnahmen gewandelt. Vorsichtig, doch unüberhörbar formulierte Prof. Habermas: „Die Erwägungen über den numerus clausus sind im ersten Vorstadium, sie sind ausgelöst worden von der Überzeugung, daß wir weiteren Zuwachs an Studenten nicht verkraften können. Das ist zunächst einmal die defensive Überlegung, auf jeden Fall müssen wir den status quo einfrieren". Prof. Habermas und seine Frankfurter Soziologie-Kollegen, die solchermaßen Wind gesät hatten, mußten Sturm ernten. Die Studenten beriefen eine Vollversammlung ein, auf der die Professoren Rede und Antwort standen. Im größten Hörsaal, der dennoch überfüllt war, sparten beide Seiten nicht mit Vorwürfen. Die Studentenschaft besteht generell auf der Forderung, die aktuellen hochschulpolitischen Engpässe nicht durch restriktive Maßnahmen, sondern durch die Ausweitung und Verbesserung des Systems von Bildung und Ausbildung zu beheben. So stehen die Zeichen für die universitätsinterne Auseinandersetzung auf Sturm.

Doch längst hat die Diskussion über den numerus clausus die Grenzen der Hochschule übersprungen und ist in der interessierten Öffentlichkeit entbrannt. Es hätte nicht der Umfrage des Springer-Renommier-Blattes DIE WELT bedurft, um festzustellen, daß sich die Universität ringsum im Lande mit dem numerus clausus einzurichten beginnen. Die Stellungnahmen der verantwortlichen Kulturpolitiker sind dafür symptomatisch. Will Bundesforschungsminister Stoltenberg die Entscheidung, ob das Abitur die alleinige Berechtigung zum Hochschulstudium bleiben soll, „der Beurteilung durch die Hochschulen und Kultusministerien überlassen", wird der Präsident der Westdeutschen Rektoren-Konferenz (WRK) schon deutlicher: „Wenn aber dem Abiturienten aus Kapazitätsbeschränkungen der Hochschulen keine in der Qualität verantwortbare wissenschaftliche Ausbildung gewährleistet werden kann, müssen Zulassungsbeschränkungen Platz ergreifen. Hier liegt das entscheidende Problem der Schul- und Hochschulpolitik ab 1967."

Weiter meint Prof. Sieverts: „Die Qualität künftiger Akademikergenerationen ist vornehmlich von den Hochschulen selbst zu verantworten". Fraglich bleibt nur, ob nicht die Hochschulen auch die Quantität der künftigen Akademiker zu verantworten haben. Dieser Verantwortung werden sie nämlich nicht gerecht, wenn trotz des objektiv steigenden Bedarfs an Hochschulabsolventen der numerus clausus praktiziert wird. Lassen wir uns nicht von den trutzigen Dementis unserer Kulturpolitiker täuschen. Zwar sagt der bayrische Kultusminister Huber: „An dem Charakter des Reifezeugnisses als Hochschulzulassungsvoraussetzung muß festgehalten werden. Andere Lösungen wären in Deutschland systemfremd"; zwar meint der CDU-Kulturexperte Martin: „Die Erteilung der Hochschulreife sollte Sache der Schule bleiben. Das ist rationeller und gerechter als ein Auswahlverfahren an der Hochschule"; zwar erklärt der SPD-Kulturpolitiker Lohmar kategorisch: „Ich halte jede Form des numerus clausus für ein Übel, weil er dem verfassungsmäßigen Recht auf eine angemessene Ausbildung widerspricht"; doch die Einführung des numerus clausus an den westdeutschen Hochschulen ist unter der Hand längst beschlossene Sache. Unter dem Druck der Verhältnisse werden die mutigen Dementis der Kulturpolitiker ebensowenig zukunftsträchtig sein, wie jenes berühmt berüchtigte Wort des Rainer Barzel: „Ludwig Ehrhard ist und bleibt Bundeskanzler".

Für den Bund gesteht Minister Stoltenberg offen: „Die neuen Studienpläne und die veränderten Arbeitsbedingungen an den Hochschulen werden sich auf den Bedarf für wissenschaftliches und sonstiges Personal und auch den Bedarf an Sachmitteln auswirken. Die dafür erforderlichen zusätzlichen Aufwendungen werden die Mittel übersteigen, die bislang in die Haushalte für 1967 und später eingeplant worden sind". Nichts ist gegen die Forderung des WRK-Präsidenten Sieverts einzuwenden: „Die Notwendigkeit der mittelfristigen, etwa drei Jahre vorausblickenden Finanzplanung ist offenkundig". Doch Pläne sind genug geschmiedet, die Universitäten müssen endlich Taten sehen. Von allen Bundesländern hat lediglich Baden-Württemberg eine Erhöhung der Mittel für die Hochschulen in Aussicht gestellt: „Es hat sich herausgestellt, daß zusätzliche Mittel erforderlich sind. Ein Teil der Mittel ist bereits im Haushaltsentwurf für 1967 bereitgestellt. Über die endgültige Höhe der benötigten Mittel liegen noch keine genauen Unterlagen vor". Man beachte auch hier den vorsichtigen Ton, weiß man doch, daß die Mittel für Hochbauten im Lande rigoros gekürzt wurden (Siehe DISKUS 6/1966, S. 7). Im ganzen werden wir in der Bundesrepublik 1967 kaum einen verstärkten Ausbau der überlasteten Hochschulen erleben. Vor dem Trumpf der schrumpfenden Staatseinnahmen paßt die Kulturpolitik.

Zwei Engpässe charakterisieren unsere gegenwärtige Hochschulunbill: 1. das Fehlen sachlicher und finanzieller Mittel zum Ausbau der Universitäten (daran wird sich auch 1967 nichts ändern, wie wir gesehen haben) und 2. die mangelnde Vergrößerung des Lehrkörpers. Trifft der erste Vorwurf den Staat, so sind für den zweiten Engpaß vornehmnlich die Hochschulen selbst, genauer die sie verwaltenden Ordinarien verantwortlich. Unverständlicher Starrsinn und kaum verhohlener Konkurrenzneid zementierten auf Jahrzehnte ein veraltetes Habilitations- und Berufungssystem und verhinderten das Heranwachsen des wissenschaftlichen Nachwuchses in erforderlicher Zahl. Was als vermeintliche Aufrechterhaltung der Qualität deklariert wurde, war in Wahrheit ein willkürliches Niedrighalten der Quantität der künftigen Konkurrenz. Selbstverständlich läßt sich die Zahl der Hochschullehrer nicht grenzenlos (und vor allen Dingen nicht kurzfristig) vergrößern; doch die Sünden der Vergangenheit rächen sich jetzt bitter.

Keinesfalls rechtfertigt das aktuelle Mißverhältnis von Studenten und Dozenten den Optimismus weder des Ministers Schütte („Von einem Nachwuchsmangel kann schon jetzt generell nicht gesprochen werden") noch des Professors Sieverts („Die Förderungsmöglichkeiten für Habilitanten sind breiter denn jemals in der deutschen Universitätsgeschichte"). Dagegen erkennt der SPD-Kulturpolitiker Lohmar das Gebot der Stunde: „Die Selbstverwaltung der Universitäten und ihrer Fakultäten stehen hier vor einer entscheidenden Bewährungsprobe. Es müssen im ganzen mehr junge Wissenschaftler die Chance bekommen, die Hochschullehrerlaufbahn einzuschlagen." Auf dieser Linie liegen auch die Forderungen des FDP-Abgeordneten Moersch: „a) Entlastung der Assistenten von Verwaltungsaufgaben durch vermehrten Einsatz von Verwaltungskräften in den Instituten und auch bei den Lehrstühlen; b) Verzicht auf den Grundsatz, daß zur Habilitation nur zugelassen wird, wer eine große Arbeit vorlegt und von einem Lehrstuhlinhaber zur Habilitation vorgeschlagen wird. Jeder Doktor sollte sich um die Habilitation selbst bewerben können . . . und außerdem müßten die Fakultäten auch mehrere kleine Arbeiten von wissenschaftlichem Rang akzeptieren oder die Beteiligung an Forschungsteams zur Grundlage der Habilitation machen."

Niemand, der die Verhältnisse an unseren Universitäten kennt, wagt zu hoffen, daß sich die Universitäten jetzt zu Reformen im Sinne des Herrn Moersch bereitfinden werden. Wieviel leichter ist es für die akademischen Senate, Zulassungsbeschränkungen für die Abiturienten zu verhängen, als die Modernisierung des Habilitations- und Berufungsverfahrens durchzusetzen. Ein Unterfangen, das im eigenen Kollegenkreis denkbar unpopulär wäre, weil es Abstriche von ersessenen Privilegien zur Konsequenz hätte. Daß in der aktuellen Hochschulmalaise so und nicht anders entschieden werden wird, offenbart die wahre Machtrelation an unseren Hochschulen. Die Universität ist eine Ordinarien-Universität, sie mag bei Interessenparallelität die Interessen der Studenten patriarchalisch mitwahrzunehmen. Im Falle der Interessenkollosinon zieht der Schwächere (der Student) den kürzeren.

Die Frage der Tageszeitung DIE WELT vom 4. Januar 1967: „Kommt der totale numerus clausus?" ist längst keine Frage mehr. Die Antwort ist präjudiziert durch eine kurzsichtige Kulturpolitik in Bund und Ländern, durch die autoritäre Herrschaftsstruktur unserer Hochschulen d. h. die einseitige Machtkonzentration bei den Ordinarien. Den letzten werden werden die Hunde beißen. Die Zulassungsbeschränkungen zum Studium können nach Meinung des WRK-Präsidenten Sieverts nur vermieden werden, „wenn die Hochschuletats und die Baumittel erheblich steigen, sie von Sperrungen und globalen Kürzungen freigehalten und die Baumaßnahmen der öffentlichen Hand durch neue Organisationsformen beschleunigt und verbilligt werden, nur wenn das erkennbare und berechenbare Anwachsen der Abiturientenzahlen voll für den Ausbau der Hochschulen jeweils mehrere Jahre vorher berücksichtigt wird". Da sich die staatliche Kulturpolitik nicht in der Lage sieht, diesen Forderungen zu entsprechen, gehen unsere Universitäten in Igelstellung. Sie zeigen den Bildungswilligen die Stacheln ihrer administrativen Selektion. Was hilft es denen, wenn sie ohnmächtig die Zertifikate ihrer andernorts bescheinigten Hochschulreife vorschützen. „Wir müssen doch eine Relation feststellen zwischen dem, was wir *können* und dem, was die Studenten mit *gutem Recht* wollen. Das ist doch wirklich unser identisches Interesse in diesem Fall." Der Soziologie-Professor Habermas dürfte wissen, wie der Kompromiß ausfällt, zwischen dem, der die Macht hat und dem, der nur ein „gutes Recht" hat. Daß die Universitäten nicht anders „können", eben dies macht ihre Schuld aus.

Mit der Einführung des numerus clausus an unseren Hochschulen hat die fortschrittliche Kulturpolitik in der Bundesrepublik eine wichtige Schlacht verloren.

Hans-Joachim Steffen

Mao an der FU

Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit und das Handeln danach, und was notwendig ist, bestimmen andere — so etwa läßt sich ein beliebtes Argument zusammenfassen. Die Studienfreiheit zum Beispiel besteht nach den Plänen des Wissenschaftsrats darin, daß der Student aus einem angebotenen Wirrwarr nach ihm unbekannten Gesichtspunkten unter unmöglichen Studienbedingungen das irgendwie herausfindet, was er in einer undurchsichtigen Prüfungssituation einmal repoduzieren muß; und zwar in der vorgeschriebenen Studienzeit plus allenfalls zwei Semestern. Wer seine Freiheit ausnutzt und etwa länger studiert, treibt damit Mißbrauch und beweist, für die Freiheit nicht reif zu sein, sondern reif dazu, von der Universität entfernt zu werden. Die verwaltungstechnischen Voraussetzungen, den Freiheitsmißbrauch abzuschaffen, sollen demnächst geschaffen werden, sind, in Berlin etwa, teilweise schon vorhanden. — Dieser offensichtliche Charakter der Lehrformel zeichnet den Begriff Freiheit bei fast jedem Gebrauch aus; ihm verdankt er die Vorzügliche Brauchbarkeit dafür, reale Freiheit zu unterdrücken.

Die Studenten und Professoren der Freien Universität Berlin werden wieder einmal, so jedenfalls versteht es ein Teil der Presse, von einer Minderheit terrorisiert, Berlins „Roten Garden" bzw. „Kommunarden". Schon vor einigen Monaten bestand diese Minderheit aus einigen tausend Studenten.

Damals versprach Rektor Lieber während eines Sit-Ins vor dem Raum, in dem sich der Senat versammelt hatte, eine offene Diskussion. Am 26. November veranstaltete der AStA mit dem Rektor die Diskussion, die jener jedoch auf die in seiner Immatrikulationsrede angeschnittenen Punkte beschränkt wissen wollte. Der Diskussionsbeitrag Liebers gipfelte in dem Verlangen, ein „Wechsel der Studentengenerationen" solle „in überschaubaren Zeitabschnitten" erfolgen. Faktisch unterstützte er damit die Forderung, jene Studenten von der Universität zu entfernen, die nicht innerhalb eines streng begrenzten Zeitraums sich technisch verwertbares Spezialwissen aneigneten, wobei keine Zeit mehr bleiben wird, Möglichkeiten und Zwecke zu reflektieren, für die es eingesetzt werden kann. Ergebnis dieses wohl zeitgemäßen Bildungsprozesses sind in der Regel Hochspezialisierte Hausknechte, die in ihrem Fachgebiet beliebig verwendbar sind, versehen mit der Meinung, innerhalb obskurer technischer oder ökonomischer „Notwendigkeiten" sich nützlich zu machen. Lieber: „Die Fachorientierung geht vor. Der bürgerliche Bildungsbegriff ist passé". Orientierung woran?

Die Mehrheit der Studenten sah ein, was andere vorausgesehen hatten: „Von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten" lautete die Titelleiste des Flugblattes eines „Provisorischen Komitees zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation". Während das Flugblatt im Saal verteilt wurde, nahm ein Student das Mikrophon vom Podium und Begann, den Text zu verlesen. Daraus, und bezogen auf die vorhergehende Diskussion:

„Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen, stumpfsinnigen Seminaren und absurden Prüfungsbestimmungen. Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen".

Die völlig unzureichenden Bildungsinvestitionen der vergangenen beiden Jahrzehnte und der Wille, die hierarchische Struktur der Hochschule nicht anzutasten, führen logisch zu der Notwendigkeit, die Studienfreiheit immer weiter einzuschränken. „Administration und Senat erklären die Misere der Universität zur Misere des **einzelnen** Studenten, nicht um sie zu lösen, sondern um sie los zu sein. Der gesellschaftlichen Forderung nach Mehrausstoß von anpassungswilligen Spezialisten entsprechen sie mit der Reglementierung des Studiums, verschärft durch die Drohung der Zwangexmatrikulation".

Die Studenten, die für Studienfreiheit und Selbstverwaltung, gegen deren Beschränkung demonstrierten, sahen das Risiko richtig voraus, „das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen". Sollte Rektor Lieber sie identifizieren können, erwartet sie ein Disziplinarverfahren und Entfernung von der Universität.

Richtig, einige von denen, die Flugblätter verteilten, trugen Maos Portrait am Revers. Doch soll das Disziplinarverfahren nur die Studenten treffen, die diskutieren und keine ausweichenden Antworten und Erklärungen, nämlich nicht zuständig zu sein, hören wollten. Mao untersteht nun mal nicht der Disziplinargewalt der Freien Universität. **(Siehe auch Bericht auf Seite 2.)**

Burkhard Bluem

Kultur- und Bildungsplanung

(Fortsetzung von Seite 5)

zienz; nicht nur mit der speziellen Berufsbildung, sondern auch mit der Entwicklung des gesamten Begabungspotentials; nicht nur mit den betriebswirtschaftlichen Problemen der Schule, sondern auch mit der Gesamtwirkung der Bildungsarbeit auf den wirtschaftlichen Wohlstand; nicht nur mit dem, was bisher war, sondern auch mit dem, was zu erwarten ist oder was sein sollte". Sie will die Erkenntnisse und Methoden der Wirtschafts- und Sozialforschung auf den Bereich der Bildungseinrichtungen anwenden. Die schönsten Farben dieses breiten Aufgabenspektrums verlieren allerdings an Leuchtkraft, weil „Bildungswerte und geistige Leistung in vollem Sinn nicht adäquat in Zahlen faßbar sind" und dem Statistiker auch keine Definition „des Gesamtzwecks der Bildung gelingt". Zudem ist die Eignung wirtschaftswissenschaftlicher Kategorien fragwürdig; „Wirtschaftlichkeit und Rentabilität des Bildungsaufwands (sind) nicht in derselben Weise meßbar wie es in der produzierenden Wirtschaft üblich ist", und Angebot und Nachfrage für Bildungseinrichtungen werden von Faktoren beeinflußt, von denen viele nicht eindeutig zu messen und andere, z. B. politische Entscheidungen, im allgemeinen gar nicht vorauskalkulierbar sind. Einige Tatbestände wie z. B. der positive Zusammenhang zwischen Bildungsaufwand und Sozialprodukt erscheinen als Gesetzmäßigkeiten, können aber nur als Korrelation, nicht in ihrer Kausalbeziehungen festgestellt werden. Trotz dieser Einschränkungen, die vor allem die Theorienbildung und nicht so sehr die praktische Arbeit behindern, kann die Bildungsökonomie für die bedeutendsten Planungsvorhaben recht genaue Unterlagen liefern.

Das Bildungswesen eines Landes muß heute international konkurrenzfähig sein. Voraussetzung einer wirkungsvollen Bildungsplanung ist die Einrichtung einer zentralen Stelle, die entweder in eigener Regie oder in Zusammenarbeit mit unabhängigen Instituten, Organisationen und Beratungsgremien Rahmenpläne für Aufbau und Entwicklung des Bildungswesens als ganzem und seiner einzelnen Bereiche herstellt. Diese Zentrale muß weitreichende Kompetenzen haben, um die politischen und finanziellen Bedingungen zu schaffen und entsprechende Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen durchzusetzen, damit die Pläne auch verwirklicht werden können. Sehr erfolgreich und im demokratischen Staat besonders wünschenswert ist die Einschaltung politisch neutraler Fachgremien, auch die durch Rentabilitätsforderungen nicht behinderte Forschungsarbeit der großen privaten Stiftungen hat sich als nützlich erwiesen, weil sie im Gegensatz zu staatlich finanzierten Institutionen in großem Maßstab zweckfreie Grundlagenforschung betreiben können.

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

Weinpunsch

Die Zubereitung

6 Flaschen leichter Rheinwein werden mit Zucker, 80-100 g auf die Flasche, bis zum Kochen erhitzt, dann 1/2-3/4 Flasche Arrak, noch besser aber echter alter Jamaika-Rum hinzugegeben und das Ganze noch kurze Zeit, ohne daß es kocht, auf dem Feuer gelassen. P.

kleine chronik

Prozeß oder Vergleich

Die Prüfung fand im WS 65/66 statt. Examenskandidat Rugner fiel mit einer 5 in der mündlichen Prüfung in spezieller Betriebswirtschaftslehre als Diplomhandelslehrer durch. Sein Prüfer war Professor Dr. Riebel. Dieser schloß sich dem allgemeinen Trend zur 5 an. Laut Prüfungsordnung wurde die Gesamtnote mangelhaft zuerkannt. Rügner erhob Einspruch bei der Fakultät nach der Verwaltungsgerichtsordnung, mit dem Vorwurf, der Prüfer sei voreingenommen gewesen, die Prüfungsdauer obendrein zu kurz. Weiter wäre ihm die Annahme, er käme von der Wirtschaftsoberschule Gießen, was aber nicht den Tatsachen entspricht, zu Ungunsten angelastet worden.
Die Fakultät lehnte den Einspruch ab. Rügner erhob Anklage beim Verwaltungsgericht und forderte 1. Aufhebung des Prüfungsbescheides und Anerkennung des Examens; 2. (ersatzweise) Aufhebung und nochmalige Prüfung. Das erste Ersuchen wurde abgelehnt, da nach herrschender Auffassung eine Prüfung vor dem Verwaltungsgericht nicht möglich ist. Das Verwaltungsgericht konnte aber nach Vorlage der Prüfungsakten einen Verfahrensfehler feststellen. Laut Prüfungsordnung muß der Prüfungsvorsitzende (Professor Dr. Abraham) während der gesamten Prüfung anwesend sein, da er ein Gesamturteil abzugeben hat. Professor Dr. Abraham war nur zeitweise anwesend. Es kam zu einem Vergleich, da sich die Universität verpflichtete den Widerspruchsbescheid aufzuheben.
Mittlerweile hat Rügner bei Professor Dr. Banse die Prüfung wiederholt und bestanden. Dem Interessierten geben die Gerichtsakten weitere Aufschlüsse über professorale Selbsteinschätzung — an Randnotizen ersichtlich. Ein Fall wie er ähnlich des Öfteren vorliegt, aus dem aber nicht immer eine Gerichtsakte wird — leider. F.-J. G.

Was lange währt

Die Studenten überrumpelten ihre Verwalter: nach den festgesetzten 5 Tagen waren die Stimmzettel von mehr als 30 % der Subjekte der Abstimmung angesammelt. Staunen überall und der Beschluß, die Frist zu verlängern und nicht jene Methode anzuwenden, welche ein nachsichtiges Parlament ermöglichte: eine zweite Abstimmung durchzuführen, die unabhängig von der Anzahl der Beteiligten gültig gewesen wäre.
Am 21. 12. 1966 unterschrieben die letzten Selbstverwalter nach etlichem sortieren, addieren und dividieren das Wahlprotokoll: Beteiligung 53,01 %, davon für den vorgelegten Satzungsentwurf 6575 (87,9 %), dagegen 778 (10,4 %) der an der Abstimmung beteiligten, 73 Enthaltungen und 51 ungültige Stimmen.
Das Vertrauen in die Studenten wurde belohnt: „Hauptsache, die Studenten stimmen ab; angenommen wird der Entwurf dann allemal" lautete die Arbeitshypothese, die sich verifizieren ließ. „Die Urabstimmung verlief erfolgreich" heißt es. Bei dem Desinteresse der Studenten sicherlich ein persönlicher Erfolg für jeden Stimmensammler, der mit brillanter Rhetorik jenen, dem er die Stimmkarte in die Hand drückte, dazu bewog, sie in einen Holzkasten zu stecken.
Abzuwarten bleibt, welche Effekte jener Erfolg zeitigt. Die Satzung ermöglicht eine effektivere Interessenvertretung als sie bislang geleistet werden konnte. In welchem Maß die Studenten innerhalb der kleinsten Einheiten der Universität eine Mitbestimmung durchzudrücken verstehen, hängt von der Zähigkeit möglichst vieler Studenten ab. Vielleicht ist der Erfolg doch etwas, was noch zu erringen ist?
Die Studentenverbände jedenfalls sollten sich schon jetzt auf die kommende Parlamentswahl vorbereiten. B. B.

WiSo-Fachschaft auf ihrem Posten

Eigener Bericht

DM 9,— benötigte die WiSo-Fachschaft im letzten Semester für ihre Arbeit. Diese Tatsache ist auf den ersten Blick sehr erfreulich, zumal andere Fachschaften bis zu DM 1500,— verwirtschafteten. Auf der anderen Seite kann man ohne Investitionen keine Leistungen erwarten. Ein Betrieb stirbt ab. Die WiSo-Fachschaft vegetierte ohnedies nur so dahin und starb im letzten Semester ganz aus. Einzig die auf Wunsch Sr. Magnifizenz gegründete Fachschaft der (WiSo-) Soziologen zeigte reges Leben.
Doch aus den Ruinen sproßt bereits ein neues Leben. In der Erkenntnis, daß ein Student nur dann Interesse an der Fachschaft hat, wenn er von ihr etwas weiß, wurden zwei Anschlagbretter eingerichtet. Das eine vor der Seminarbibliothek für die Studenten, die mehr in Büchern studieren, das andere im Durchgang zwischen altem und neuem Gebäude für Studenten, die mehr in Vorlesungen gehen. Um die Verbindung zwischen der Fachvertretung und den Studenten noch zu verstärken, dient ein Briefkasten, in den Anregungen, Vorschläge und Bitten eingeworfen werden sollen.
Außerdem besteht eine Sprechstunde im AStA-Zimmer 14. Dort kann jeder montags von 12—13 Uhr und dienstags bis freitags von 11—12 Uhr Rat und Hilfe der Fachvertretung in Anspruch nehmen.
Jeder Student, der über irgendwelche Veränderungen im Lehrkörper oder über Bestrebungen zu Veränderungen in den Studienbedingungen „Wind bekommt", wird gebeten, das umgehend der WiSo-Fachschaft mitzuteilen.

Bingel

Ermessensfehlerfrei

Student Rudolf W. klagte gegen das Studentenwerk. „Durch seine Immatrikulation an der Universität in Frankfurt sei er zwangsweise Mitglied der DSKV geworden, deren Leistungen er aber bisher nie in Anspruch genommen habe. Offensichtlich liege ein Fall der dem Versicherungsvertragsgesetz nicht statthaften Doppelversicherung vor." Für Röntgenuntersuchungen und andere Voruntersuchungen war er bereit, fünf DM pro Semester zu zahlen. Das Studentenwerk sollte die darüberhinaus gezahlten Beiträge an den Kläger zurückzahlen. Das Studentenwerk trug vor, die Beiträge seien rechtmäßig festgesetzt worden: der Hessische Kultusminister habe die Beitragssatzung genehmigt. Na also. Die pauschale Krankheitsversicherung aller Studenten habe „zum Abschluß eines besonders günstigen Versicherungsvertrages geführt." Vor Gericht bekam das Studentenwerk bescheinigt, daß es „ermessensfehlerfrei" handle. Es kann Beiträge erheben für eine pauschale Krankheitsversicherung. „Das Wesen liegt nun gerade darin, daß er aufgrund der bloßen Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung entsteht, gleichgültig, ob der Pflichtige von diesem Vorteil Gebrauch macht oder nicht." „Gute Leistungen" erbringe die Versicherung ... Nur mit dem Haken, daß die Studenten sich keine Krankheiten mehr leisten sollten, da das wenig günstige Folgen des günstigen Vertrages hat. Man hat gut argumentieren, das Versicherungsverhältnis mit einer anderen Kasse könne „ohne rechtliche Nachteile" ruhen. Je nun, es war aber von finanziellen die Rede. Das ganze Unternehmen lief auf einen Schauprozeß zu, dem niemand zuschaut außer dem Studentenwerk, das jetzt seinen Musterprozeß in der Tasche hat, an der sich schon mancher Student vergreifen wollte. Auch das Musteropfer Rudolf W. hat sich vergriffen. Es bestehen keine „rechtlichen Bedenken". Nur die Studenten denken weiter über Finanzen nach. Denn der „Beitrag des Klägers" „ist durch den freiwilligen Eintritt in die Anstalt Universität und den verfolgten Anstaltszweck bestimmt." Es steht im Ermessen des Studenten, sich verfolgt zu fühlen. Das ist „ermessensfehlerfrei" und ohne rechtliche Vorteile. W.

Verfahrensgründe

Boje Maaßen und seine Nationalen Freunde waren also nicht in der Lage, den sich selbst gesetzten Termin von vierzehn Tagen nach der ersten mißglückten Sitzung einzuhalten und wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Genau das Gegenteil ist eingetreten, sie zogen sich nun ganz in Klausur zurück, um dort ihre völkischen Ideen und „Rechts"staatlichen Pläne mit sich selbst abzustimmen und weiter zu bebrüten.
In der Zwischenzeit hatte man eine weitere Diskussionsrunde berufen, und feststellen müssen, daß die eigenen Gegensätze zu groß waren, als daß sie nicht dem Ganzen gefährlich werden könnten. Eine wirklich bedauerliche Einsicht! Selbst plump vertrauliche Fraternisierungsversuche des Kommiteemitgliedes Hinz, dem im Übrigen wie man hört — ein Verfahren wegen rechtsradikaler Äußerungen im Tübinger Raum vom Bundesverfassungsschutz (die Äußerungen müssen schon ziemlich kräftig ausgefallen sein) anhängig gemacht wurde, hatten weder bei den deutschen Kommilitonen Erfolg, noch bei dem aus reinem Interesse anwesenden Araber, dem dann höflich, aber bestimmt die Tür gewiesen wurde.
Nebenbei bemerkt, die Herren baten auch diesmal zur Kasse, um die Saalmiete bezahlen zu können.
Bei der nächtlichen Rederei wurde man den Eindruck nicht los, daß der nach außen allein namentlich aufgetretene Initiator Maaßen die bösen Geister, die er rief, nicht mehr loszuwerden scheint, und wirklich nur noch als Paravant dient, um braunes Gebräu zu verbergen. F.-J. G.

Lehrstühle

Von den 210 Frankfurter Lehrstühlen sind zur Zeit 32 nicht besetzt. Für 6 Ordinariate sind Ernennungsverfahren im Gange. Bei der Abteilung für Erziehungswissenschaften sind sämtliche 24 Lehrstühle besetzt. Hinzu kommen 2 Ernennungsverfahren. S.

Das Mensaessen des Monats

Königsberger Klops

Zutaten (laut Rezeptbuch):
gem. Hackfleisch, alte Brötchen, Ei, Zwiebel, Petersilie, Salzhering, Fett, Weizenmehl, Brühe, Salz, Kapern, Sauerrahm.

Zubereitung laut Rezept:
Aus dem Hackfleisch, den eingeweichten und ausgedrückten Brötchen, Ei, feingewiegten Zwiebeln und Petersilie einen Fleischteig herstellen und feingewiegten Salzhering dazugeben. Aus Fett, Mehl und Zwiebel eine mittelbraune Mehlschwitze bereiten, mit Brühe auffüllen, abschmecken und die mittelgroßgeformten Klopse 25—30 Minuten darin ziehen lassen. Die Tunke zuletzt mit Kapern und Sauerrahm abschmecken.
Beilage: Reis oder Kartoffeln, grüne Salate.
Soweit die Zubereitung für eine eßbare Mahlzeit.

Zutaten á la Mensa:
Fleisch (was gerade vorrätig, aber nichts, was sich anderweitig besser verwerten ließe), viele alte Brötchen, Ei (in Spuren, Mehl allein bindet nicht), viele Zwiebeln (um den Fleischgeschmack zu verdecken), Fett (aber nicht zu viel, am Fleisch war schon genug dran), Mehl (noch mehr), Wasser, Salz, Kapern (nicht zu viel), Essig.

Zubereitung in der studentenwerkeigenen Küche von den Studentenwerkeigenen Köchen:
Aus dem Fleisch, den alten Brötchen und den vielen Zwiebeln, gebunden mit viel Mehl und wenig Ei wird ein Fleischteig hergestellt, der wirklich an Teig erinnert. Dazu kommt eine aus Fett, Mehl und abermals Zwiebeln gemachte Mehlschwitze, die mit Wasser aufgegossen dem Teig zugemengt wird. Abgeschmeckt wird jedoch nicht vom Chefkoch, der, wie bekannt, magenleidend ist. Die kleingeformten Teigkugeln werden nun in heißes Wasser gekippt und dann eingefrostet.

Steht „Königsberger Klops" auf dem Essenplan so wird noch eine „Such-die-Kapernsauce" bereitet, die mehr nach Mehl und Essig als nach Sauerrahm schmeckt.

Diese eingefrosteten Bällchen werden bei Bedarf wieder aufgetaut. Die Auftauzeit richtet sich je nach Absatz, wobei der Esser dann am Inneren des Kloßes feststellen kann, ob viel gegessen wird. Im einen Fall ist der Klops außen grau und innen rosa, im anderen durch und durch grau, ein Zeichen, daß die Speise „durch" ist. Außerdem erhält der Klops die Eigenart eines Ping-Pongballes, was seine Sprungkraft betrifft. -er

personalien

Foto: R. Blasberg

Immer höher hinauf wollen die ehemaligen AStA-Vorsitzenden (von oben) Siebert, Wolf, Mürmann, Schellenberg und Arneth. Am Boden liegt noch der derzeitige AStA-Vorsitzende Peters.

An die Universität Frankfurt wurden berufen:

Kurt von Gehlen, Priv. Doz. Dr. rer. nat. (Erlangen-Nürnberg) auf den ordentlichen Lehrstuhl für Petrologie, Geochemie und Lagerstättenkunde.

Den Ruf an eine andere Universität hat abgelehnt:

Paul Riebel, Professor Dr. oec. (Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Verkehrsbetriebslehre) auf das Ordinariat für Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin.

AUSSCHREIBUNG

Für die Ressorts POLITIK, KULTURPOLITIK, LOKALES und FEUILLETON des DISKUS werden die

Redakteure und Mitarbeiter

neu gewählt. Wir schreiben diese Stellen hiermit aus.

Wir bieten

angemessenes Fixum, gutes Redaktionsklima und die Möglichkeit zu lernen, wie eine Zeitung gemacht wird.

Wir bitten

Sie, sich zu bewerben. Als Mitarbeiter wären Sie Redaktionsmitglied. Sie müßten zusammen mit dem Redakteur (dessen Nachfolger Sie werden könnten) Artikel anregen, selbst schreiben oder redigieren, das Redaktionsprogramm ausarbeiten und den Umbruch leiten.

Wenn Sie journalistische Erfahrung mitbringen, ist es nützlich, wenn nicht, so können Sie sie bei uns erwerben. Wichtig ist nur, daß Sie verständlich sprechen und schreiben, weder Scheuklappen noch Angst vor ‚Avantgardismus' haben und Kritik zu schätzen wissen. Außerdem müssen Sie an der J. W. Goethe-Universität studieren.

Senden Sie bitte Ihre Bewerbung bis 27. Februar 1967 an die Herausgeber des DISKUS.

happenings

Bindungen

Wenn in einem AStA, beispielsweise dem Frankfurter, zwei Mitarbeiter Korporierte sind, ist das nicht weiter verwunderlich.

Wenn sich darüberhinaus zugehörige Farbenträger ohne Amt im AStA häuslich niederlassen, bitte, Gastlichkeit ziehrt das Haus.

Wenn ein korporiertes Vorstandsmitglied ein Schlüsselreferat wie das politische mit einem Mitglied seiner Verbindung besetzt, nun ja, nomen est omen, und früh übt sich ...

Wenn der eine aber des anderen Leibbursche ist, entstehen daraus spezifische Vertrauens- und Loyalitätsverhältnisse.

Wenn diese wiederum mit AStA-Loyalitäten und -pflichten in Konflikt geraten sollten — keine Angst, hier gibt es kein wenn, die Verbindung ist schließlich ein Bund fürs Leben.

D.

Frage

Wie darf man das Gerücht verstehen, Magnifizenz Rüegg werde als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz seine schweizer Staatsbürgerschaft mit der deutschen teilen?

S.

Bonn

Der Bundesparteitag, der bis in die frühen Morgenstunden tagte, nahm, nachdem der Altbundeskanzler dreimal gekräht hatte, Abschied vom Menschen.

R. L.

Immer Ärger mit dem „U"

Um die weißen von den schwarzen Schafen zu trennen, brachte der AStA bei allen Studenten, die an der Urabstimmung über den Entwurf einer Satzung teilnahmen, einen Kontrollstempel „U" (Urabstimmung) im Studentenausweis an. Dies verblüffte die Verkehrsbetriebe der Stadt Frankfurt maßlos. U-Stempel, so sagten die wackeren Straßenbahner, sei das Zeichen für „Urlauber" und beurlaubte Studenten erhalten keine Studentenmonatskarten. Dem redegewandten AStA-Chef Peters gelang es die Beamten davon zu überzeugen, daß es zweierlei U's gebe und das AStA-U zum Bezug der Studentenkarten berechtige. Daraufhin weigerte sich die Straßenbahn, Karten an Leute ohne „U" auszugeben, denn die seien nicht ordentlich immatrikuliert.

A. V.

Stehplatz

Außerhalb Frankfurts weiß man doch manchmal besser Bescheid über Frankfurter Verhältnisse. In der November-Nummer des „Semesterspiegel" (Universität Münster) steht eine wichtige Nachricht: „Um bei Überfüllung gegenüber Fahrgästen nicht haftpflichtig zu werden, legt die Frankfurter Straßenbahn bei ihren Versicherungsbedingungen pro Person 15 Quadratzentimeter beanspruchten (Steh-) Platzes zugrunde. Die Straßenbahn kann deshalb niemals überfüllt sein.
Wieviel qcm (Steh-) Platz pro Student berechnet die deutsche Universität, um sich immer noch als nicht überfüllt betrachten zu können?" Anzumerken wäre, daß die deutsche Universität sich mit bloßen Versicherungen und restriktiven Maßnahmen zufriedengibt. So geht auch hier die Überfüllung zu Lasten dessen, der die Einrichtung benutzt. Die Frankfurter Straßenbahn gibt dennoch mehr Aussicht auf Entschädigung im Versicherungsfalle — wenn auch bei Nachfrage wegen der 15 qcm sich kein zuständiger Beamter ausfindig machen ließ. Das hat sie nun wieder mit der Universität gemeinsam. Und trotz den teuren Fahrpreisen muß sich noch ein weiterer Vorteil der Straßenbahn zeigen; man kommt nämlich mit ziemlicher Sicherheit an den Platz, auf den man hin will. Auf der Universität ist man eher hin, als man sich ausdenken könnte, wohin es denn nun eigentlich geht. W.

DER GESCHÄFTSFÜHRER DES FRANKFURTER STUDENTENWERKES GERHARD KATH SCHRIEB DEN FOLGENDEN ARTIKEL, DER IN ZUSAMMENHANG MIT DEN IN NR. 7/1966 VERÖFFENTLICHTEN INFORMATIONEN ÜBER DIE MENSA STEHT.

Mensa für 10 000 Student(inn)en

Raum und Einrichtung

Die Universität Frankfurt/Main besitzt seit dem Sommer 1963 ein eigenes Mensagebäude. Es sieht neu aus, und es ist billig, von einer Mensa, die noch nicht ein halbes Jahrzehnt alt ist, zu erwarten, daß sie allen Anforderungen entspricht, die wir berechtigt sind, an sie zu stellen. Oder waren die Planer kurzsichtig? — Die Planungen für das Gebäude gehen auf das Jahr 1959 zurück. Damals erteilte der zuständige Stadtrat der Stadt Frankfurt/Main dem städtischen Revisionsamt den Auftrag, eine Kosten- und Einnahmenschätzung für eine neuzuerrichtende Mensa aufzustellen. Das Bauamt der Universität hatte dazu in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 mehrere Entwürfe für eine neue Mensa angefertigt, und der Kurator der Universität bat das Amt, Schätzungen aufgrund jeweils verschiedener Pläne vorzunehmen. Der Bericht des Revisionsamtes ist vom 10. Mai 1960 datiert. Er führt aus:

„Während im Sommersemester 1959 noch rund 8 000 Studenten immatrikuliert waren, sind im Wintersemester 1959/60 schon 8 380, also fast 5 % mehr als im Sommersemester 1959, eingetragen. Vom Sekretariat der Universität wird angenommen, daß in den nächsten Semestern ein weiterer Anstieg der Zahl der Studierenden eintritt, der zwar nicht mehr den bisherigen Umfang erreicht (geburtenschwache Jahrgänge), der aber dazu führt, daß im Jahre 1970 rund 10 000 Studenten eingetragen sein werden."

Die Zahl von 10 000 Studenten ist bereits jetzt, im Wintersemester 1966/67 um 50 % überschritten. Aber wer will denjenigen schelten, der damals nicht wußte, daß wir wenige Jahre später die Hochschule für Erziehung in Frankfurt/Main haben würden, und der, als das Wort Bildungsplanung kaum bekannt war, mit bestem Wissen und Gewissen eine Vorausschätzung wagte. Im übrigen waren die Vertreter der Studentenschaft damals selbst der Meinung, daß auf absehbare Zeit mit rund 11 000 Studierenden an der Universität Frankfurt/Main zu rechnen sei, und die neue Mensa deshalb dieser Zahl angepaßt werden sollte.

Wieviele von diesen 11 000 Studierenden würden die Mensa in Anspruch nehmen? Das Revisionsamt befragte mehrere Hochschulen und stellte fest, daß die Inanspruchnahme der Mensa im Tagesdurchschnitt je Hauptmahlzeit zwischen 31 und 67 % der eingetragenen Studenten lag. Die Unterlagen der damaligen Mensa untersuchend kam man zu dem Ergebnis, daß in Frankfurt/Main wahrscheinlich 25 % der immatrikulierten Studentenschaft in der Mensa zu Mittag essen würden. Wörtlich heißt es:

„es dürfte nicht zu optimistisch sein, anzunehmen, daß in Zukunft der Umsatz in der Mensa nicht nur im gleichen Umfang wie die Zahl der Studierenden ansteigt, sondern daß auch der Anteil der Studierenden, die die Mensa besuchen, höher sein wird. Ausreichend große, in Form und Ausstattung ansprechende Räume, Wegfall von langen Wartezeiten, Vielfalt des Angebotes bieten zweifellos einen Anreiz zum Besuch der Mensa und zum Verzehr von sonst anderweitig eingenommener Speisen und Getränke. . . . Wir halten es für möglich — über einen längeren Zeitraum gesehen — die Zahl der in den Semestern, von montags bis freitags abzugebenden Essen . . . auf rund 40 % der Anzahl von Studenten und sonstigen Personen zu steigern."

Die heutige Studentenzahl vorausgesetzt würde das bedeuten, daß rund 6 000 Mittagsmahlzeiten abgegeben werden müßten. Bei rund 900 Sitzplätzen in zwei Essenräumen würde das einen mehr als sechsmaligen Wechsel während zweier Stunden bedeuten, d. h. die Situation in der Mensa wäre noch schlechter als zu der Zeit, da noch keine neue Mensa bestand.

Wie stellte sich das Studentenwerk seinerseits nun die neue Mensa vor? 1959 waren im Keller des Hauptgebäudes der Universität mehrere Räume als Mensa eingerichtet, die etwa 220 Sitzplätze aufweisen. Im Studentenhaus befanden sich zu ebener Erde und im Keller weitere 260 Sitzplätze, das sind insgesamt 480. Ein Memorandum des damaligen Vorstandes des Studentenwerkes führt aus:

„Es wechselt jeder Platz 5 bis 6 mal mittags den Gast. Bei der Ausgabe entstehen Menschenschlangen, Wartezeiten bis zu 20 Minuten sind Dauererscheinungen und es ist noch nicht gesagt, daß der Gast einen freien Sitzplatz findet, wenn er sein Essen erhalten hat. Das Essen kühlt dabei über Gebühr ab, es muß auch zu schnell eingenommen werden, weil die nachdrängenden Studenten bereits auf jeden freien Platz warten. Abgesehen von den unwürdigen Umständen — 80 % aller Plätze liegen in Kellerräumen, die schlecht gelüftet sind — ist auch vom ernährungsphysiologischen Standpunkt aus ein Essen unter derartigen Bedingungen abzulehnen . . . Es ergibt sich, daß die ‚mensa academica' in mehrere Räume gegliedert sein muß. Keinesfalls ist es damit getan, die Studenten in einen überdimensionalen Saal mit möglichst vielen Sitzplätzen hineinzuzwängen. Die Räume müssen so ausgestattet sein, daß die Studenten sich darin wohlfühlen und keinesfalls der vorwiegende Eindruck entsteht, es handele sich um eine rationelle Massenspeisung. . . . Um geordnete Verhältnisse herzustellen darf ein Sitzplatz während der Essenszeit nur dreimal gewechselt werden."

Vorgesehen war eine Selbstbedienungsmensa mit ca. 800 Sitzplätzen daneben eine Bedienungsmensa für Studenten mit ca. 200 Sitzplätzen, ein Dozentenzimmer mit 60 Plätzen. Den Eingang zu den Speiseräumen sollte ein Foyer bilden:

„Es muß groß genug sein, um die Besucher bei ihrem stoßweisen Eintreffen aufzufangen. Außerdem muß es eine Milchbar aufnehmen, um die sich ca. 150 bis 200 Sitzplätze gruppieren, welche für Studenten bestimmt sind, die sich ihre Verpflegung selbst mitbringen. Die oben beschriebenen Gasträume müssen mit der Küche in einer Ebene liegen. Nur so kann der Betrieb rationell und übersichtlich bei geringen Unkosten geführt werden."

Leider war es auch dem Studentenwerk nicht möglich, die Zahl der nach 6 oder 10 Jahren eingeschriebenen Studenten richtig zu schätzen. Verdoppeln wir die eben angegebenen Sitzplätze nicht nur in der Selbstbedienungsmensa, sondern auch in den Nebenräumen, so kommen wir zu einem Bilde, das sich in etwa als wünschenswert für den heutigen Zustand anbieten würde. Die Kritik an der Essenausgabe 1959 liest sich in einigen Teilen so, als wäre sie im Sommer 1966 entstanden.

Der Plan des Studentenwerkes, ein langgezogenes Gebäude zu errichten, das genügend Fläche für mehrere Speiseräume bieten würde, ließ sich in der Enge des Universitätsgeländes nicht verwirklichen. Die Absicht, den Beethovenplatz in der Nähe des Hauptgebäudes zu bebauen, scheiterte aus verschiedenen Gründen. So wurde der Mensa schließlich der heutige Standort zugewiesen. Sie wurde auf 40 x 40 m zusammengedrängt und in zwei Geschosse gegliedert. Die Vorstellungen des Studentenwerkes über Zahl und Gliederung der Räume, über ein weites Foyer, über den Einbau der Verwaltung des Studentenwerkes in den Mensabau, über einige technische Fragen, auch über Stil und Form der Innenräume konnten nicht verwirklicht werden. Trotz mancher Kompromisse ist aber ein Gebäude entstanden, das einen Preis des Landes Hessen erhielt. — Das Mensagebäude verblieb und verbleibt im Eigentum der Johann Wolfgang Goethe-Universität, das Studentenwerk hat es vertraglich zur Nutzung übernommen. In § 6 dieses Vertrages heißt es:

„Bauliche Veränderungen können nur nach Zustimmung des Kuratoriums oder des Großen Rates erfolgen, auch dann, wenn das Studentenwerk die Kosten trägt; das Gleiche gilt für Änderungen der besonderen Betriebseinrichtung, die den technischen Ablauf des Mensabetriebes wesentlich beeinflussen würden und für wesentliche Änderungen des architektonischen Charakters des Gebäudes und des Stils der Inneneinrichtung."

Immerhin ist festzuhalten, daß die Sitzplätze in der Mensa durch den Neubau mehr als verdoppelt werden konnten, daß die Studenten heute nicht mehr im Keller sitzen, sondern in großen hellen Räumen. Mag in der Mensa wieder eine Enge herrschen, die auch bei vielen Verständnisvollen zu Unmut führt, so ist doch der heutige Zustand mit den Jahren 1954/55 kaum zu vergleichen.

Wirtschaftliche Fragen

Die folgende Tabelle gibt einige Vergleichszahlen des Geschäftsjahres 1954/55 und des Geschäftsjahres 1965 wieder. Die Zahlen wurden aus dem Prüfungsbericht des Studentenwerks, von der Deutschen Revisions- und Treuhand AG aufgestellt, entnommen, haben also verbindlichen Charakter. Es war nicht möglich auf diesem begrenzten Raum die einzelnen Positionen weiter aufzugliedern, man hätte dann, ins Detail kommend, eine ganze Ausgabe des DISKUS füllen müssen. Es zeigt sich aber bereits, daß die Zahl der Studierenden in den 10 Jahren um rund 115 % zugenommen hat, die Zahl der in der Mensa ausgegebenen Mittagsmahlzeiten nur um rund 80 %. Die Kapazitätsgrenze des neuen Gebäudes scheint also bei etwa 700 000 Mahlzeiten zu liegen, wobei der Charakter des Universitätsbetriebes mit dem Wechsel von Vorlesungszeit und vorlesungsfreier Zeit in dem heutigen Umfange vorausgesetzt wird.

Eine Mensa ist grundsätzlich weder mit einer Betriebskantine noch mit den Bundeswehrkantinen zu vergleichen. Dem Studentenwerk, ja der Hochschulverwaltung dürfte es nicht möglich sein, ganze Abteilungen bzw. Fakultäten der Universität auf eine bestimmte Mittagszeit in der Mensa von 20 bis 25 Minuten festzulegen, damit durch diese Gruppen, im Wechsel hintereinander essend, die rationellste Gestaltung des Mittagsbetriebes ermöglicht würde. Natürlich ließen sich dann etwa 6 000 Mittagsportionen ausgeben. Der Verwaltung der Mensa sind Klagen von vielen Studenten über ganze Sitzgruppen während des Mittagessens bekannt, die nur Zigaretten rauchen, Zeitung lesen, über das Belegen von Plätzen, über das Skatspielen während der Mittagszeit und über vereinzelte Studentinnen, die ihre einstündige Pause benutzen, um an einem Pullover weiter zu stricken. Das Studentenwerk ist häufig gebeten worden, Anordnungen und Verbote zu erlassen, zuletzt in einem Brief vom 29. Dezember 1966, in dem ein älterer Student vorschlägt, während der Mittagszeit ein striktes Rauchverbot und ein Verbot des Belegens von Plätzen zu erlassen. Bisher war der Vorstand der Meinung, daß die Selbstdisziplin einem akademischen Bürger eher ansteht, als das Erlassen von Verboten durch übergeordnete Gremien.

In dem Zahlenspiegel fällt auf, daß die Erträge aus den Mensabetrieben, das sind die Einnahmen aus Speisen und Getränken, um rund 110 % gestiegen sind, dagegen die Aufwendungen um mehr als 180 %. Das Heraussteigen der Studenten aus den Kellermensen mußte bezahlt werden. Während früher die Universität z. B. Heizung und Strom bezahlte, muß jetzt für ein Gebäude vielfach größeren Umfanges der gesamte Bedarf an Energie von dem Studentenwerk selbst getragen werden. Die Reinigung großer Glasflächen und großer Räume erfordert einen erheblich höheren Aufwand, die Reinhaltung von Kellern. — Das Verhältnis zwischen den Erträgen und dem Einsatz von Lebensmitteln hat sich ebenfalls verschoben. Bekam im Geschäftsjahr 1954/55 der Student — auf's ganze gesehen — für eine Mark (DM) 59 Pfennig an Speisen und Getränken, so liegt dieser Wert im Geschäftsjahr 1965 bei 68 %, er hat sich 1966 noch mehr nach oben verschoben. Dabei sei jedoch gleich darauf hingewiesen, daß es sich hier um die Mensa im Ganzen handelt, nicht etwa um das Stammessen, das heute einen Wareneinsatz von rund 85 bis 90 % kennt. Dieser Einsatz lag seinerzeit bei etwa 60 %.

Bemerkenswert dürfte ebenfalls sein, daß die einzigen Kostensenkungen zwischen den Geschäftsjahren 1955 und 1965 bei den Abschreibungen und den Steuern entstanden sind. Diesem Phänomen liegen aber versteckte Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde. Der Bund verzichtet bei den Mensaessen bis zu DM 1,20 auf die Umsatzsteuer, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt/Main haben der Mensa die gesamte Inneneinrichtung kostenlos überlassen, so daß die Einrichtung nicht abgeschrieben werden muß. — Das Defizit des Gesamtbetriebes hat sich um 1 300 % erhöht, es stieg von DM 43 000 auf DM 600 000. Es ist eine anerkennenswerte Leistung der öffentlichen Hand, des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt/Main, daß sie es übernahm, den wesentlichen Teil des Defizits zu decken. Ihre Zuschüsse haben sich in den letzten 10 Jahren mehr als verzehnfacht. Hinzu kämen noch die oben erwähnten unsichtbaren Subventionen. — Die Mensabetriebe unterliegen einer ständigen Kontrolle durch die öffentliche Hand. Erst vor wenigen Tagen hat der Landesrechnungshof seine Prüfung beim Studentenwerk beendet. Jährlich erstellt die Deutsche Revisions- und Treuhand AG, deren Kapital im Besitz der öffentlichen Hand ist, einen Prüfungsbericht über die Mensabetriebe. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung hat in den letzten 4 Jahren zweimal einen Fachmann für längere Zeit in die Mensa gesandt, der einen ausführlichen Bericht über das Essen, die Organisation und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes angefertigt hat. Ein vom Vorstand bestellter Innenrevisor prüft ständig neben den übrigen Abteilungen des

	Geschäftsjahr 1954/55 (1. 4. — 31. 3.)		Geschäftsjahr 1965 (1. 1. — 31. 12.)	
Studierende im Jahresdurchschnitt		6 500		14 000
In der Mensa ausgegebene Mahlzeiten		381 000		690 000
Beschäftigte in der Mensa im Durchschnitt		58		74
Aufwendungen der Mensabetriebe		738 000		2 041 000
davon:				
Personalkosten	193 000		721 000	
Energie	34 000		119 000	
Reinigung, Instandhalt.	18 000		72 000	
Abschreibungen	34 000		32 000	
Steuern	38 000		32 000	
Lebens- u. Genußmittel	410 000		971 000	
Sonstige	11 000		94 000*)	
Erträge aus den Mensabetrieben		695 000		1 436 000
Defizit		43 000		605 000
abgedeckt aus:				
Studentenbeiträgen, Zuschüssen des Landes			78 000	
u. d. Stadt Frankfurt/M.	43 000		527 000	

*) darunter: DM 50 000 Mensahilfsdienst

dem Wege zu gehen, die sich ernsthaft mit den Fragen dieses Betriebes beschäftigen möchte.

Das Essen

In dem oben erwähnten Brief eines Kommilitonen vom 29. 12. 1966 heißt es:

„Wie Sie sicher festgestellt haben, richtet sich die Kritik aller fünf Punkte nicht gegen das Essen, denn als Großküchenessen ist es gut, ja sogar sehr gut . . ."

Ein Bericht des städtischen Lebensmitteluntersuchungsamtes vom 24. 1. 1964 sagt zum Schluß:

„Das Essen wurde auf sauberen und hygienisch einwandfreien Nirostaplatten, bzw. Schüsseln ausgegeben. Aussehen, Geruch und Geschmack der einzelnen Portionen waren einwandfrei. . . . es wird empfohlen, eine Verbesserung des Nanrwertes der einzelnen Portionen überwiegend durch Erhöhung der Beilagemenge (Kartoffeln, Gemüse) vorzunehmen."

Ein Bericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung vom 23. 1. 1964 faßt zusammen:

„Das Gesamtbild, das sich insbesondere auch aus dem Abschnitt über die Vitamine, Mineralstoffe usw. ergibt, zeigt, daß die Küchenleitung weitgehend bemüht und auch daran interessiert ist, die neuesten Kenntnisse der Ernährungswissenschaft in ihrer täglichen Praxis so weit wie irgendmöglich zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten, unter denen die Küchenleitung zu leiden hat, sind ausführlich behandelt . . ."

Das derzeitige Stammessen in den Mensabetrieben hat einen Kaloriengehalt von 900 bis 1000 Kalorien. Es ist kein Geheimnis, daß diese Menge bei einem jungen Menschen, der gewohnt ist, stark zu essen und überdies in vielen Fällen kein Frühstück zu sich genommen hat, nicht ausreicht, um ihn satt zu machen. Es ist auch kein Geheimnis, daß in einem Normalfalle ein Gericht von 1000 Kalorien nicht bis zum Abend, d. h. bis um 18.00 bis 19.00 Uhr das Gefühl der Sättigung anhalten läßt. Die Ernährungsphysiologen sind aber einhellig der Meinung, daß ein Geistesarbeiter eher mehrmals am Tage und nicht viel zu nehmen sollte. Doch hier dürften sich bereits die Realitäten im Raume stoßen. Ein Frühstück, bestehend aus einem halben Liter Milch, einem belegten Brötchen, sowie eine Tasse Kaffee am Nachmittag mit einem Stück Kuchen oder stattdessen ein halbes Pfund Obst kosten zusammen mehr als das Stammgericht zur Mittagszeit in der Mensa. Hinzu kämen das Morgenessen und das Abendbrot. Es dürfte finanziell nicht vielen Studenten möglich kein, fünf Mahlzeiten an einem Tage einzunehmen. So konzentriert sich bei den meisten Studierenden die Ernährung auf die Mittagsmahlzeit, das Mensaessen.

Der Versuch der Mensaleitung, dem höheren Kaloriengehalt des Mittagessens durch eine größere Menge von Kartoffeln und Gemüse gerecht zu werden, scheiterte letzten Endes daran, daß gleichzeitig die Rückgabequote von nichtgegessenen Beilagen so hoch wurde, daß der Versuch wieder aufgegeben werden mußte. Es ist heute jedem Besucher möglich, bei der Essenausgabe um eine größere Menge von Kartoffeln, Gemüse, Reis und dergleichen zu bitten, und er wird sie jederzeit erhalten. Die Fleischportionen wesentlich zu erhöhen, verbietet allerdings die finanzielle Situation. Auch wäre es gar nicht ratsam, ein Mittagessen nur von den Kalorien her zu beurteilen. Es muß in einem bestimmten Verhältnis aus tierischem Eiweiß, Fett, pflanzlichem Eiweiß, Kohlenhydraten etc. zusammengesetzt sein.

Es ist eine alte Weisheit, daß auch mit den Augen gegessen wird, ja, daß ein Essen am bekömmlichsten ist, je wohler sich der Mensch in seiner Umgebung fühlt. Alle Verantwortlichen wissen, daß die derzeitige Enge in der Mensa, das Anstehenmüssen in gewissen Spitzenzeiten, das Suchen eines Platzes, die Disziplinlosigkeit mancher Mensabesucher schon von vornherein die Lust am Essen verderben. Daß eine Großküche mit der Aufgabe, täglich rund 4000 Portionen und mehr zu Mittag zu kochen, bei einem Wareneinsatz von rund DM 1,05 bis DM 1,10 keine Gerichte herstellen kann, bei deren Anblick dem Besucher das Wasser im Munde zusammenläuft — was ernährungsphysiologisch ebenfalls sehr wichtig wäre — versteht sich von selbst. Die Großküche muß versucht sein, einen mittleren Geschmack zu treffen, und das Sprichwort „de gustibus non est disputandum" zeigt sich für die Mensaleitung häufig genug darin, daß Lob und Tadel über ein Essen gleichmäßig verteilt sind.

Gerhard Kath

Angst - Psychologie - Vorlesungsrezension

Seminar für pädagogische Psychologie — Abteilung für Erziehungswissenschaften

Der DISKUS berichtet von Zeit zu Zeit über Institute und Seminare an Hand von Arbeits- und Forschungsberichten, der Vita von Ordinarien und Stellungnahmen.

Andrea Reiche

Wer hat Angst vor Kindern? — Wovor haben Kinder Angst?

In den letzten Jahrzehnten wurden Hunderte von Untersuchungen veröffentlicht, die sich mit dem Problem der Angst beschäftigen. Im deutschen Sprachraum ist bisher aber noch keine Untersuchung erschienen, die zusammengestellt hätte, wovor gerade Kinder in den verschiedenen Altersstufen Angst haben. Lediglich verstreute Hinweise, ein Auszug aus einer ungarischen Untersuchung (Gérèb - Szeged) und eine sehr kleine Emnidbefragung konnten ausfindig gemacht werden.

Am Seminar für pädagogische Psychologie der AfE der Universität Frankfurt, das unter der Leitung von Frau Professor Küppers steht, hat nun Frau Dr. Oestreich begonnen, ein größeres Forschungsprogramm zusammenzustellen, mit dem Ziel, diese Lücke zu schließen. In zahlreichen Untersuchungen beschäftigen sich die Mitglieder des Seminars und die Studenten mit der Frage: Wovor haben Kinder Angst? Bisher schrieben etwa 3000 Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren auf, wovor sie schon einmal Angst empfunden hatten. Dazu berichteten über 1000 Erwachsene mündlich oder schriftlich über die Ängste ihrer Kindheit und Jugendzeit. Auch in Autobiographien und Entwicklungsromanen wurden viele Hinweise auf angstauslösende Objekte und Situationen gefunden. Interessante Hinweise brachten zudem spezielle Befragungen, die sich auf Angsterlebnisse bezogen, die durch Film oder Schule ausgelöst waren. Die endgültigen Vergleiche der Ergebnisse sollen erst Ende 1967 erfolgen, wenn auch Material aus der Schweiz, aus Frankreich, Amerika und verschiedenen Ländern der Bundesrepublik ausgewertet wurde.

Eines zeichnet sich jedoch jetzt schon ab: neben Personen und Tieren steht in hohem Maß die Schule als angstauslösendes Erlebnis. In den Erinnerungen von Studenten wird sie als Angstanlaß Nr. 1 genannt, der bestimmte Situationen des Studiums überschattet. Bei jüngeren Kindern ist es die Angst vor Zensuren, vor dem Lehrer und vor Klassenarbeiten, später bewirken ganz allgemein Zeugnisse, Prüfungen oder Sitzenbleiben Angstgefühle. Hier nur drei Auszüge aus Aufsätzen, die das Thema hatten: Da hatte ich große Angst.

Junge, 7; 11 J., 2. Klasse: „Wenn ich mein Diktat zurückbekomme, dann habe ich immer Angst".

Mädchen, 7; 11 J., 2. Klasse: „Ich habe Angst, wenn ich in eine höhere Schule komme und vor dem Abitur. Davor habe ich Angst. Es macht mir Sorgen, wenn ich mein Zeugnis kriege."

Mädchen, 12 J., 6. Klasse: „Ich habe noch keine Sorgen, bloß vor dem Zeugnis, daß ich nicht versetzt werde".

Die Schulängste gehen so weit, daß ganze Klassen vor dem Übertritt in eine weiterführende Schule oder vor der Schulentlassung in eine Art Panikstimmung geraten. In mündlich geäußerten Angsterinnerungen Erwachsener werden manchmal kaum glaubhafte Erlebnisse mit Erziehern innerhalb und außerhalb der Schule geschildert. Deutlich wird dabei immer wieder, daß es nicht so sehr die einzelne Maßnahme ist, die Angst auslöst, sondern daß die gesamte Erziehungsatmosphäre wichtig ist, in der jede Einzelhandlung letztlich eine latente Verängstigung in akute Angst umschlagen lassen kann.

Wieweit man den Zustand, daß die Schule als „angstbeladenes Institut" (Bennhold - Thommsen, Köln) zur Gefahr für die seelische Gesundheit des Kindes wird, beenden kann, ist fraglich. Bisher ist in dieser Hinsicht kaum etwas getan worden. Entscheidend aber ist, daß nicht die Schulen allein die Änderung dieses Zustandes durchführen können, sondern daß auch die Eltern, die durch falsch verstandenen Leistungsdrill erst die Angstbereitschaft ihrer Kinder wecken, daran mitwirken müssen.

Gisela Oestreich

„Ein Beitrag zur sogenannten Vorlesungsrezension"

Vielleicht sollte man einen anderen Begriff als Rezension suchen: Denn das, was damit erreicht werden soll, trifft dieser Begriff nur in einem Außenaspekt. Es geht nicht um Kulturkritik, um Empfehlungen oder die Besprechung eines „Werkes". Wenn sich die Universität als Hüterin der Tradition und des zu tradierenden Bildungsgutes versteht, dann ist seit eh und je die ex cathedra gesprochene Vorlesung der Kern dieses Tradierens gewesen. Wo aber die Universität sich als jener Raum versteht, wo zukünftige Entwicklung ihren Ausgang nehmen (Lehre *und Forschung* nämlich!), dann kann die Vorlesung alten Schlages als Prototyp des autoritären Führungsverhaltens nicht mehr befriedigen — auch nicht den Dozenten. K. Lewin, J.-P. Ruppert und A. u. R. Tausch haben als wesentliches Merkmal dieses Stils die Eingleisigkeit der Kommunikationswege, die nurmehr von „oben" nach „unten" beschritten werden, herausgestellt. Es geht also in der „Vorlesungsrezension" weder um eine Kritik der „Unmündigen" am „Mündigen", der „Sachfremden" am „Eingeweihten", auf keinen Fall auch um eine etwaige politisch tendenziös gefärbte „Kontrolle", sondern es geht um die Reversibilität (Tausch) der Kommunikationswege, um die Überwindung der zementierten Ordnung eines „Oben" und „Unten" in einer sach- und situationsangemessenen Form der Begegnung, in der *alle* Beteiligten zu lernen bereit sind. Es wurde folgender Versuch gemacht: Im Sommer 1966 hatten im Rahmen einer zweistündigen Vorlesung über Psychohygiene sozialpsychologische, tiefenpsychologische, arbeitspsychologische und pädagogische Fragen im Vordergrund gestanden.

Am Ende der Vorlesungsreihe wurden die Studenten (überwiegend erste bis dritte Semester) gebeten, sich zu folgenden an die Tafel geschriebenen Fragen zu äußern:

1. Was wurde Ihrer Meinung nach zu ausführlich behandelt?
2. Was kam demgegenüber zu kurz?
3. Was fand Ihr besonderes Interesse?
4. Wo entdeckten Sie Mängel bzw. was fehlte Ihrer Meinung nach?
5. Persönliche Vorschläge

Den Studenten stand die Namensnennung frei, ebenso, ob sie in Gruppen nach gemeinsamer Diskussion oder einzeln ihre Antworten abgeben wollten. Etwa 30 Studenten beteiligten sich; vier Blätter trugen den Vermerk Gruppenarbeit, 18 weitere Blätter wurden zum Teil allein, zum Teil in nachbarlicher Besprechung konzipiert.

Beispiele aus den Antworten zu Frage 1:

„. . . Statistik zu viel . . .; Thema Angst zu viel im Hinblick auf die praktischen Ergebnisse für den Lehrer, Mutter- und Lehrertypen zu ausführlich . . ., . . . so nötig, daß von einem Zuviel nicht die Rede sein kann . . .; Ein wenig störten mich die langen konkreten Ausführungen über Verhaltensweisen der Lehrer ihren Schülern gegenüber. Die Prozentzahlen, die vorgelesen werden, kann man sich in einer Vorlesung schlecht mitschreiben. Es wäre vielleicht besser, schwerpunktartig die wichtigsten Verhältnisse darzustellen, so daß nicht ein Gewirr von Zahlen bleibt, sondern einige Fakten . . . Der Umfang des Behandelten schien mir zu groß, um nicht verwirrend zu sein . . .; Zuviel über Leistungskurven und Arbeitsrhythmen . . ." u. a.

Beispiele zu Frage 2: Was kam demgegenüber zu kurz?

„. . . Zu wenig Tiefenpsychologie . . .; . . . Praktische Hinweise, wie der Lehrer helfend eingreifen kann . . .; Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus . . .; Vergleiche zwischen Kind- und Erwachsenenreaktion . . .; Noch mehr über die Erziehung des Kindes bis zum 6. Lebensjahr . . ." u. a.

Zu Frage 3: Was fand Ihr besonderes Interesse? 4. Mängel? Was fehlte? 5. Persönliche Vorschläge

Hier wurden überwiegend sachliche aber auch subjektive Stellungnahmen beschrieben: „Die Darstellungen aus Tauschs Erziehungspsychologie fand ich besonders aufschlußreich für das Selbstverständnis als zukünftiger Lehrer". Mehrfach wurden einzelne Sachbegriffe als besonders „interessant" herausgestellt. Die Fragen 4 und 5 sollten gewissermaßen als „Kontrollfragen" das zuvor Geschilderte präzisieren. Doch fühlten sich einige Studenten hier überfordert, da häufig mit dem Hinweis geantwortet wurde, daß für ein Erkennen der Mängel die Erfahrung fehle. Andere hatten den Mut zu konkreten Formulierungen:

„Aus dem Buch ‚Helga' von Alfons Simon könnten noch passende Beispiele zitiert werden, z. B. Konfliktlösung mit einer Klasse . . ." „Wo blieben die angekündigten Turnübungen, die schädlich für bestimmte Altersgruppen sind?" „Evtl. Filmvorführungen, die das Vorgetragene besser erläutern und die man diskutieren kann." Einmal wurde ein anderer Raum gewünscht und die Aufteilung der Zeit in zwei einstündige Vorlesungen. Eine Studentin bat, die Gliederung mit der zugehörigen Literatur auf hektographierten Blättern zu Beginn des Semesters zu verteilen. Zur Abrundung noch ein Zitat, das zwar ausgesprochen „unter die Haut" ging, aber gerade deshalb eine Hilfe bedeutete: „Wenn Sie zur Verdeutlichung Beispiele aus Ihrer Berufspraxis bringen, dann sollten immer auch die Fehlschläge genannt werden. Oder haben Sie bei der Anwendung der Methoden immer Erfolg gehabt? (Oder habe ich es nur nicht mitbekommen?)"

Es lassen sich vielleicht Tendenzen nachzeichnen, die man anhand anderer Versuche in anderen Wissenschaftsbereichen mit eigenen Fragestellungen verfolgen müßte.

1. Es ist für den Hochschullehrer nützlich, das „Ankommen" der einzelnen Sachverhalte in den Aussagen gespiegelt zu sehen. Ohne auf Prüfungen angewiesen zu sein, kann er schon früher Mißverständnisse erkennen und besonders spröde Sachverhalte sorgsamer gestalten (z. B. mit Tafel und Kreide, soweit in bestimmten Hörsälen vorhanden!).
2. Er sieht sich u. U. gewissen Trends gegenüber, die Erwartungen der Studenten betreffend, *wie* sie ihre Wissenschaft dargestellt wünschen. Nämlich in der gefährlichen Nähe einer in jeder Situation anwendbaren Rezeptur. Das mag in anderen Wissenschaftsbereichen anders sein, entspringt aber einem verständlichen menschlichen Bedürfnis nach Orientierungshilfen zur Strukturierung unübersichtlicher neuer Situationen — besonders im ersten Studiendrittel. Es wäre nun ebenso falsch, diese Wünsche völlig zu ignorieren wie ihnen nachzugeben.
3. Auf der gleichen Ebene liegt die Tendenz, *einen* Bereich einer Wissenschaft mit dem gesamten Fachgebiet zu identifizieren und damit ein auch der Öffentlichkeit verbreitetes Vorurteil in den Hörsaal hineinzutragen z. B. Tiefenpsychologie ist gleich Psychologie!
4. Es müßte beobachtet werden, ob sich eine Kontaktaufnahme seitens des Dozenten auf die Spontaneität der Anfangssemester — z. B. Bereitwilligkeit zu Diskussionen und Vorschlägen in den Übungen und Proseminaren günstig auswirkt.

Im ganzen gewann man den Eindruck, daß sich zwar viele Studenten resignierend nach dem „Dort-Die"- und „Hier-Wir"-Schema etabliert haben und recht unbeholfen die Spielregeln partnerschaftlicher Zusammenarbeit anwenden, daß sie aber rasch bereit sind, ihr — vielleicht häufig berechtigtes — Mißtrauen aufzugeben, wenn der Lehrende ernsthaft und nicht aus scheindemokratischer Effekthascherei an einem sachlichen Meinungsaustausch interessiert ist.

Wir sollten uns etwas mehr darum sorgen, was in dem Vakuum zwischen Lehrstuhl und Plenum geschieht; daß nicht etwa Fähigkeiten darin verkümmern, die wir in unserem öffentlichen Leben so dringend gegen jede Form von Radikalismus — ganz gleich ob in Gestalt von Ideologien oder Interessenvertretungen — benötigen: Fähigkeiten zur Gestaltung einer sachangemessenen und situationsgerechten Zusammenarbeit, die allen Beteiligten ein Höchstmaß an tendenzfreier Information gewährleistet.

Verhütung von Sittlichkeit

„Informationsabende" nannten AStA, Fachschaft Medizin und Studentenwerk die Veranstaltungsreihe, die sie in diesem Wintersemester über das Thema Empfängnisverhütung angeboten. Dieser recht neutrale Titel sagte im Grunde nicht mehr über die Thematik, als daß man gedachte, sachliche Information zu leisten. Und dennoch kamen (trotz kurzfristiger Ankündigung) an jedem der drei Abende 700 — 800 Studenten in den Hörsaal VI der Universität.

Vielleicht läßt sich dieser Tatbestand so deuten, daß in mehrfacher Beziehung Informationslücken bestanden.

Beispielsweise schien bislang nicht sehr bekannt zu sein, daß seit zwei Semestern in der Universitätsnervenklinik Herr Dr. Linden eine Beratungsstunde für Studenten gibt. Er selbst berichtete, daß in diesen zwei Semestern etwa 44 Studierende bei ihm um Rat gefragt hätten (eine unerwartet niedrige Zahl, wenngleich er als einzelner Berater sich davon schon völlig ausgelastet fühlen mußte), während kurze Zeit nach Arbeitsbeginn des vom Studentenwerk eingestellten Psychotherapeuten, Herrn Dr. Mosebach, schon etwa 20 Anmeldungen vorlagen.

Auch in anderer Hinsicht scheint ein Informationsproblem zu bestehen. Nicht jeder, der Schwierigkeiten hat, kann von sich aus übersehen, ob in ihm allein Probleme stecken, oder ob sie nicht objektive Lebensumstände schaffen. An dieser Stelle versuchte der einführende Vortrag des Soziologen und Psychoanalytikers Dr. Fürstenau aus Gießen Aufklärung zu betreiben.

Gerade die soziologische Betrachtungsweise des Themas ‚Sexualprobleme unter Studenten' beleuchtete manchen Sachverhalt: es bestehen Anforderungen der Universität wie auch der Gesellschaft mit ihren traditionellen Regeln der ‚guten Sitten' an den Studenten, ein bestimmtes Verhalten zu zeigen, bestimmte Dinge nicht zu tun. Diese Forderungen können mit den Interessen des Individuums kollidieren. Wie der einzelne Student sich angesichts eines solchen Drucks verhält, wird seinen individuellen Verhaltensweisen entsprechen. Bringt er genügend Selbstbewußtsein und Verstehen gegenüber seiner sozialen Lage an die Universität mit, so fällt es ihm wahrscheinlich nicht schwer, sich Forderungen weitgehend zu entziehen, ohne allzugroße Sanktionen in Kauf nehmen zu müssen.

Aber nicht jeder verfügt über Unabhängigkeit. Zieht man in Betracht daß der spätere Student schon in einem Alter, in dem er sich als Erwachsener zu begreifen beginnt durch die finanzielle Abhängigkeit vom Elternhaus kindgemäßen Gehorsam erbringen muß, kann es nicht verwundern, wenn Untersuchungen von psychischen Belastungen, Störungen und Leiden bei durchweg 15 Prozent aller Studierenden (In- und Ausland) berichten.

Ein beachtlicher Teil der vielfach angeführten Leitsymptome, mit denen die Ratsuchenden ihre Beschwerden kennzeichnen, steht direkt oder indirekt mit Problemen des sexuellen Bereichs in Verbindung: Vor Erreichen der finanziellen Unabhängigkeit soll (nach allgemeiner Auffassung) ein Student nicht heiraten, also auch keine Kinder bekommen. Gescheiterweise wird aber niemand annehmen, daß eine Mehrheit bis zu diesem Alter abstinent lebt. Also wäre es erforderlich, eine sichere Empfängnisverhütung zu betreiben.

Nun haben jedoch Studentenärzte und psychotherapeutische Beratungsstellen mehrfach berichtet, daß es mit der Kenntnis um derart sichere Methoden auch unter Studenten keineswegs allzugut bestellt ist.

Hauptsächlich an diesen Punkten lag die Motivation der beteiligten Institutionen, die erwähnten Vorträge zu veranstalten. Hauptanliegen: sachliche Information über Konfliktgefahren durch die Forderungen der sozialen Umwelt und Auswege in Bezug auf einen Aspekt dieser Konfliktmöglichkeiten (mechanische, chemische und hormonelle Verhütungsmethoden mit den errechneten Sicherheiten). Diese Information leisteten Herr Dr. Fürstenau und Herr Professor Dr. Brehm (Gynäkologe an der Universitätsfrauenklinik).

Karin Rausch

Wir sind eine große Firma für Elektroerzeugnisse im Südwesten mit 9-stelligem Umsatz. Wir suchen für breit angelegte, angewandte Forschung

Physiker/ Naturwissenschaftler

Anfangsgehalt DM 2 500,—

Kurzbewerbung mit Lichtbild, Handschreiben und wichtigen Lebensdaten zur persönlichen Entwicklung an die Anzeigenverwaltung des DISKUS unter Chiffre DEB.

PRAXIS - ERÖFFNUNG

schon nach 2-4 Semestern möglich durch ergänzendes Spezialstudium (inkl. Praktikum)!

Auskunft: DAHN - STUDIO
662 Völklingen/Saar 52
Postfach

Länderspiel auf fremdem Platz

Es begann mit einer öffentlichen Abendveranstaltung, auf der die Bundesvorsitzenden des SDS, Reimut Reiche und Peter Gäng und das Mitglied des Zentralrats der FDJ, Günter Schneider, die „Konzeptionen" ihrer Deutschlandpolitik darstellten. Die Position der FDJ war dabei relativ klar, weil bekannt: eine Zusammenfassung der verschiedenen Deutschlandpläne der SED. Deren Ausgangspunkte sind die Existenz, und zwar die friedliche Existenz der DDR und die Existenz, allerdings Alleinvertretung und Grenzrevision beanspruchende Existenz, der BRD. Angestrebter Endpunkt ist nicht primär „Wiedervereinigung", sondern „Konföderation". Die Bedingungen für diese Konföderation sind: Anerkennung der DDR, Aufgabe territorialer Forderungen von Seiten der BRD, Ausscheiden aus den militärischen Blocksystemen, Abrüstung, Aufgabe des Anspruchs auf Kernwaffen — allesamt Forderungen, die sich unter dem Programm der „friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung" zusammenfassen lassen. Die Betonung liegt dabei auf „friedlich". Und weil die DDR, wie auch vom SDS anerkannt wurde, „friedlich" ist, entsprach das generell den Absichten der FDJ, über den Teil Deutschlands zu diskutieren, oder besser, über denjenigen deutschen Staat, der „nicht friedlich" ist: die Bundesrepublik. Die Strategie zur Verwirklichung dieser „Konföderation" in den Augen der FDJ ist, was die handelnden Individuen in der BRD angeht: Stärkung aller „friedliebenden Kräfte". Dieses Programm ist nur in einem sehr vermittelten Sinn sozialistisch, wenn man als Basis für sozialistische Analyse und sozialistische Strategie annimmt: daß der „Frieden" und die Erfolgschancen der „friedliebenden Kräfte" von der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft und der ökonomischen Eigendynamik der kapitalistischen Gesellschaft abhängen. Ganz konsequent teilten auch die FDJ-Vertreter während sämtlicher Seminardiskussionen den Kapitalismus in einen Rüstungskapitalismus und in einen friedlichen Kapitalismus und zwar in einer — wie die SDS-Vertreter argumentierten — falschen Übertragung des produktiven und des nichtproduktiven Kapitals.

Die Vertreter des SDS haben ihren Kollegen von der FDJ in vielen Punkten zugestimmt, was die Entwicklung der Bundesrepublik und was die Entwicklung der DDR anbetrifft. Das hat viele Seminarteilnehmer, die nicht vom SDS waren und anschließend die gesamte Presse zu der Irrmeinung geführt, es bestünden „keine Differenzen" zwischen SDS und FDJ. Auf den entscheidenden Unterschied haben aber sämtliche SDS-Referenten in ihrer Kritik an der „Konföderationsstrategie" der DDR hingewiesen. So sagte Elmar Altvater (SDS München) in seinen Thesen: „Demokratische Umgestaltung der BRD, von der in den DDR-Publikationen so viel die Rede ist, bedeutet Entmachtung des Rüstungskapitals; und da Rüstung eine notwendige Konsequenz kapitalistischer Strukturen überhaupt ist, die Aufhebung des Kapitalismus durch Sozialisierung". Und so sagte Ursula Schmiederer (SDS Marburg): „Nicht nur die Wiedervereinigungspläne (der BRD), sondern auch die Konföderations- und Föderationspläne (der DDR) umgehen die eigentlich entscheidende Frage: die nach der Möglichkeit einer Koordinierung der antagonistischen Struktur der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten. Tatsächlich basieren die DDR-Vorschläge auf der Vorstellung, daß die politische Macht von Arbeitern und Bauern in der BRD allein ein sicherer Garant für eine Wiedervereinigung wären. Sie bleiben damit vorerst im Bereich der Utopie".

Der SDS hat mit allem Nachdruck klarzumachen versucht, daß eine „Wiedervereinigung" nicht stattfinden wird, jedenfalls nicht nach dem „Annexionsmodell" der BRD und nicht nach dem „Konföderationsmodell" der DDR. Nach letzterem nicht aus den obigen Gründen und nach ersterem nicht, weil die BRD im Machtgefüge der westlichen kapitalistischen Länder zu schwach und zu isoliert ist, um eine Annexion der DDR durchzusetzen zu können, selbst vor ihren westlichen Bündnispartnern, die aus ökonomischen Gründen an einer Machtverschiebung, die von der BRD ausgeht und nur mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden könnte, kein Interesse haben können. Nicht ganz zu Unrecht ist darum auch gesagt worden, der SDS habe die FDJ „von links überholt". Denn der SDS hat vordergründig und vielleicht ironisch eine sozialistische Einheit mit der FDJ postuliert, von der er wußte, daß sie da nicht existieren kann, wo sie dem „Koexistenz"-Programm der DDR widerspricht. So sagte Reimut Reiche in seiner Einleitung zum Seminar: „Wir sind uns hoffentlich mit der FDJ darin einig, daß eine ‚Wiedervereinigung' Deutschlands nur erstrebenswert und nur realistisch ist auf der Basis der Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der BRD in sozialistische und darin, daß diese Aufgabe die Aufgabe der abhängigen Schichten in der BRD selbst ist". Und Peter Gäng verdeutlichte die potentiellen „Nebenwirkungen" einer „friedlichen Koexistenz", selbst wenn die wesentlichen Punkte einer kleinen Lösung nach den Vorstellungen der Regierung der DDR erfüllt wären: „daß die Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam weiter unterstützt und direkter unterstützt als bisher, und gleichzeitig, daß sich die DDR so viel und so wenig in die inneren Verhältnisse der BRD einmischt wie bisher. Wir glauben, dieser Preis für eine Koexistenz sollte für ein so starkes und perspektivenreiches Land wie die DDR zu hoch sein".

Auf solche Fragen konnte sich die FDJ nicht einlassen. Sie hatte vielleicht erwartet, über die Mauer und über Biermann Antwort geben zu müssen. Davor hat sie der SDS-Bundesvorsitzende Reiche noch geschützt als er eine Diskussion nach der Einführungsveranstaltung mit den zornigen Worten verhinderte, man wolle hier keinen Schlagabtausch vor den Seminarsitzungen, weil die BRD dabei nur gewinnnen würde, weil sie auf dem eigenen Platz kickt. Aber auf einer Diskussion der Einschätzung der Zentren der revolutionären Weltbewegung und auf eine Zuweisung des Deutschlandkonflikts und entsprechend der „Deutschlandpolitik" auch für sozialistische Länder auf einen Platz „unter ferner liefen" hat der SDS bestanden. So entstand die leicht widersprüchliche Situation, die das ganze Seminar fast zur Erfolglosigkeit verurteilte, daß der SDS von sich aus ein Seminar durchführte, von dem er von vornherein wußte, daß es das Thema „Wege einer Deutschlandpolitik" verfehlen würde — mindestens in den Augen der FDJ und der Nicht-SDSler. Den Adressaten nicht nennend hat es der SDS doch an die Adresse der FDJ gesagt, warum er dies Seminar durchführte: „Eine Politik, die Entspannung betreibt auf dem Rücken der unterdrückten Nationen wäre konterrevolutionär" (Gäng). Damit war das mangelnde Engagement der Sowjetunion und der DDR für Nordvietnam, für die FNL und für die anderen sozioökonomischen Befreiungsbewegungen der Länder der III. Welt gemeint, ein mangelndes Engagement, das der SDS ursächlich in der sowjetischen Strategie des möglichst reibungslosen Aufbaus der schon existierenden sozialistischen Länder begründet sah.

Aber vielleicht haben sich die FDJ-Funktionäre und die in der FDJ engagierten jungen Wissenschaftler diese Fragen überlegt. Und vielleicht ziehen sie es dann vor, ihre Konföderations-Thesen vor einem Publikum in der BRD vorzutragen und mit einem Publikum zu diskutieren, das noch mehr auf eine „Wiedervereinigung" hofft als der SDS. Wenn das der Fall ist, könnten die FDJler vielleicht ein paar Trümpfe ihres Landes und ein paar Vorzüge ihrer Konföderationstheorien besser einsetzen, als sie das auf dem SDS-Seminar konnten. Der SDS brauchte nicht davon überzeugt zu werden, daß die Politik der Bundesregierung deutschlandfeindlich ist und daß von der DDR nicht zu erwarten ist, daß sie freiwillig ihre gesellschaftliche Position aufgibt. Um den Schritt, der über die Anerkennung der DDR hinausgeht, nämlich um die materielle Legitimation der DDR als eines gesellschaftlichen Systems vorzubereiten, sollte sich die FDJ in ihrem Interesse an einer Öffentlichkeit wenden, die über den SDS hinausgeht, auch an der Universität. Der SDS hat gleichzeitig ein wissenschaftliches Seminar „zweier sozialistischer Organisationen" veranstalten und die grundgesetzpflichtige Wiedervereinigungsdiskussion in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit vorführen wollen. Die politischen Organisationen, angefangen mit denen an der Hochschule, die noch mehr an die Wiedervereinigung glauben als der SDS, sollten sich von dem vielen Aneinandervorbeireden, das auf diesem Seminar geliefert wurde, nicht beirren lassen. Der SDS, der an Entspannung nicht glaubt, weil seine ökonomischen Einsichten (oder Theorien) ihn von deren langfristiger Unvereinbarkeit mit dem Kapitalismus überzeugt haben, hat Entspannung an der Frankfurter Universität demonstriert. Die FDJ-Delegation war — verständlich genug — wirklich ein maßlos nervöses und unsicheres Häuflein, das seine aus zwanzig Jahren Nicht-Anerkennung resultierende Spannung in übergroßer Starrheit und Sturheit bewältigte. Die SDSler haben ihnen hoffentlich soviel Mut gemacht, daß sie sich bald ihr Land in selbstbewußterer und flexiblerer Form und mit substantielleren Argumenten zu verteidigen und zu kritisieren getrauen, als es auf diesem Seminar noch der Fall war. Das wäre schon ein Fortschritt, der eine Grundvoraussetzung ist für eine nicht verzerrte Diskussion der beiden deutschen Staaten. 20 Jahre getrennte Entwicklung in 2 Tagen gemeinsamen Seminars aufholen zu wollen, das ist eine schwere Sache.

Helmut Spang

Meinung zur Zwischenprüfung

Über die geplante Studienordnung für die Wirtschaftswissenschaften

Im Gegensatz zu den Vorschlägen des Fakultätentags 1965 wird erwogen, in Frankfurt eine Zwischenprüfung in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät einzuführen. Dieses Thema ist nun bereits seit vielen Jahren bei Professoren und Studenten im Gespräch, die Prüfung selbst wurde aber nur in wenigen Universitäten eingeführt. Die neugegründeten Hochschulen gehen mit gutem Beispiel voran. Um die verlangte Straffung und Konzentration des Studiums zu realisieren, haben sich als erste westdeutsche Fakultäten Mannheim und Gießen zu einer Trennung von Grund- und Hauptstudium sowie zu der Einführung einer Zwischenprüfung entschlossen. Das viersemestrige und stark gegliederte Grundstudium erleichtert dem Studenten den Übergang von der Schule zur Universität. In den ersten Semestern wurde seine Arbeitsfreude und -kraft bisher zu stark durch Propädeutika absorbiert. Das neue Grundstudium dagegen lenkt noch ungebrochenen Elan des Studikers gleich auf die zentralen Wissenschaftsgebiete. Die unvermeidbaren Massenvorlesungen müssen durch Übungen in kleinen Gruppen vertieft werden, was den systematischen Ausbau eines Tutoren- und Arbeitsgruppenprogramms durch die Fakultäten zur Voraussetzung hat. Viele Kritiker sehen in einem straff gegliederten Grundstudium eine gefährliche „Verschulung" der Universität. Die neuen Prüfungsordnungen in Mannheim und Gießen wollen das Grundstudium mit einer Zwischenprüfung, welche aus je einer Klausurarbeit in Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Jura bestehen soll, abschließen. Nur die bestandene Zwischenprüfung berechtigt zum weiteren Studium.

Leider haben sich beide Fakultäten nicht entschließen können, dieses Vorexamen über einen reinen Leistungsnachweis hinaus zu einem sogenannten zwischenakademischen Abschluß auszugestalten. Mit der Verleihung eines Diploms (ähnlich dem angelsächsischen „bachelor of arts") wäre sowohl den überlasteten Fakultäten als auch der Wirtschaft ein unschätzbarer Dienst erwiesen. Der Arbeitsmarkt weist heute einen großen Fehlbedarf im „middle management" auf, mit dem Ergebnis, daß z. Z. mehr Wirtschaftsstudenten ohne Examen gesucht werden als examinierte Betriebs- und Volkswirte. Außerdem dürfte es manchem Studenten, der sich heute mühsam bis zum Diplom quält, durchaus reizvoll erscheinen, nach einem zweijährigen Grundstudium und bestandenem Zwischenexamen sein Glück in der Praxis zu suchen.

Die Zwischenprüfung soll nach den Vorschlägen des VDS und den Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom 14. 5. 1966 verschiedene Aufgaben gleichzeitig lösen:

1. Kontrolle und Selbstkontrolle (Zwang zum zweckmäßigen Arbeiten)
2. Auslese
3. Befreiung der Hauptdiplomprüfung von abfragbarem Wissensstoff
4. Eingangsprüfung für Hauptseminare
5. Eignungsprüfung für Hauptförderung Honnefer Modell

Um aber den Studenten nicht wie bisher nach dem Motto: „Friß Vogel oder stirb" zu behandeln, sollen ihm in den ersten vier Semestern ausgewählte Pflichtvorlesungen und -übungen angeboten werden, ergänzt durch Pflichtlektüre. Allein auf diesen Wissensstoff darf sich die Zwischenprüfung erstrecken. Sie sollte nach dem 4. Semester abgelegt werden (Wiederholung im 5. Semester schriftlich *und* mündlich durch je 2 zweistündige Klausuren.

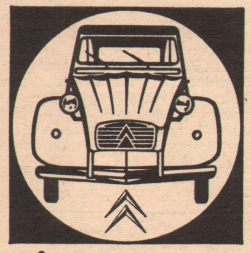
Die obige Fächerkombination kommt der Vorstellung am nächsten, die durch die Einführung der Zwischenprüfung angestrebt wird. Vor allem gilt das für das Fach Recht, das schon an vielen Universitäten in vorgezogenen Prüfungen angelegt werden kann, und damit dem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mehr „Persönlichkeit" verleiht. Denn solange man dieses Fach als unbedingt notwendig für die Diplomprüfung erachtet und hohe Pflichtstundenzahlen fordert, gesteht man doch ein, daß der Wirtschaftswissenschaftler seinen Platz unter dem Juristen hat. Auch der Fakultätentag 1965 nimmt die Rechtsprüfung aus der Hauptdiplomprüfung heraus.

Statistik wiederum ist ein Fach, ohne das kein Wirtschaftswissenschaftler auskommen kann; es sollte aber nicht unbedingt in den Rang eines Hauptfaches gehoben werden. Es wäre eine Lösung, die die Möglichkeit einer freiwillig vorgezogenen Prüfung vorsieht, anzustreben. Als Voraussetzung zur Zwischenprüfung werden wie bisher Scheine in den betriebstechnischen Fächern gerechnet.

Um allerdings diese Propädeutika unterzubringen, sollten die Ferien (und Hörsäle) endlich „ökonomischer" genutzt werden als durch Jobben, genannt Praktikum. Diesen „alten Zopf" (Sauermann) abzuschneiden, hat bereits der Fakultätentag 1965 vorgeschlagen.

An die Zwischenprüfung schließt sich das mindestens viersemestrige Hauptstudium an, dessen Schwergewicht der Student selbst bestimmen soll. Einer Vertiefung des Studiums wird der Vorzug vor einer Verbreiterung des reinen Faktenwissens geben. Dem Vorschlag des VDS, sich im Diplomexamen auf zwei Kernfächer und ein Hauptfach zu beschränken, ist man weder in Mannheim noch in Gießen gefolgt. Mannheim bleibt bei den vom Fakultätentag vorgeschlagenen fünf Prüfungsfächern. Die neugegründete wirtschaftswissenschaftliche Fakultät in Gießen hat sich zu einer mutigen Reform entschlossen: Die Trennung in Volkswirte- und Betriebswirte-Examen, welche auch mehr historischen Zufälligkeiten denn systematischen Überlegungen entspricht, wurde zu Gunsten des einheitlichen Studiengangs für „Diplom-Ökonomen" aufgegeben.

Bingel/Braune



citroën 2cv

Robust, verläßlich, in der ganzen Welt bewundert: CITROËN 2CV, der sichere Kleinwagen mit dem hohen technischen Niveau aller CITROËN-Automobile.

citroën

Neuwagen – Gebrauchtwagen – Ersatzteile – Kundendienst

AUTOHAUS GOLDBACH

Frankfurt am Main

Mainzer Landstraße 151-153 – Telefon: 23 51 67 - 23 50 31 - 23 67 98

2 CV-Spezial-Werkstatt: Raimundstraße 100

AUSSTELLUNGEN

1. Kunstverein Frankfurt
Weiß auf Weiß

Was heute als konstruktive Malerei präsentiert wird, machte vor rund 40 Jahren Ernst mit der Kunst. Der Garaus ästhetischen Zierats sollte die Kunst realisieren. Sie überlebte als ästhetische Konstruktion subjektivster Erlebnisse. Tatlins Spirale zur Feier der Dritten Internationale, als vom materiellsten zum sublim Geistigen aufsteigendes Bauwerk gedacht, könnte heute das Guggenheim-Museum in New York sein, ein Museum (das sich im Abstrakten Kabinett Lissitzkys und Dorners 1923 in Hannover angekündigt hatte). Die künstlerisch der Ökonomie der Bedürfnisse huldigende Konstruktion verflüchtigte sich zur Bilddimension, die Bedürfnisse zum Anschauen. „alle kunst ist komposition und damit zweckwidrig . . . die idee der komposition eines seehafens ist zwerchfellerschütternd" (Bauhausleiter Hannes Meyer 1928); die Formel des Architekten Sullivan konnte zum Schlagwort werden: Form follows function.

Eine Ausstellung „Konstruktive Malerei" muß diese Entleerung und Erweiterung der Ästhetik berücksichtigen, muß anfangen und enden mit „Suprematie der reinen Empfindung in der Kunst" (Malewitsch), notwendig Leere zeigendes Stückwerk bleiben, trotz Sammlermühen. Der Sinn, objektiv schlechte Lebensumstände, und das heißt vor allem schlechte, häßliche Wohnungen und Arbeitsstätten, zur guten Funktion wandeln zu können mit zweckmäßig schönen Architekturen, Möbeln, Haus- und Arbeitsgeräten blieb in ästhetischen Ansätzen stecken, aber nicht nur von subjektivem Interesse. „Man soll vor allen Dingen die nackte Wand wieder in all ihrer schlichten Schönheit zeigen und alle Überladenheit aufs Peinlichste vermeiden" (Berlage nach Banhams „Maschinenzeitalter"). Überlüde ein Plakat, Typographie, Film, Bild nach konstruktiver Manier die Wand, wären sie schon wieder Kunst und ästhetischer Einspruch? Die Realisierung in Architektur, Möbeln und Geräten verhilft den Konstruktionen zu ihrem Recht und zu ihrem ästhetischen Sinn. Wenn Chagall über die Witebsk-Akademie gesagt hat (Malewitsch, Lissitzky u. a.), für die Kunst sei nichts gewonnen, aber einige Herzen darin gebrochen worden, so trifft das auch die Konstrukteure und Monteure von stijl und Bauhaus, die nun schließlich fast alle im Heimweh nach der Kunst ihre Ästhetik nicht erfüllt zerbrechen sahen an einer Realität, die sich nicht ästhetisch harmonisierte. Man ist immer noch unterwegs „Tot en Beeldende Architectuur" im Sinne von T. v. Doesburg, der 1924 meinte: „Die neue Architektur ist funktionell; das heißt, sie entwickelt sich aus einer exakten Darlegung praktischer Bedürfnisse, die sie dann in einem verständlichen Plan zum Ausdruck bringt." Es wäre verfehlt, die Konstruktivismen als Herzenssache abzutun, wenn auch die Konstrukteure es oft nahezulegen scheinen. Malewitschs Ziel: „unmittelbar reine Formen erfahren" konnte eben auch an der Unmittelbarkeit scheitern. Die Elemente der ästhetischen Gegenstände könnten als vermittelt und historisch gezeigt werden; in Grundmustern haben sie wirklich eine anonyme Geschichte, unbewußte Unmittelbarkeit an Gegenständen der Alltagspraxis, einig darin mit Dingen der ornamentreichen Folkloristik, was Manieristen und Formmagiern längst vertraut war. In magischen Quadraten, Harmonietypen wie dem Dreieck, einem Archetypus wie der Eiform stellte es sich dar; Bildrahmen legen Zeugnis davon ab.

Immer wieder sollte es sinnliche Gewißheit ergeben in höchsten ästhetischen und zweckmäßigen Formen; Nutzen und Schönheit konkruieren nicht aus vordergründig ökonomischen Gründen, die Maler zu angewandter Kunst treiben (ihre Not bildet sich durchaus in diesen ästhetisch pejorativ gewordenen Arbeiten als objektiv ab). Ins Bild gingen immer noch die Versuche der Realisierung ästhetischer Konstruktion ein. Sie erfüllte sich meist punktuell in Architektur, sie ist nicht ihrem Sinn nach ein Rückzug ins zweckfrei theoretische Modellieren. Brüchig und unvermittelt allerdings erscheint reine Kunst neben „nützlichen" Formen der Gegenstände, ein Bruch von Eindeutigkeit der Struktur und unstrukturierter, mannigfaltiger Welt. Linie, Fläche, Grundfarben verklären sich mit dem Schein der Bestimmtheit durch unbestimmten ästhetischen Grund oder sogar religiöser Elan. Die reine Form ist dauernd in Gefahr, zum bildnerischen synthetischen Urteil a priori zu werden. Form soll schon je im Innern universal mystisch oder mathematisch gegründet sein, ihr Ideal wäre das kosmisch geordnete Wohnzimmer.

Was für de stijl eine mystische universale Horizontale und Vertikale bedeutete, gab sich im revolutionären Rußland als „reinster Ausdruck" von Biomechanik etwa, geschichtliche Bewegung als „elektrodynamisches Theater" (Titel einer Litho-Folge El Lissitzkys). Tatlin und all die anderen mußten sich Utopismus vorwerfen lassen und Maßlosigkeit; ein sinnreiches Pendant zu den Klagen über den Surrealismus und die „erotische" Kunst. Bezeichnend wie schnell auch die fliegenden Pferde und grünen Kühe Chagalls bei Paraden in Witebsk zur musealen Erinnerung wurden, ebenso wie die konstruktive Kunst und die großartigen Architekturpläne, wie „turnende Biomechaniker und Akrobaten", Groteske, Buffonerie, Exzentrik-Akte — sie verschwanden unter stalinistischem Nippes, der Maschinenkult geriet unter die Räder, in westlichen Staaten in die Räder, die künstlerischen Entwürfe dienten zu Ausstellungen, wurden Denkmäler einer *künstlerischen* Revolution. In der Sowjetunion halfen die Politiker, sich zu Kirchenvätern zu machen und den Konstruktivismus klischiert man in Massenparaden. Ein Weg vom technologischen Triumph über die Materie, vom ästhetischen Sinn zur tristesse eines sozialistischen Realismus. Der Dynamo als neue Marienstatue (bei Krinsky) funktioniert nicht, außer heute wieder in „ästhetischen" Versuchen.

Die Interesselosigkeit in reiner Kunst bestätigt die Kritik, die ihr Interesse am bloßen Kunstwerk betont und den Sinn ästhetischer Konstruktion in das, was ein Bild ist, auflöst. Die Bilder sind nur, sie sind leer, zeigen nichts, drücken nichts aus, sind sistiert in ihrer Form, die Meditation, sich selbst Anschauen, bedeutet. Ihre mediative Funktion droht ins Ornamentale, in Zierat zu versinken; Abglanz einer Ästhetik, deren Menschlichkeit, funktionelle Form und Empfindung, mit Recht Ideologie genannt werden kann, weil das geschah, was dem aufgeklärten konstruktiven Zeitgenossen El Lissitzky nicht vorschwebte, längst aber ideologisch den ästhetischen Sinn austrieb. „Das Gemälde stürzte zusammen mit der Kirche und ihrem Gott, dem es als Proklamation diente, zusammen mit dem Palais und seinem König, dem es zum Throne diente, zusammen mit dem Sofa und seinem Philister, dem es das Ikon der Glückseligkeit war. Wie das Gemälde so auch sein Künstler" (El Lissitzky).

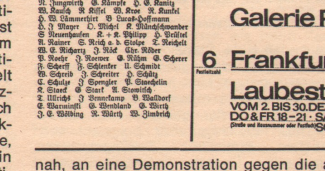
Die gewiß nicht konstruktiven Produzenten der designs und die Museen häufen anarchisch ästhetische Produkte, so daß ein Paradoxon sich herstellte von Waren, die „konstruktiv" sind, Funktion (echtes Ornament genannt) und reichhaltigstes Wesen als Ware nämlich, zum anderen Bilder, die in sich erfüllte Funktion und Wesen bedeuten, damit aber allegorisch ihren Warencharakter erfüllen. Das abstrakteste wäre Geld (als Ware der Waren) und die Allegorie in Malewitsch' Bild „Weiß auf Weiß".

Im Ästhetizismus der unter konstruktiv zusammengefaßten Bilder kehrt immer das eine Moment wieder: das Bild ist, was es ist; interesseloses Anschauen einer Funktion an sich, die den ausgetriebenen Gegenstand und dem Ornament sich wieder nähert, „denn Kunst sieht uns an . . . Kunst ist nicht Gegenstand, sondern Erlebnis" sagt Josef Albers (Homage to the Square). Die „restlose Erfüllung des Funktionellen" stände im Bild wieder ornamental „jenseits des Funktionellen" (mit den Worten Moholy-Nagys). So bleibt der Konstruktivismus, was er ist, und zeigt nur in Eßgeräten, was er sein könnte? Vielleicht war das Bauhaus wirklich ein „Mönchsorden". Es könnte auf den Konstruktivismus zutreffen, was Moholy-Nagy zu Photographie und Film sagte — er sei nur im sekundären Sinne angewandt worden.

D. H. Wittenberg

2. Galerie Patio
Frankiert — Unfrei Haus

Einzige Vorschrift der Ausschreibung: Postkartenformat, also 14,5 mal 10 Zentimeter. Auch Einladungen und Plakate waren dann eine Postkarte: Eröffnung zweiter Dezember sechsundsechszig; „es spielt W. Zimbrich auf seinem Grammophon" (*Die Christel von der Post* zum Beispiel oder den bekannten *Postillion von . . .*; *Die Schlacht bei Sedan — das Gewehr über!*) — Dies und die Jahreszeit legt's



nah, an eine Demonstration gegen die alljährliche Postflut zur Weihnachts- und Neujahrszeit zu denken („Schon wieder naht, mein Lieber . . .!"); aber man sollte derlei nicht strapazieren: genau so gut kann man von einer Ausstellung *kleiner Formate* sprechen. Hier bleibt die Briefmarke auf der Zunge eine Anspielung im lockern Hintergrund und dennoch Spaß genug, sich vorzustellen wie *dies und das* (die Plastiken M. Baduras etwa, den Patio im November vorstellte; die Lamellen-Objekte Kissels; S. Reich a. d. Stolpes aufgeklappte Muschelschachteln u. a. m.) einen Briefkastenschlitz in Verlegenheit bringen könnte.

So viel zum Anlaß; was aber stellte sich ein? — Patio tat gut daran, auf *jede* Jury zu verzichten und unzensiert passieren zu lassen, was eben sich anbot: so präsentierte sich's wie's eintraf, ein bunter Teppich, braver Tusch, Gekonntes, Ambitioniertes und weniger Ambitioniertes, gutes Handwerk, Goldrähmchen usw. usf. für alle vier Wände der Galerie. Feine Einfälle kamen auch von den Patio-Mitgliedern selbst: H. B. Baerenz lieferte ein Modell auswechselbarer Köpfeteile, W. Zimbrich bunte Krawatten (in Holz und Pappe), G. Scherer ein Groschen- und Fünferlspiel unterm Motto *Spare in der Zeit, so hast du in der Not.* In der Reihe der übrigen (insgesamt wohl achtzig) Teilnehmer: H. Bartels, Th. Bayrle, K. Burkhardt, R. G. Dienst, R. Girke, B. Jäger, K. Jürgen-Fischer, S. Neuenhausen, A. Rainer, G. Rühm, T. Ulrichs und J. Vennekamp. Jeder Besucher hat sich selbst in der Tapete zurechtzufinden, Linien gibt's genug: alles in allem (denn nicht aufs Herausstellen einzelner ist's angelegt) ein kleines Panoptikum der Malerei der Stunde, ein bissel Sammelsurium, Musterkatalog und Verkaufsmesse zugleich; die Preise: Originalpostkarte der Bundespost (unsigniert) DM 0,20 (wo gibt's das billiger?), Collagen zwischen DM 10,— und 60,—, Ölsachen um die DM 100,—, Schreibs zu DM 3,— bis 5,— (denn nur in Büdingen gab's was geschenkt), auch Unverkäufliches (so oder *so*). — Billig und wirklich für Grüße an die Verwandten in der Fremde drei Kartenserien von J. E. Wölbing (*Zirkus*, sechszehn Original-Offset-Gravuren zu DM 10,—), K. P. Brehmer (sechs mal Pop zu DM 5,—) und N. Jungwirth (ihm gehört der Januar siebenundsechszig in der Sachsenhäuser Laubestraße 24).

Luigi Alba

Frankfurter Szene

1. Theaterseminar

Inzwischen hat eine Veranstaltung über das Brecht-Theater stattgefunden. Referent war der Sekretär des Arbeitskreises Bertolt Brecht (abb), André Müller. In seinem Vortrag wies er darauf hin, daß Brecht die „Courage" im Hinblick auf den von ihm vorausgesehenen Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geschrieben hat.

Einen zweiten Aspekt des Stückes unterstrich Müller besonders, nämlich die Absicht Brechts, darauf hinzuweisen, daß die Menschen aus Katastrophen nichts lernen. Die „Courage" zieht auch am Ende des Stückes weiter, in der Hoffnung, ihren Schnitt zu machen, ohne einen Einblick in ihre Situation gewonnen zu haben. Die Situation der europäischen Völker, die dabei waren, sich wieder einmal für einen Krieg mißbrauchen zu lassen, war ausschlaggebend für Brechts Entschluß, seine „Courage" zu schreiben.

Müller wies daraufhin, daß sich Brecht über die Einflußmöglichkeiten des Theaters auf die Gesellschaft keinen Illusionen hingegeben habe. Er habe durchaus gesehen, daß er die gesellschaftlichen Verhältnisse durch das Theater allein nicht verändern könne, dennoch habe er in der Theaterkunst als der öffentlichsten aller Künste eine Möglichkeit gesehen, Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. Dazu war es nötig, das traditionelle Theater zu ändern. Um die Welt verändern zu können, mußte er sie als veränderbar darstellen. Sein „episches Theater" entspricht dieser Einsicht. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage, welche Momente für die Wirkung eines Theaterstückes entscheidend seien. Der Referent wandte sich gegen die Auffassung, den gesellschaftlichen Erfolg eines Stückes einseitig vom Publikum abhängig zu machen. Ganz im Sinne Brechts vertrat er die Ansicht, daß das Publikum zu einer kritischen Haltung erzogen werden könne. Als Beispiel nannte Müller das Publikum in der DDR, besonders das von Ostberlin. Durch die einmalige Gelegenheit viele gute Theater in ihrer Stadt vorzufinden seien die Ostberliner zu einem Publikum geworden, das wohl verstehe, schlechte von guten Aufführungen zu unterscheiden. Eine Nation entschließe sich dort manchmal, ins Theater zu gehen oder nicht.

Um gute Inszenierungen zu machen, bedarf es guter Regisseure, langer Probenzeiten und Ensembles, die wenigstens solange zusammenbleiben, wie das Stück aufgeführt wird. Der Mangel an guten Regisseuren und festen Ensembles ist oft erwähnt worden. Er hängt zusammen mit unserem Theatersystem, das auch Grund für die kurzen Probenzeiten ist. Bei uns gehen die Geldgeber im allgemeinen davon aus, daß ein Stück eine bestimmte Summe des als Subvention gegebenen Geldes wieder einspielen muß. Um kein Risiko durch den freien Kartenverkauf einzugehen, verkaufen sie die Stücke zu 80 Prozent durch Abonnements. Um dieses Abonnementpublikum zu befriedigen, sind die Theater gezwungen, möglichst alle sechs–acht Wochen ein neues Stück herauszubringen. (Schauspiel Frankfurt 1965: 8 Premieren, 8 Wiederaufnahmen bei insgesamt 375 Aufführungen = durchschnittliche Anzahl der Aufführungen 23,4 pro Stück oder nach jeweils 22,8 Tagen wurde ein neues Stück herausgebracht.) So werden alle Stücke unter Zeitdruck erstellt, Hauptdarsteller und Regisseure nur für einige Wochen verpflichtet und die Stücke bald wieder abgesetzt oder umbesetzt.

Um also auf dem Theater in unserem Lande wirksam sein zu können, müßte man das ganze Theatersystem ändern. Da sich aber ein kritisches Bewußtsein auf dem Theater schlecht von einem allgemein-kritischen Bewußtsein trennen läßt, wird es wohl in absehbarer Zeit nicht zu dieser Änderung kommen. Es wurde in der Diskussion ganz deutlich gesagt, daß die Aufführung eines Brechtstückes vor einem geschulten Publikum in unserem Lande letztlich eine Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zur Konsequenz haben sollte. Versuche mancher Autoren, die Zuschauer durch Schockstücke aufzurütteln, müssen erfolglos bleiben, da sie in die falsche Richtung gehen. Sie wollen ihren Zuschauern Schluckbeschwerden verursachen und werden geschluckt, als Delikatesse.

Josef Wiest

KP Brehmer 1966 15 x 10 Galerie René Block

2. Erstaufführungen

Peter Hacks' Komödie „Die Schlacht bei Lobositz" wurde im Februar 1964 von der „neuen bühne" an der Frankfurter Universität aufgeführt. Es war die westdeutsche Erstaufführung, ausdrücklich als solche deklariert und in allen Kritiken als solche besprochen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" meinte damals, das Stück würde ohnehin verspätet in Westdeutschland aufgegriffen.

Wolfgang Wiens führte die Regie der Frankfurter Aufführung. Wiens ist mittlerweile Dramaturg am Frankfurter „Theater am Turm". Größter Erfolg dieser Bühne war bisher die Uraufführung der „Publikumsbeschimpfung" von Handtke, Regie: Claus Peymann, Regieassistenz: Wiens. Peymann, Hausregisseur am „Theater am Turm", kommt ebenfalls vom Studententheater.

Peymann hat vor einigen Wochen in Heidelberg „Die Schlacht bei Lobositz" inszeniert, als westdeutsche Erstaufführung — wider besseres Wissen. Unisono berichtet die Presse von dieser Erstaufführung, auch die FAZ brachte eine Kritik, monierte jetzt die Verspätung allerdings nicht mehr. Lediglich die „Frankfurter Rundschau" wies in ihrer Besprechung auf die vorangegangene Frankfurter Aufführung hin.

Schitthelm, einer der Leiter der Berliner „Schaubühne am Halleschen Ufer" bringt den begehrten Hacks gegenwärtig als Westberliner Erstaufführung. Daran erinnert, daß die Studentenbühne der Freien Universität ein Jahr zuvor dieselbe Komödie in Berlin aufgeführt hatte, erwiederte er: „Studententheater, das zählt doch nicht."

Diese Haltung ist nicht einheitlich verbreitet. Der Suhrkamp-Verlag beispielsweise behandelt in dieser Hinsicht die Studentenbühnen wie die professionellen Theater, der Drei-Masken-Verlag, der die westdeutschen Bühnenrechte für Hacks hat, anscheinend nicht. Aber derartige Vorkommnisse sind nur ein Symptom. Das hohe Prestige, das das Studententheater in den 50er und Anfang der 60er Jahre hatte, schwindet. Die starke Konkurrenz der städtischen Bühnen. scheint unter anderem auch von einer guten Tradition des Studententheaters zu leben.

K. D. Viedebantt

buchkritik

Expertisen

Das Tagebuch und der moderne Autor; prosa viva 20, Carl Hanser Verlag, München; 129 Seiten, DM 5,80.

‚Absicht der Sendereihe, die der Hessische Rundfunk unter dem Titel „Das Tagebuch und der moderne Autor" veranstaltete, war der Versuch, heute lebende Schriftsteller mit der Annahme, das Tagebuch sei antiquiert, zu provozieren', so erläutert Uwe Schultz die von ihm herausgegebene Anthologie, die ausgewählte Beiträge der Sendereihe präsentiert. Die Autoren sind: Wolfgang Koeppen, Marie Luise Kaschnitz, Heinrich Böll, Elias Canetti, Günther Anders, Ulrich Sonnemann, Hans Werner Richter, Arno Schmidt. –

Was eine *Absicht*, die der *Versuch war, zu provozieren*, erbringen kann, das versucht die servile Fügung, absichtslos freilich, garnicht erst zu verbergen: eine unverbindliche Enquête, eine Kompilation von ‚Stellungnahmen', die die unvereidigten Zeugenaussagen der Literaten zum eigenen Fall einem zerstreuten Publikum nachsichtig zur Kenntnis bringt. Weniger eine literarische Angelegenheit, als eine der Betriebs-Soziologie also. Dafür liefern die Beiträge von Hans Werner Richter und Heinrich Böll die schönsten Beispiele. Jener landet, nach einigen gewundenen Erklärungsversuchen dafür, daß er kein Tagebuch schreibt, schließlich eilig am Ufer der Literatursoziologie: *‚Unter dem Druck der soziologischen Veränderungen und Entwicklungen', gemeint sind die sozialen, fallen auch die großen Formen. Zu ihnen gehört das Tagebuch. Würde ich mich heute hinsetzen, um ein Tagebuch zu schreiben, es kämen sofort die Zweifel. Ist die Person, die da das eigene Leben schreibt – mein Ich – noch mit sich identisch? Die moderne Frage nach der Identität ließe sich nicht vermeiden und alles würde sofort weiter in sich zusammenfallen.'* Die ‚moderne Frage nach der Identität' scheint eher die unvermeidliche Pflichtübung in der Rolle ‚moderner Autor' zu sein. Heinrich Böll gibt nur ‚Stichworte' aus seinem Tagebuch und erspart sich die Reflexion auf die Form. Was Richter mühelos mißlingt, scheint ihm mühelos zu gelingen: die Dokumentation des ‚eigenen Lebens'. Im Fall Richter ausgezeichnet durch Prominentenbekanntschaften, im Fall Böll durch das Ende des zweiten Weltkriegs. –

‚Vor Dokumenten wird', so Walter Benjamins Einsicht,' ‚ein Publikum erzogen'. Dies ist der eine Pol, an dem sich die Beiträge kristallisieren: das Tagebuch als Dokument, als Pädagogicum, im Gegensatz zum Kunstwerk, wobei ‚erzogen' auch den Sinn von ‚erzeugt' erhält. So schreibt Wolfgang Koeppen: *‚Die Idee des großen Tagebuches, die mich beschäftigt hat, wäre nur mit einer Art Elektrozephalogramm zu verwirklichen, einem Gerät, das nicht Wörter, nicht einmal das in Wörter übersetzte Denken, sondern das Denken selbst aufzeichnete. Ein ganzes Leben lang und mit allen Empfindungen und Sensibilitäten. Ein solches Dokument auch nur einer einzigen Autoren-Existenz würde, transskribiert, gedruckt, gebunden, wahrscheinlich schon räumlich (!) das Fassungsvermögen der größten öffentlichen Bibliothek überschreiten. Der Dichter ist ein unausgeschöpftes Wesen. Er hat sein Pfund nicht ausgepackt. Gemessen an diesem Gut der ganzen, der ausführlichen Wahrheit ist jedes Tagebuch eine Fälschung, ein unlauterer Geschäftsbericht, oder anders ausgedrückt, ein Ausschnitt, eine Wahl, ein frisierter Gedanke, Kunst.'* Hier wird die Anhäufung von Aktenmaterial mit der Akkumulation von Erfahrung verwechselt; diese Verwechslung tritt bei Günther Anders in anderer Gestalt auf. Ihm mißbehagt das Tote, Abgelegte an der Tagebuchform, die im Kalendarium stabilisierte Erinnerung blind gegenüber einer gefährdeten Zukunft. Sein ‚negatives Tagebuch' will Dokumente der Gefahr, des Mißlingens, der Beschädigung vorlegen: damit sie erkannt, ihre Ursachen beseitigt werden. In welcher Weise seine ‚Warnbilder' so direkt in politische Wirkung übergehen könnten, wie er es bei ihrer Aufzeichnung beabsichtigt, bleibt freilich dunkel. Koeppens ‚Großes Tagebuch' setzt beim Publikum ein unbegrenztes antiquarisches Interesse voraus, Anders' ‚negatives Tagebuch' ein spontanes moralisches Bewußtsein. In beiden Fällen springen die ‚modernen Autoren' nicht über den Schatten der Form.

Marie Luise Kaschnitz und Elias Canetti sind bescheidener. Bei ihnen soll das Tagebuch als Mittel der Selbsterziehung funktionieren; bei jener als Arsenal literarischer Einfälle, als Übung der Erinnerung an einer flüchtigen Gegenwart, Jakobs Kampf mit dem Engel vergleichbar: ‚Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn'. Bei Canetti vor allem als Medium des Gewissens, das Ereignisse aufbewahrt, die sonst verdrängt würden. Mit diesem Gewissen will Canetti aber allein bleiben: er faßt sein Tagebuch in einer Geheimschrift ab und spielt mit dem Gedanken, es vor seinem Tod zu verbrennen; ‚Warnbilder' sollen seine Aufzeichnungen nur für ihn sein.

Sowohl Frau Kaschnitz, als auch Canetti möchten das Tagebuch außerhalb des Rahmens der ‚Autoren-Existenz' als Medium der Erinnerung und des Gewissens für jedermann rekonstruiert sehen: erst dadurch würde die Form lebendig. –

Der andere Pol, an dem sich die Beiträger versammeln: das Tagebuch als Kunstform; bei Koeppen schließlich die einzige für den ‚modernen Autor': er zieht zum Beweis hurtig Kierkegaard wie Hiob heran; wird prononciert von Arno Schmidt dargestellt: *„. . . ein TB muß zwangsläufig ungeordnet ausfallen: dem Kismet ist es ziemlich wurscht, ob Einer seine Freundin vor oder nach dem Examen, am 1. 8. oder am 17. 2. „zu sich nimmt": der Verfasser, der sich als mögliches Fachwerk für sein Buch das TB wählte, kapitulierte damit vor dem Form-Problem. Das TB ist das Alibi der Wirrköpfe; ist einer der Aböter der Literatur.'* So ist es in Wahrheit kein Pädagogicum, weder öffentlicher noch privater Erziehung; ein Dokument, das als Material kaum ästhetisches Interesse verdient; es dient ihm lediglich als Beleg fürs Finanzamt.

Ulrich Sonnemann schließlich mißtraut dem Tagebuch als dem ‚Alibi der Wirrköpfe', aus politischen Gründen: die Form korrespondiert der zwanghaften Innerlichkeit, dem bornierten Ethos des ‚eigenen Wegs', in dem Jugendstil und Jugendbewegung die Enttäuschungen der ‚entzauberten Welt' verdrängten; die in Deutschland schließlich zum Nationalzosialismus führte. *‚Selbst wo es explizit als eines geführt wurde, ist das Tagebuch, soweit es die Mit- und Nachwelt überhaupt etwas anzugehen vermochte, nie, wie mir scheint, der Schatten des Ich, sondern gerade der Schattensprung über dieses gewesen.'*

Michael Rutschky

Selbstleid

Dietrich Werner: Bemühungen in der Luft und andere Ungelegenheiten. Rowohlt Verlag, Reinbek 1966; 130 Seiten, DM 12,80.

Dieses Erstlingswerk ist ein Katalog. Der Leser findet sich in eine Ausstellung versetzt, geht beim Lesen durch eine bunte, schmalfedrige Galerie, einen Kreuzgang, wo in jedem Bogen ein Bild hängt, ein Gebet, eine himmelschreiende Pantomime in zaghaft kurzen Schritten. Zierliche Bemühungen in einer dünnen Luft, so sieht es von weitem aus, Vorbereitungen auf den eigenen Tod von nahem.

Der Eindruck einer Ausstellung findet seine Bestätigung darin, daß einerseits die einzelnen Geschichten in ihrer Gesamtkonzeption den Charakter einer Bilderfolge mit Begleittext haben – man könnte sie „Moritaten" ohne Exposition, Anrufen der Musen, Bürger etc. und ohne Epilog, „Moral von der Geschichte", Pointe nennen – wobei diese Bilder dem „cartoon", dem „comic - strip" vergleichbar sind. Es sind geschriebene Beckett-Illustrationen, wiedererzählte Passagen aus Bergmann-Filmen, weitergeführte Kafka-Szenerien. Von Baum zu Baum schwingende Tarzan-Figuren tauchen auf und unter. Fellinis *Julia und ihre Geister, ein gewisser Kniff* könnten als weitere Anleihen genannt werden, E. Gorey, Schnecks *Night Clerk, Das Schloß, Harras, Godot, Texte um Nichts*, Eichs Hörspiele und Enzensbergers Bürger-Beschreibungen. Zwischendurch und über Allem: Radfahrer in der Luft, Chagall-Figuren schräg im Wind. Der Zöllner Rousseau. Eine Welt des Traumes, des Irrealen, eine Welt in einer tödlichen Schwebe tut sich vor dem Leser unvermittelt auf.

Andererseits – und das verstärkt ebenfalls den Eindruck des Bildhaften – ist die Hauptperson, – die handelnde „Ich"-Figur vorbestimmt und fixiert, von einer zweifelhaften Umwelt in ihrem Handlungsradius eingeschränkt. Das Leiden an sich selbst, der Monolog, regiert und versperrt jeden möglichen Zugang, was für die Figur ein weiterer Grund zum Leiden ist. Dieses potentiell gesteigerte Leiden ist quasi die Vorstufe zu einer statisch-absurden Welt. Das „Ich" wird immer Leierkastenmann, Heiliger, Großer Zauberer, Vereinsmitglied bleiben.

Doch vermitteln diese Maskeraden nicht den Eindruck des „Normal-Verbrauchers", sondern den des Gequälten, des Ausgelachten. Der denkende Clown ist der out-law einer lächerlich-bedrohlichen Gesellschaft. Ein aus den Mülltonnen der Zeit Sprechender klagt und klagt an.

Im Verlauf der Geschichten werden die deformierten Körper zu „Symbolen" für Seelenzustände, „deformierte Symbole" werden zu „Chiffren" für subjektiv erlebte Inner-Weltkatastrophen. Aber immer ist es das an sich und der zum Teil selbstverschuldeten Umwelt leidende „Ich", das durch sein eigenes Denken einerseits und durch johlende Menschenmengen andererseits Spießruten läuft und die Gasse taumelnd verläßt. Ein neues Bild bietet sich an: Enzors *Einzug Jesu in Brüssel* oder M. Hausers *Odysseus* (Darmstädter Angst-Ausstellung).

Dietrich Werners Figuren werden ihr „Ithaka" nie erreichen, ihren geistigen Siedelplatz. Für sie gibt es keinen Angelpunkt der Einsicht, selbst, wenn es eine Einsicht in die Unmöglichkeit von Verständnis und Verständigung wäre.

Das Lied des Leierkastenmanns tönt durch leere Straßen einer toten Stadt, des Clowns Bemühungen in der Luft sind umsonst und für niemanden wahrnehmbar, es ist gleich, out-law oder in-law zu sein. In den Fenstern nistet nicht einmal das Grauen, was einem die Möglichkeit des Widerstands gäbe. Es ist also an der Zeit, sich in den steinernen und endgültigen Sarkophag des Schweigens einweisen zu lassen.

Wulf Goebel

„Unternehmer... Stoßtrupp der Freiheit"

F. C. Delius: Wir Unternehmer. Über Arbeitgeber, Pinscher und das Volksganze. Eine Dokumentarpolemik. Quarthefte. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1966; 96 Seiten, DM 5,80.

Abgesehen von der Einleitung handelt es sich bei dem vorliegenden Quartheft um ein Readymade. Aus einem Abfallprodukt, wie es von jeder Tagung übrigbleibt, dem Protokoll, haben F. C. Delius und Karl-Heinz Stanzick ein wirksames Buch gemacht.

Es sollten sich mehr Verleger finden, die es wagen, praktischen und spröden(?) Texten einen Markt zu schaffen, die in dem Sinne ein wesentlicher Bestandteil unserer sprachlichen Welt sind, als sich in ihnen die wirtschaftlich und politisch Einflußreichen ausdrücken.

Delius löst Teile des Protokolls vom Deutschen Wirtschaftstag der CDU/CSU 1965 in Zeilen auf und gibt damit den Äußerungen das sprachliche Gewicht das ihrem gesellschaftspolitischen entspricht. K.-H. Stanzick kontrastiert den Text dann mit aufklärenden Zitaten.

Da liest man denn von einem der Autoren der Sozialenquete, dem Professor Schreiber aus Köln, folgende geflügelte Worte:

Der ökonomische Fortbestand der Gesellschaft macht es wünschenswert, daß aus jeder Ehe im Durchschnitt mindestens 2,4 Kinder hervorgehen. Natürlich kann niemand 2,4 Kinder haben. Ein Kind ist eine Einheit, die Einheit der Gesellschaft. Gemeint ist die Durchschnittszahl. Für jeden gesund empfindenden Menschen ist das eigene Kind eine Glücksquelle ersten Ranges, ein nutzenreiches Gut, eine Ursache gesteigerten Lebensgefühls . . .

Es ist gut, daß im Anhang die Titel der Herren, alle angeführt werden; man weiß dann wenigstens, wie ernst man ihre Worte nehmen muß, wieviel Kapital den Wünschen und Zielvorstellungen praktisches Gewicht verleiht.

Vielleicht war außer einigen Ministern in dem Arbeitskreis „Die freiheitliche Ordnung der Gesellschaft – Aufgabe der Sozialpolitik" auch der Bischof Lilje anwesend – von dem übrigens die oben zitierte schöne Metapher stammt (S. 23) –, als ein Herr Klingspor (Kristallverarbeitung Neckarsulm) unwidersprochen behaupten und fordern durfte:

Heute ist Gott sei dank von Herrn Bischof Lilje sehr deutlich der Weg dorthin gezeigt worden. Wir wissen sehr genau, daß der Arbeiter für echte Lebensfragen ansprechbar ist. Wir müssen bloß den Mut dazu haben, wir müssen ihm nur sagen: Nur der Mensch, der aus der christlichen Lebenshaltung heraus ein eigenes Lebensfundament hat, ist in der Lage, das zu tun, was er möchte. Die echte Freiheit ist, das tun zu dürfen, was man soll. Das muß der Arbeiter wieder begreifen . . .

Es ist gut, daß K.-H. Stanzick der Versuchung widerstanden hat, ideologie-kritisch an solche Texte heranzugehen. Man kann hier nicht von der Idee her argumentieren oder wenn, nur so wie S. 43/44. Hier gehören erst einmal Fakten her. Vorsichtig aber prägnant setzt er Tabellen, Statistiken, Zeitungsberichte, manchmal mitten im Satz – pfeifend entweicht ihm die schlechte Luft.

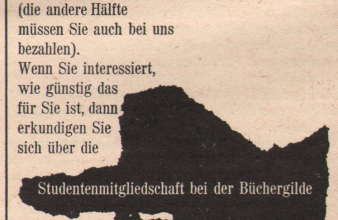
Solche politischen Übungsbücher müßten als Groschenhefte gedruckt werden – nur: wer sie liest, hat die kalte Wut meist schon vorher.

Helmut Hartwig

DISKUS-Feuilleton Bibliographie 1966

Artmann, H. C.: Der handkolorierte Menschenfresser 4 / S. 17
Aue, Walter: Über Ed Kiénder 8 / S. 17
Artus: Sehsam-Kriwet 1 / S. 9
Bayrle, Thomas: Suppenkatapulte (Graphik) 1 / S. 1; 18
Behrens, H.: Exklusive Graumsamkeit; Rez. D. Hülsmanns: Vakher 7 / S. 14
Bisinger, Gerald: Das Jahr 66 oder 11 mal 11 Zeilen ad. maj. gloriam austriae (Gedicht) 6 / S. 15
–: Demonstration von Poesie (über F. Mayröcker: Tod durch Musen) 7 / S. 14
Brock, Bazon: dieses dein ewiges fundevögeln im anhang (Gedicht) 1 / S. 15
Bulatovic, M.: Interview mit – 3 / S. 15
Buch, Hans Christoph: Telegramm für Betty Anderson 8 / S. 17
Delius, F. C.: imperative; warnung; korbach, stadt in deutschland; gedicht nach einer panzerfahrt (Gedichte) 1 / S. 15
DISKUS: Feuilletonbibliographie 1950–65 1 / S. 12 f
–: 2. Literatur-Umfrage 3 / S. 16 f
Frischmuth, Barbara: Das bessere Leben 7 / S. 16 f
Grimm, Reinhold: Geschichten mit Doppelpunkt. Zur Prosa B. Brechts 2 / S. 15
Handke, Peter: Der Vorfilm des Films: Die Reden und Handlungen des Vaters im Maisfeld 4 / S. 16
–: Augenzeugenbericht 1 / S. 15
Hartwig, Helmut: In gewisser Weise, ein anderer Lesevorschlag (Zur Rez. von P. Weibel. s. a. dort) 1 / S. 14
–: 1965 (Graphik) 2 / S. 18
Hopster, Norbert: Lied beim Regenbogen zu singen (Gedicht) 5 / S. 17
Jandl, Ernst: bestarium (Gedicht) 1 / S. 15
Kunkel, Roland: Brautpop 4 / S. 16
–: Porträt: Stanley Brouwn 2 / S. 16
Luetjohann, Ulrich: Konkrete Poesie und Werbung 6 / S. 13
Maier, Wolfgang: Sonntag. Ein erster Mai (Gedicht) 5 / S. 17
Malin, Werner: Gedicht 5 / S. 17
Müller, M.: Ein Beitrag zur Kraus-Renaissance. Rez. C. Kohn: K. Kraus 7 / S. 15
Ploog, Jürgen: Princeton am Rande bemerkt 5 / S. 15
Pohl, Helmut: Kein Schrank in Lappland. Tagebuchaufzeichnung 4 / S. 16
Reinert, Werner: Ballast abwerfen. Der Blutrichter (Gedichte) 5 / S. 17
Reus, Peter: 8 Räume 5 / S. 15
Richter, Gerhard: Atelier; Liebespaar im Walde (1966) (Graphik) 7 / S. 18
–: Mord an acht Lernschwestern 7 / S. 17
Riha, Karl: Momente 4 / S. 16
–: tagebuchnotiz; karriere 1 / S. 15
–: Die Lyrik Wolf Biermanns 3 / S. 15
–: Schmäh von rechts 8 / S. 15
–: Wieviel Füße hat der große Bär? Notizen zu I. Bachmann 7 / S. 15
–: Revolution als Gesellschaftsspiel. Happenings: Eine Dokumentation. 5 / S. 16
Roehr, Peter: (phot. Collagen) 1 / S. 16
–: Text 4 / S. 16
Rohde, Detlef: 5 Gedichte 6 / S. 15
Rühm, Gerhard: anna (Gedicht) 2 / S. 17
Sauerbier, S. D.: Havarie oder Wie schön daß morgen Sonntag ist 3 / S. 17
Schäufelen, K. B.: small talk; – puppe, polizei und publikum 2 / S. 17
Schivelbusch, W.: Ein Heinrich Lübke der Rezensenten (über Reich-Ranicki) 8 / S. 16
Schmidt, Uve: buchmessenverse oder fünf stanzen zum literaturbetrieb (Gedichte) 6 / S. 15
Spengler, Ingeborg: Collage 8 / S. 18
Tiel, Katja: Prosastücke 2 / S. 17
Weibel, Peter: Eine Kette schweigsamer Abschwörungen. Zur Lyrik F. Mayröckers 1 / S. 14
–: 7 Sektionen zu Otto Mühls Materialaktionen 4 / S. 15
Wölbing, Jürgen: Mike Atlas (Graphik) 6 / S. 16
Wolf, Ror: Neue Collage 4 / S. 18
Zimbrich, Werner: (Graphik) 3 / S. 18

Wir verschenken
unsere Bücher
nur halb
(die andere Hälfte
müssen Sie auch bei uns
bezahlen).
Wenn Sie interessiert,
wie günstig das
für Sie ist, dann
erkundigen Sie
sich über die



persönlich in
einem unserer
Läden
oder schriftlich
bei der

Büchergilde Gutenberg
6 Frankfurt/Main 16
Postfach 16 220
Untermainkai 66

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen - Reparaturen
Füllhalter - Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-,
Zeichen-,
Schulartikel

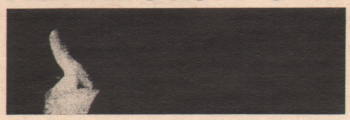
Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Peter Naacher
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Konrad Boehmer

REIHE oder POP?



Vortrag, gehalten am 1. Okt. 1966 in Utrecht, als Auftakt zu einem Happening-Konzert mit niederländischen Werken (leicht gekürzt).

„Panem et circenses: Das Brot wird immer knapper und der Zirkus wird immer größer." J. P. Wilhelm

Meine Damen und Herren,
wer von Ihnen meine theoretischen Anschauungen kennt, wird wissen, wie empfindlich ich gegen die leichtsinnige Identifizierung musikalischen Denkens mit Anweisungen für Gebrauchsrezepte und Muster reagiere. Vorab möchte ich daher bemerken, daß ich keineswegs beabsichtige, zwischen den im Titel meines Vortrags genannten Alternativen bloß eine einfache Wahl zu treffen, um jene Borniertheit dann auch noch zu verteidigen.
Wie immer auch die Beziehungen zwischen einer authentischen seriellen Musik und den Kategorien, die aus ihr und gegen sie sich entwickelt haben, sich darstellen mögen, – sie sind zutiefst dialektisch und keine von ihnen wäre isoliert darzustellen, ohne gleichzeitig falsch zu sein.

●

Was in den letzten 10 Jahren als Ausbruch aus dem musikalischen Prinzip des Seriellen sich präsentiert hat, besitzt seinen Grund in eben jener umfassenden Kompositionstechnik. Doppelt ließe sich fragen, ob an der Flucht in neue Genres etwa die Unzulänglichkeit seriellen Komponierens Schuld trage, oder ob umgekehrt die Entwicklung serieller Kompositionsmethoden durch die leichtfertige Proklamation neuer – partikularer – Stile sabotiert und unterdrückt worden sei. Bekannt sind die kompositionstechnischen Schwierigkeiten und Probleme, die das serielle System stellt. Es sei darum nicht weiter die Rede von den Komponisten, die äußerlich ans serielle Arbeiten sich einmal herangewagt haben, um dann schnell ihre verbrannten Finger daraus zurückzuziehen und im gemächlichen Mischmasch von Atonalität und Klangfarbenkomposition Zuflucht zu suchen. Denn problematischer scheinen mir die Aspekte der seriellen Komposition, die selber zu jenen neuen Entwicklungen beigetragen haben. Diese Entwicklungen lassen sich, wie mir scheint, als Konsequenzen der Tatsache beschreiben, daß man, dem monströsen Ideal absoluter technischer Reinheit folgend, das Serielle in einem falschen Sinne als Formalsystem konzipiert hat. Jedoch fehlte diesem System, was Formalsysteme gemeinhin besitzen, nämlich die logische Konvention. Früh schon ist kritischen Geistern die krasse Diskrepanz zwischen den oft vertrackten seriellen Ableitungen und dem zufällig anmutenden Charakter aufgefallen, den diese dann innerhalb des klingenden Werkes annahmen. Dem Seriellen fehle die Natürlichkeit der Tonalität raunzte die eine Gruppe von Reaktionären, – es besitze keine „Sprachlichkeit", raunzte die andere. Blödsinnig, wie beide Argumente sind, haben die Komponisten dennoch zuviel darauf gehört. So trat ihnen die Frage ins Bewußtsein, ob nicht die Dürre der ersten seriellen Kompositionen darauf zurückzuführen sei, daß man zu intensiv und zu einseitig sich nur um Fragen der Organisation bemüht habe, ohne genauer zu bedenken, was denn nun eigentlich organisiert werden solle. So oberflächlich diese Frage ist, so enthält sie doch ein Körnchen Wahrheit, welches aber von allen falschen Konsequenzen zuerst einmal gründlich erstickt wurde.

In ihrer einfachen Form ist die musikalische Antwort auf jene Frage geschmacklosestes Kunstgewerbe. Denn leicht läßt sich schließen, daß man, will man nur ein umfassender Geist sein, schlechthin alles – auch alles Außermusikalische – seriell organisieren kann: nicht nur die Parameter einer Komposition lassen sich durch Reihenformen determinieren, sondern auch Gardinen, Tapetenmuster, Blumenbeete, Volksversammlungen, – die Spontaneität oder Freiheit musikalischer Interpreten wie die Aufstellung von Plastikzwergen in bürgerlichen Vorgärten. Am Übermaß dessen, wozu das Serielle in Verhältnisse treten kann, läßt sich absehen, wie äußerlich, wie beziehungslos diese Verhältnisse beschaffen sind, wie mechanistisch die Übertragung serieller Kriterien sich vollziehen kann. Mondrian hätte gerne die ganze Welt in rechte Winkel aufgeteilt, Mallarmé meinte, die gesamte Welt müsse in ein Buch münden. Da sie sich mit gleichem Anspruch seriell regeln läßt, muß sie, vor solcher Totalität, wieder in Einzelheiten zerfallen. Dies ist der tautologische Aspekt des Seriellen. Ich sprach vorhin vom seriellen Formalcharakter. Ihm wohnen die gleichen Unstimmigkeiten inne wie den Prinzipien der formalen Logik, die ja auch, als Wittgenstein sie zur Philosophie aufblähte, dem süßen Aberglauben sich hingab, ihre logischen Schlüsse seien Wahrheitssätze.

●

Um dem Dilemma einer inhaltsleeren Totalität und somit einer seriell determinierten totalen Beliebigkeit zu entkommen, haben sich bisher zwei mögliche Wege gezeigt, auf die der Fuß gleich kritisch zu setzen ist.

Der erste Weg führt zu der These, das Serielle Prinzip müsse in einer eigenständigen Musik gewissermaßen sein eigener Inhalt werden. Die Ursachen für die theoretische Begründung einer so strikt puristisch in sich verschließenden Musik mögen wohl in dem tiefen Choc gelegen haben, den die während des Krieges aufgewachsenen Intellektuellen angesichts der Barbarei empfanden, in welche während des Hitlerregims die Musik im Lande Brahms' gefallen war. Auch mochte ihnen die Erfahrung mit der faschistisch-demagogischen Musik von Goebbels' Orff und Egk bedeutet haben, daß Musik prinzipiell aus dem Bereich zu lösen sei, den man den gesellschaftlichen nennt. Dem totalitären politischen Anspruch, der sich auch jede künstlerische Regung zu unterwerfen gedachte, antwortete die schließlich befreite Musik mit einer totalen Zurücknahme jeglicher verbindlicher Artikulationen in ihr Gerüst. So etwa ließe sich das oft fanatische Züge annehmende Reinheitsideal der frühen seriellen Musik deuten, die nichts ihr Äußerliches mehr an sich dulden wollte. Doch hat diese Unduldsamkeit den Charakter des Ausmerzens. Und andererseits ist das Ideal von Reinheit in den Konzentrationslagern umfassend mitsamt dem vernichtet worden, was seinem Namen der Vernichtung hilflos preisgegeben war. Weder als politisches, noch als ästhetisches Ideal ist es seitdem in irgend zu gebrauchen. Demjenigen, der gewohnt ist, in gesellschaftlichen statt in ästhetischen Kategorien zu denken, wird deutlich, wie sehr die neurotische Seite des frühen seriellen Komponierens, – das paraniode Ideal einer totalen Prädetermination – antithetisch zu jener gesellschaftlichen Neurose sich verhält, welche Europa an den Rand des Untergangs geführt hat. Vom Wahnsystem des Spätkapitalismus hat das Serielle in seiner frühen Phase den Perfektionismus übernommen. In den total prädeterminierten Kompositionen wurde gleichermaßen der serielle Trust konstruiert. Und wehe, wenn in der Maschine ein Schräubchen nicht gestimmt hätte. Der Idee einer seriellen Musik nur durch sich selber, wie sie sich an der Wiege des Seriellen entwickelt hatte, ist notwendigerweise die enzyklopädische beigesellt. Wenn alles in einem Werk nur seriell begründet sein sollte, so hatte auf der anderen Seite all das, was seriell aus den Grundreihen sich ableiten ließ, seine Gleichwertigkeit. Koenig hat angesichts des Mißverständnisses zwischen Struktur und Fülle möglicher Reihenformen von einem „Vorbeimarsch der Permutationen" gesprochen, anders läßt sich dies als Vollständigkeitsfimmel des Seriellen bezeichnen. Eng mit der Idee einer totalen seriellen Anatonomie hängt das Bedürfnis zusammen, aus dieser Art zu komponieren das menschliche Subjekt auszuschalten. Ich bin weit davon entfernt, dies zu kritisieren, da es mir als notwendige Konsequenz einer bestimmten geschichtlichen Situation des musikalischen Materials erscheint. Authentizität wurde also als Perfektion des Gefüges betrachtet, so als ob dieses etwa zu funktionieren hätte. Hinzuzufügen bleibt, daß all die neuen Formen, die im Lauf des letzten Jahrzehnts proklamiert wurden, ihrer Struktur nach nichts anderes darstellten, als eine Art von Garantie für ein widerspruchsfreies Funktionieren der seriellen Methoden. Doch hat sich längst herausgestellt, daß was zum Beispiel Stockhausen emphatisch als neue Form proklamiert hat, allenfalls als Begriff für Materialcharakteristika tauglich ist und als Formbegriff inhaltsleer bleibt. Begriffe wie etwa der der punktuellen Form oder der der Gruppenform weisen gerade von der Frage nach der Form weg, und der Begriff der variablen Form ist eine contradiktio in adjekto, sofern er nur meint, irgendwie Form benennen zu wollen.
Die erste Gestalt, die das serielle Komponieren angenommen hat, stellt sich als das reine, inhaltslose System dar. Dieses, so haben die Komponisten dann bald bemerkt, vermag trotz all seiner taktischen Schlüssigkeit nicht musikalische Sprache zu werden. Stockhausen hat es bis zum Gruppenbegriff hin erweitert, um dann, anstatt weiterzugehen, auf jenen zweiten Weg abzuweichen, auf welchem die meisten Komponisten sich begeben hatten, um den Inhalt zu suchen.

●

Dieser Weg mündet in die Negation des Seriellen.
Und dennoch hat es den Anschein, als ob auf ihm das Serielle zu seiner vollen Entfaltung gelange. Wie es vorhin in seine eigene Methodologie sich zusammenfaltete, im Glauben, deren Verknotung ergebe den Klumpen der Konkretion, so appliziert es nun diese Methodologie auf Phänomene, die ihm Inhalte an sich scheinen, und die, seriell verflochten, nun Inhalte des Seriellen werden sollen. Dies verurteilt sie von vornherein zur Partikularität. Denn der Anspruch des Seriellen besteht nicht einfach nur darin, beliebige Materialbrocken in Proportionen zu rücken. Geschichtlich ist die serielle Kompositionstechnik das Resultat eines Bedürfnisses musikalischer Differenzierung. Absurd, es nun als Mittel einfacher Katalogisierung verwenden zu wollen. Auch jener zweite Weg, ich deutete es schon an, hat seine enzyklopädische Seite. Bestand diese auf dem ersten Weg in der möglichst umfassenden Verwendung des seriellen Innenraums – der Permutationsresultate –, so besteht sie nun in einer Kraftprobe, die man dem neuen Kompositionsprinzip den Klängen und Ereignissen der Umwelt gegenüber zumutet.
Theorie und Praxis einer musikalischen Integration heterogener Elemente gehören, wenn's Cage, Paik und Stockhausen auch partout nicht glauben wollen, zum ältesten, was abendländische Musik kennt. Doch haben alle früheren Verfahren der musikalischen Parodie dem Seriellen gegenüber dies gemeinsam, daß sie idiomatisch heterogene Elemente verwendeten, die sich aber nichtsdestoweniger der Struktur des jeweiligen kompositorischen Systems integrieren ließen. Am Beispiel alter Cantus-Firmus-Motetten, am Beispiel von Parodiemessen, am Beispiel von Caccia, Frottola und schließlich Suite, wie auch an allen späteren Beispielen bis hin zu Mahlers Liedern eines fahrenden Gesellen läßt sich präzise die Kohärenz zwischen System und Struktur des Integrierten nachweisen. Der formale Bruch – wenn man nicht dilettantischen Ekklektizismus früherer Epochen dahin einnehmen will – hat erst in einer Epoche stattgefunden, in welcher die idiomatische Struktur der Werke von derjenigen der Elemente, die sie sich aneignen wollten, grundverschieden war. Wenn anläßlich dieses Bruches von neueren Phänomenen noch ausführlicher die Rede sein soll, so kann vorweg schon konstatiert werden, daß sie ihn nicht erst heute geschaffen haben. Er hat zumindest schon in Kreneks „Jonny spielt auf" oder in Berg's Violinkonzert seine Vorbilder. Prinzipiell ist danach zu fragen, ob überhaupt die Möglichkeit einer Integration fremder musiksprachlicher Elemente oder anderer Ereignisse in das serielle System sinnvoll sei. Die Antwort darauf wird sich durch eine kritische Betrachtung der Resultate entwickeln lassen, die diese Integration in den letzten Jahren gezeitigt hat und mit unermüdlichem Eifer unablässig produziert.

●

Die Gründe für das heftige Ausscheren aus dem seriellen Joch mögen wohl zweierlei Art sein. Zum ersten mag es sich tatsächlich um eine Probe darauf gehandelt haben, was das Serielle außerseriellen, geschichtlich geschlossenen musikalischen Gestalten gegenüber wohl zu leisten vermöge. Doch ist deren vermeintliche Integration allerorten nur Zitat oder nur äußerliche Anlehnung an den fremden technischen Kanon. Denn der musikalische Materialbegriff, der diesem Verfahren zugrunde liegt, ist dem seriellen Prinzip zutiefst zuwider. Läßt schon an den Werken, in welchen konkrete musikalische Materialien seriell montiert werden, die Widersprüchlichkeit zwischen Struktur des Montierten und den Montageprinzipien deutlich sich nachweisen, so liegt der tiefere Grund des Widerspruchs in der Konzeption eines an und in sich schon bedeutsamen Materials. Die peinlichste Stelle in Bergs Violinkonzert dürfte wohl der Augenblick sein, in welchem der technische Beweis dafür erbracht wird, daß der Bachchoral den dordekaphonischen Schemata zu integrieren vermöge. Er, der bei seiner Exposition reinen Inhalt bedeutet, soll in seiner seriellen Vermittlung eine andere Seite vortäuschen: seine rein funktionelle. Als ob er dadurch tatsächlich zum integrierenden Bestandteil würde. Doch sind die Nebenstimmen, in welchen die fehlenden der 12 Töne untergebracht werden, die objektive Schwäche dieser Vortäuschung. Sie klingen harmonisch so falsch und zufällig, wie sonst nur Werke Hindemiths. Die Sehnsucht nach dem objektiven Inhalt, wie sie im Bachchoral zur Sprache kommt, bricht um so härter entzwei in dem Augenblick, in welchem es darum sich handeln müßte, sie zur treibenden Kraft der aktuellen Form zu machen.
Es war schon die Rede von einer Tendenz des Seriellen zur reinen Inhaltlichkeit. Doch schafft es diese nicht vermöge seiner eigenen Struktur; es entfaltet den Inhalt – die Gestalten und ihr Verständnis zueinander – nicht kraft seiner eigenen Bestimmungen, sondern übernimmt ihn gewissermaßen in Form fertig gepackter Bedeutungspakete. Hierdurch veräußerlicht sich das serielle Prinzip, ohne daß ihm nun eine reine Innerlichkeit gegenüber stünde. Im Gegenteil wird die serielle Montage bloßer Inhalte zur Assemblée falscher Begriffe, zur Dekoration. Erschreckend deutlich wird das falsche Bewußtsein, welches dieser Technik zugrunde liegt in Stockhausens Komposition Plus-Minus. Technisch gerät das Werk an den Rand des Irrsinns, dessen äußeres Zeichen jenes schäbige Gemisch von Ontologie und Naturphilosophie ist, welches Stockhausen seit Jahren kritiklos drittrangigen Philosophen nachbetet. In jenem Werk ist alles nach seriellen Regeln streng determiniert. Es basiert auf der Idee einer Zu- oder Abnahme von Strukturen, die den Punkt 0, also das Verschwinden der Struktur, erreichen kann. Schon daß Stockhausen meint, diese Strukturen könnten sterben, bezeichnet die geistige Verwirrung. Haben sie einmal den Nullpunkt erreicht, so können sie durch beliebige andere musikalische Ereignisse ersetzt werden, die angeblich das Negativbild der exponierten Strukturen bedeuten sollen. Das schon ist absurd, wird aber durch die Art der Bestimmung des Unbestimmten noch überboten. Entschließen die Interpreten sich, als Minus-Strukturen einfach Radioapparate anzustellen, aus welchen dann Lehar oder der Filmbericht ertönt, so haben sie dies nach strengen seriellen Regeln zu tun. Doch wird dabei die serielle Organisation zur reinen Farce. Der Sinn des seriellen Komponierens, unter der Bedingung von Unregelmäßigkeit und Differenzierung komplexe musikalische Beziehungen zu artikulieren, wird zu einem bloßen – überdies banalen und technisch unzulänglichen – Rezept degradiert, mittels welchem beliebige Ingredienzien zum faden Brei sich mischen lassen. Eine Suche nach dem Inhalt des Seriellen, die von der Dialektik serieller Komposition absieht, fällt dieser Dialektik zum Opfer. Statt des erhofften, weil herbeigezwungenen Inhalts stellt ein bunt zusammengewürfelter Reigen von Inhalten sich ein, die nicht nur dem Seriellen äußerlich sind, sondern auch einander nicht tangieren. Der Rundtanz bloßer Negationen verweist die kompositorischen Kriterien in's Vorfeld des Arrangements. Denn was das Serielle seinem eigenen Anspruch nach bewirken sollte: Entfaltung musikalischer Strukturen zur Form, eben dies unterbindet es in den genannten Verfahren. Seriell werden Gestalten anderer Epochen oder Genres aneinandergestückt oder überlagert, ohne daß sie sich ihren eigenen Kriterien gemäß entwickeln, entfalten oder gar aufeinander beziehen könnten. Das schlichteste Haydnmenuett aber wird diesem Anspruch gerecht.

●

In jener Tendenz des Seriellen zur erzwungenen Inhaltlichkeit kehrt es eine reaktionäre, durchaus scholastische Seite hervor. Des Charakters reiner Formalität ledig, torkelt es auf die Seite bloßer Dinglichkeit. Indem es ehedem idiomatische oder formale Elemente als bloße Bausteine sich zu eigen zu machen versucht, die nur noch eines seriellen Schliffs bedürfen, suspendiert es zum zweiten Male seine eigene Grundlage, nämlich das Vermögen zu einer differenzierten Zeitartikulation.
Doch soll dieser Mangel nur ja geheim bleiben. Selten haben absurdere Theorien kompositorische Unzulänglichkeiten zu tarnen versucht wie in den letzten Jahren, wo die völlige Unempfindlichkeit gegen subtile musikalische Zeitartikulationen bei einigen Komponisten durch belanglose und philosophisch wie physikalisch absurde Zeittheorien zu kompensieren getrachtet wird. Pousseur etwa hat versucht, ausgehend von einer musikalisch schon unsinnigen Wellentheorie, den Nachweis zu erbringen, daß nicht nur sämtliche musikalischen Ereignisse, sondern das gesamte kosmische Geschehen sich auf eine Ur-Welle zurückführen lassen, etwa wie ein harmonisches Spektrum auf seinen Grundton. Stockhausen andererseits faselt von vertikalen Schnitten durch die Zeit und verbreitet theosophische Banalitäten, deren Resultat die sogenannten Momentformen sind. Cages Zeittheorien schließlich haben sich in das Gewand eines philosophischen Kunstgewerbes ohnegleichen gehüllt, dessen gefährlich reaktionäre, Konsequenzen von Cages Jüngern in all ihrer Oberflächlichkeit bislang nicht bedacht worden sind. Doch hat die Flucht in philosophischen Mystizismus ihren Grund in der Materialgestalt selber. Die Technik des permanenten Zitats oder der seriellen Collage impliziert, daß zeitlich und geschichtlich voneinander Getrenntes nun nebeneinander gepackt werde. Die kompositorische oder ästhetische Unvereinbarkeit jener heterogenen Figurationen soll, darin erhält sich ein kümmerlicher Rest seriellen Denkens, auf einen zeitlichen Nenner gebracht werden. Organisierte man so früher die musikalischen Parameter, das heißt, die konkreten musikalischen Dimensionen eines in seiner eigenen Zeit sich entfaltenden Werkes, so sollen nun die Elemente, deren Zeit außerhalb der aktuellen kompositorischen Zusammenhänge längst sich schon zu einer Marke innerhalb des geschichtlichen Verlaufs kondensiert hat, in Verhältnisse zueinander treten, die durch die von ihnen repräsentierte Zeit definiert sind. Komposition, die Kunst zeitlicher Entfaltung, gerät dabei zur schlechten Geschichtsphilosophie. Doch tritt die Kehrseite unmittelbar hervor. Cage, der bemerkt hat, Kuhglocken und Beethoven seien bloße Klangkategorien, setzt das geistige Werk auf die Stufe des bloßen Kolorits, um dann freilich am Ende doch den Kuhglocken den ästhetischen Vorrang zu geben. Stockhausen andererseits glaubt, daß die musikalischen Muster geschichtlicher Vergangenheit, stopfe man sie nur in den seriellen Strumpf, integrierende musikalische Bestandteile zu werden vermöchten.
Die dialektische Folgerung, daß das serielle Prinzip, voll guten Willens, notwendig durch die Gestalten seiner Negation sich hindurchentwickeln müsse, vergißt, so wahr sie auch ist, eine pragmatische Seite, die mit den Eigenheiten serieller Musik nur wenig zu schaffen hat. All jenen plan- und ziellosen Versuchen nämlich, nach etablierten musikalischen Idiomen zu haschen, liegt nicht zuletzt die Sehnsucht zugrunde, im eigenen Werk doch die prägnante musikalische Artikulation möglich zu machen, wie sie durch die herbeizitierten musikalischen Gestalter anderer Epochen repräsentiert wird.
Wie kompositionstheoretisch vergebens die Suche nach der verlorenen Zeit betrieben wird, so wird mit der gleichen Vergeblichkeit gesellschaftlich nach dem pop-sound gesucht, der ebenfalls verloren ging. Dem Anschein

nach stehen die Gestalten, in die das Serielle bei seinem Ausbruch sich verflüchtigte, den seriellen Prinzipien kraß gegenüber. Teils sind sie sogar außerhalb serieller Techniken oder Ideen geboren. Sie haben in den letzten Jahren von sich reden gemacht als die Phänomene der musikalischen Graphik, der sogenannten Zufallsmusik, des aus ihr geborenen musikalischen Psychologismus der selbst wiederum beteiligt ist am musikalischen Happening.

●

Die Happenings vor allem haben versucht, den Kontakt zum Publikum von Kunst wieder herzustellen. Den sollte, worüber ein Wort noch zu verlieren sein wird, die serielle Musik angeblich total verloren haben. Auf der anderen Seite meldeten die Happenings eine Form von Gesellschaftskritik an, deren Form und Wirksamkeit ebenfalls eines Wortes bedarf.
In sich beansprucht das Happening, eine kritische Montage zu sein. Darin ist es den Formen einer sieriellen composition concrète beiläufig verwandt. Hatte Dada einst seinen kritischen Stachel in den ästhetisch etablierten künstlerischen Formen, unter deren Obhut es erschien und aus deren Konflikt mit dem wirklich Gemeinten es seine Spannung bezog, so sind diese Formen im Happening ihres objektiven Charakters beraubt, dem der Angriff gelten könnte. Denn jene oft an serielle Vertracktheit gemahnende — und dennoch ästhetisch anspruchslose — Präzision, mit welcher Einzelakte des Happenings durchgeführt, tritt diesen Akten nicht als Objektivität gegenüber, deren Schein kraft des Aktes selber durchschaut würde. Die Präzision verbleibt in einer künstlerisch und philosophisch uneinsichtigen Neutralität und ist bloßes Ritual.
Doch meinten zumindest die musikalischen Happenings, ihr Teil sei es, eine Form von Kritik vorzutragen, die der seriellen Musik aufgrund ihrer hermetischen Sprache nicht gelungen sei. Kritik soll nun, so lautet das Programm, durch eine harte Konfrontation des Publikums mit Dingen seiner Umwelt vorgetragen werden. Doch fehlt dieser Konfrontation die Distanz, in welcher einzig Kritik an Raum gewinnen kann. Wie in mittelmäßigen seriellen Kompositionen das kompositorische Problem, so wird in den gängigen Happenings der kritische Anspruch meist in Programmtexten vorgetragen. Die Objekte und Phänomene, denen die Zuschauer im Laufe eines Happenings konfrontiert werden, ermangeln jedoch einer jeglichen Beziehung oder eines Hinweises auf den gesellschaftlichen Zustand, dessen kritischer Reflex zu sein sie vorgeben. Weder ihrem eigenen Charakter nach, noch durch die Prinzipien ihrer Collage zielen sie auf wirkliche Kritik. So gerät die Konfrontation alltäglicher oder monströser Dinge zu jenem banalen Beieinander, in welchem sie sich ohnehin befanden.
Der Mangel an Spannung und Reflexion kehrt sich um in die offensichtliche Vorliebe für Gewalt. Getarnt wird die violence immer noch unter dem Deckmantel von Kritik oder Protest. Indem zum Beispiel auf der Bühne Gebrauchsgegenstände der bürgerlichen Mentalität — wie etwa Fernsehapparate, Konzertflügel oder Schaufensterpuppen — zertrümmert, zersägt oder gefoltert werden, soll — vermeintlich — das falsche gesellschaftliche Bewußtsein angegriffen werden, als dessen Bestandteile dererlei Gegenstände fungieren. Doch werden bloße Dinge angegriffen, ohne daß ihre vielleicht unheilvolle gesellschaftliche Funktion auch nur bezeichnet würde. Politischer Dilettantismus ohnegleichen ist der Aberglaube, daß durch die Zerstörung des Gebrauchsobjektes der falsche Gebrauch sich korrigieren ließe. Der Kern solcher Happening-Manipulationen ist psychologischer Natur. Man kennt die Formen von Aggressivität, die bei bestimmten Eingeborenen-Stämmen gegen den Stammesfetisch sich richten, der nicht gehalten hat, was man von ihm verlangte. Wo dieser psychologische Mechanismus uns heute als Form von Protest vorgegaukelt wird, entledigt er sich selbst schon seines Anspruchs durch jenen unsäglichen Infantilismus, der seine Gestaltung beherrscht.
Gewitzt durch jene peinliche Erfahrung mit dem italienischen Futurismus, dessen unverhohlene Anbetung der Gewalt als oberster ästhetischer Norm so konsequent in den Faschismus, diese Ideologie der nackten Gewalt, mündete, geben die gegenwärtigen Happening-theoretiker vor, daß die Gewalt, die sie den Objekten ihrer Schaustellung antun, nichts anderes, denn Mittel zum guten Zweck sei, — daß nur der Schock dem abgestumpften Publikum die Augen für's Eigentliche wieder zu öffnen vermöge. Mir ist die These seit jeher nicht nur dilettantisch erschienen sondern auch zutiefst suspekt gewesen. Denn der Schock, der ja bekanntlich nur Schrecken ohne Konkretion, nur unvermittelte Erscheinung ist, hat kraft seiner eigenen Struktur keinerlei pädagogische oder auch nur didaktische Wirkung. Wenn ich Knallbomben in's Publikum werfe, so ist damit keine Silbe gegen die Barbarei des Vietnamkrieges, kein Laut gegen die umfassende humane Regression im Imperialismus gesagt. Der Akt wird zum Terror ohne Ziel. Das pädagogische Vorhaben kehrt sich in sich selbst, es bleibt die bloße Manifestation zielloser Gewalt, die sich an Blech, Plastik und Musikinstrumenten austobt. In einem deutschen Happening hatte das Publikum in einem Schwimmbassin sich zu einem Menschenklumpen zu schichten. Das sollte den Leuten Aufschlüsse über die Reduktion des Menschen auf bloßes Fleisch verschaffen, wie sie in den deutschen Konzentrationslagern sich vollzogen hat. Selten habe ich mich mehr geschämt und geärgert als bei dieser bis in die Knochen reaktionären, die Menschenwürde um ihrer vorgeblichen Wiederherstellung zutiefst verletzenden geschmacklosen Demonstration,von der ich in der Presse erfuhr. Selten ist mir die Dialektik des ungezügelten Fortschrittsglaubens, der in Barbarei ausartet, klarer in's Bewußtsein gedrungen. Wem Auschwitz und Hiroschima keine Lektion für's Leben und kein verbindlicher Kanon für ein reflektiertes Dasein sind, dem vermögen auch jene billigen Demonstrationen von Amateur-Pädagogen nicht mehr zu helfen. Angesichts der Gaskammern ist das Zerschneiden von Klavierseiten ein ekelerregender Akt bürgerlicher Bescheidenheit.

●

Eins der Mißverständnisse seriellen Komponierens — der kindische Begriff von Freiheit, den es sich bildete — hat in vielen Happenings bis zur Kenntlichkeit sich verzerrt. Das pädagogische Moment, mit welchem der Zerstörungsdrang sich zu legitimieren trachtet, möchte als Hinweis auf Freiheit dienen, die auf dem Terrain der plattgewalzten Objekte sich ausbreiten könne. Die Wut, die als Gewalt an Objekten sich austobt, soll für die revolutionäre Gewalt einstehen, mittels welcher unterdrückte Klassen und Völker ihre Freiheit sich erkämpfen. Doch wird gerade in solchen Kämpfen Gewalt als ästhetische Demonstration verachtet und in steter Funktion dessen gesehen, was sie bewirken soll, nämlich Abschaffung von Gewalt. Wirkliche revolutionäre Gewalt jedoch — und vielleicht darf das auch für Kunst so formuliert werden — bezieht sich nicht bloß auf das zum Untergang bestimmte Objekt. Umfassender steht sie vielmehr in Funktion ihres Zieles, der Verwirklichung menschlicher Freiheit. Dieses Ziel diktiert ihre Formen.
Demgegenüber vermittelt jener ästhetische Charakter der künstlerisch sich gebärdenden Zerstörungswut, wie er von Cages Theater piece bis zu Paiks Materialschlachten oder Stockhausens Originalen zutage tritt, statt Freiheitsbewußtsein etwas von jenem Rausch, in welchen Krieger zu geraten vermögen. Gewalt löst hier von ihrem demonstrativen Zwecke sich und wird zum Zentrum der ästhetischen Kontemplation. Sie bewerkstelligt dies künstlerisch, — die Mentalität jedoch wird politisch. Wenn Cage zum Beispiel zur Verbreitung seiner Freiheitsideen apodiktisch den Untergang Europas fordert, weil dort die Intellektuellen ihm Skepsis entgegenbringen — ich zitiere: „Für Europa wird es nicht leicht sein, aufzugeben, Europa zu sein. Nichtsdestoweniger wird und muß es dies tun, denn die Welt ist nur noch eine" — so haben in seinem Bewußtsein die Begriffe von Gewalt und Freiheit nicht minder unheilvoll zum reaktionären Knäuel sich verwirrt, wie etwa in jenem dreckigen Machwerk „Panzer zwischen Warschau und Atlantik" des Hitleroffiziers Graf Kielmansegg, dessen Argument und Sprache so verblüffend ähnlich klingt: „Wir können melden, daß wir bereit sind, genauso den Auftrag durchzuführen, der als einziger noch zwischen uns und der Freiheit steht, die Vernichtung Englands." Jenes so meisterlich inszenierte monströseste Happening, welches die Menschheit je sah, sollte uns warnen, den Zusammenhang zwischen Zerstörung und Freiheit unreflektiert als handliches Mittel künstlerisch verfehlter Pädagogik zu mißbrauchen.
In jenem Funktionszusammenhang von Leben und Kunst, die beide in ihren konkreten Gestalten Resultate von gesellschaftlicher Arbeit sind, stellt das Happening eine doppelte Form der Entfremdung dar. Wie es einerseits vor dem Anspruch kritischer Selbstreflexion total versagt, der in der Kunst zumindest noch eingehalten werden kann, so kapituliert es andererseits völlig vor der anderen Forderung: einer konkreten Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Niemandsland des Schocks und der popularisierten Absurdität, in welchem es seine fatalen Ideologien sich zusammenbastelt, verkümmert es zur Marotte. Es wird, obwohl es sich einbildet, kritischer Stachel im bürgerlichen Bewußtsein zu sein, zu eben einem Bestandteil der bürgerlichen Ideologie des Postfaschismus. Walter Benjamin hat — längst vor den Erfahrungen, die theoretisch mit Happenings sich machen lassen — bemerkt, daß der Selbstzerstörungswille der Menschheit jenen Grad erreicht habe, der sie ihren eigenen Untergang als ästhetisches Ereignis allerersten Ranges erleben lasse und daß daraus die Politisierung der Kunst hervorgehe, welche der Kommunismus betreibt und welcher der Faschismus mit der Ästhetisierung der Politik antwortet. Konziser wird man wohl kaum das Zentrum der Neurose beschreiben können, als deren Abwehrreaktion die Happenings fungieren.

●

Mir scheint, daß der massive Versuch, dem Volke wieder nahezukommen und der Kunst durch eine Pop-Injektion aus ihrem Elfenbeinturm zu helfen, an seiner Basis unreflektiert und falsch ist. Zumindest sehe ich in ihm keinerlei Alternative zu Bemühungen um eine authentische neue Musik.
Voraussetzung des Versuches ist die unbewiesene und unhaltbare These, daß durch die dodekaphonischen und seriellen Verfahren Musik sich in einem Elfenbeinturm abgekapselt habe, aus welchem sie kraft ihres eigenen Vermögens nicht mehr ausbrechen könne. Zugegebenermaßen bin ich auch der Meinung, daß neue Musik vom Publikum in einer falschen Weise gehört und verstanden werde. Doch läßt sich der Behauptung, dies sei ein geschichtlich einmaliger Fall, die Frage entgegenhalten, ob denn die mittelalterliche Feudalgesellschaft den Josquin, die protestantischen Ratsherrn ihren Bach oder das aufkommende Großbürgertum seinen Beethoven richtig gehört habe.
Ohnehin hat es nie eine ungeteilte Rezeption ernster Musik durch alle Klassen hindurch gegeben. Das klingt verteufelt reaktionär, doch bin ich der Meinung, daß man die Vorbedingungen für eine allgemeine, das heißt nicht anbestimmte gesellschaftliche Gruppen oder Schichten gebundene — Aufnahme seriöser und avancierter Musik nicht dadurch schaffen kann, daß man dieser Musik — als Signale des Gemeinverständnisses gewissermaßen — Klischees und Elemente der Gebrauchsmusik einverleibt, die ja schließlich auch nur als partikulares Phänomen an einzelne Klassen, vor allem die der Angestellten, gebunden ist. Wenn jenem Unverständnis abgeholfen werden soll, dem neue Musik allenthalben begegnet, so scheint es mir doch vordringlicher, zuerst einmal zur Analyse des falschen gesellschaftlichen Bewußtseins zu schreiten, bevor man leichtfertig die Authentizität von Kunst angreift, die dann in ihrer ekletizistischen Formen so falsch wird, daß sie eh nur dazu beiträgt, das bestehende Bewußtsein der bornierten Zuhörerschaft zu verfestigen.
Wie Kunst allgemein, so verdanken sich auch ihre avancierten musikalischen Formen einer äußerst differenzierten Arbeitsteilung und ihre Spezialisierung ist die Konsequenz innerkompositorischer Logik, in welcher Arbeitsteilung wiederum sich reflektiert. Wer irgend einmal in seiner eigenen kompositorischen Arbeit gegenwärtigen musikalischen Problemen bis auf ihren Grund nachgegangen ist, wird gespürt haben, wie sehr die Logik kompositorischer Entscheidungen und die Frage, wie wahr oder falsch diese sind, von der geschichtlich geformten Struktur des musikalischen Materials bestimmt wird und wie wenig sie von jenen zufälligen Überlegungen abhängt, obwohl das Werk opportun sein werde.
Gravierend und ernsthaften Komponisten stets gegenwärtig ist das Problem, ob denn ihre Musik eine unmittelbare Reflexion auf gesellschaftliche Zustände sich versagen müsse und ob die reine kompositorische Logik, auf der sie bestehen, nicht etwa doch nur eine Barrikade sei, hinter der sie sich verschanzen um gewichtigeren Entscheidungen zu entgehen. Denn was das Happening, obwohl es dies gerne möchte, nicht vermag: konkret sich auf Gesellschaft zu beziehen, das vermag die authentische Musik noch weniger. Wenn schon das Happening, wie sehr es als Protest sich gibt, keine Bombe über vietnamesischen Dörfern verhindern kann, so kann dies der Gesang der Jünglinge oder der Marteau sans Maitre noch viel weniger. Und wenn im elften Heft von „Provo" Ducco van Werlee zu Recht fragt „waarom stellen jullie door de week jullie kerken niet open voor happenings", so scheint mir, daß wenn diese Forderung einmal durchgesetzt ist, der gesellschaftliche Zustand, der solcherlei ermöglicht, ohnehin die Happenings und ihren hohlen Protest überflüssig macht.
Wenn auch, und dies gestehe ich freimütig, die serielle Musik an den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen nichts zu ändern vermag, die wir für falsch und in ihrem Kern zutiefst inhuman sind, so soll ihr das noch längst kein Grund sein, sich den musikalischen Gebrauchsformen anzubiedern, deren gemeinverständliche Sprache ja nur eine Gestalt der menschlichen Entfremdung ist, unter der neue Musik zumindest leidet. —

●

Weltweit jedoch haben im Idiom der Gebrauchsmusik Sänger sich und ihren Protestliedern Gehör verschafft, vor denen ich großen Respekt habe. Ich denke an Bob Dylan, Ferré, oder manche der Beatgruppen — wie etwa die Lords oder die Rolling Stones — die durch die Art ihrer Songs und ihrer Show, wie auch ihren äußerlichen Habitus nach Kräften überkommene gesellschaftliche Vorurteile und Tabus attackiert haben. An ihrer Musik interessiert mich natürlich keine Note, doch zwingt sie zu der Frage, und ist es faszinierend, zu sehen, wie deutlich und ungeniert diese Menschen ihr Ungenügen an den bestehenden Verhältnissen auszudrücken wissen. Anscheinend gelingt ihnen die Form des Protestes, den die ernsthafte Musik so viel authentischer und härter, aber umso ungehörter vorbringt. Der Trost, daß der Prophet im eigenen Lande nichts gelte, ist schwach geworden, denn dieses Land ist heute die ganze Erde.
Man kann, selbst wenn man musikalisch seriösere Dinge betreibt, das Phänomen von Pop und Protestsong nicht einfach übersehen. Problematisch wie die Frage, auf welche Weise wir unseren eigenen musikalischen Intentionen das rechte Gehör und Verständnis verschaffen können, ist die Frage, wie in jenen erwähnten Bereichen rechtes Bewußtsein unter falschen Formen der Mitteilung sich erhalten und verständlich machen könne und ob nicht auch dieses Bewußtsein durch die Gestalten seiner Äußerung auf die Dauer korrumpiert werde.
Ginge es nicht um brennend aktuelle kompositorische Probleme, so ließe sich dank dieser Frage schon ein Kompromiß vorschlagen. Es ließe der Versuch sich wagen, eine Synthese zwischen denen so symphatischen Songs und dem musikalischen Bewußtsein zu bilden, welches wir unbeirrt für das authentische und humanere halten. Doch stehen dem eben die Kriterien und die Logik dieses Bewußtseins entgegen, welche sich gegen einen solchen Kompromiß sperren und ihn seiner Kliscehaftigkeit überführen. Wie immer auch man versucht, die Lösung jenes Problems, welches sich uns nur musikalisch stellen kann, durch außermusikalische Schlüsse herbeizuführen, sieht man sich allerorten auf jenen Anspruch zurückverweisen, demzufolge eben diese Lösung nur aus der Sache selber heraus anzugreifen und zu bewerkstelligen ist. Erneut vollzieht sich da der Rückzug in den Elfenbeinturm, die geheiligte Festung autonomen Musikdenkens.

●

So billig es mir scheint, deren Mauern schleifen zu wollen durch eine Anlehnung an bestehende, bunt durcheinander gewürfelte musikalische Idiome, so sehr bin ich mir andererseits der Fragwürdigkeit eines bloßen Bestehenwollens auf den einmal eingenommenen Standpunkten bewußt. Doch hat der augenscheinliche Rückzug serieller Musik vor den alltäglichen Belangen zur Theorie des Elfenbeinturms als bloßem Mißverständnis geführt. So überflüssig das Lamentieren über die angebliche Misanthropie neuer Musik ist, so unsinnig ist die Behauptung, daß diese Musik in ihrer Isolation nicht mehr Bestandteil der Gesellschaft sei. Das simple Denkschema solcher Folgerungen verwechselt den Begriff der Gesellschaft mit dem der gesellschaftlich akzeptierten Handlungen und Vergnügen und bewegt sich auf einem Niveau der Argumentation, welches so primitiv ist wie etwa der geliebte Satz von den kriminellen Außenseitern der Gesellschaft. Gewiß ist Kriminalität nicht beliebt, doch ist sie ein integrierender Bestandteil der bestehenden gesellschaftlichen Formen, wie etwa Durkheim nachgewiesen hat. Was einem rechten Verständnis serieller Musik entgegensteht, ist weniger ihre bösartige Verschlossenheit. Vielmehr sind es die Bewußtseinsstruktur und die Interessen der bürgerlichen Mittelschicht, die sich zum unzulänglichen Kulturträger entwickelt hat und die mit peinlicher Akuratesse darüber wacht, daß ihre Ideale von Autorität nicht angegriffen werden. Sie scheint ein sicheres Gespür dafür entwickelt zu haben, daß neue Musik, indem sie rein musikalisch gegen die falschen Prinzipien hierarchischer Abhängigkeit sich wandte (die ist das Verhältnis des dodekaphonischen Prinzips zum tonalen), gegen unreflektierte Autorität überhaupt sich wendet. Daher die Allergie der europäischen Mittelschicht gegen neue Musik. Da sie, in Unkenntnis des objektiven Sachverhalts, nicht unmittelbar den Kern des gesellschaftlichen Problems rationalisieren kann, schafft sie sich Argumente, die lediglich ein Vorwand sind. Die peinliche Furcht vor den Dissonanzen oder den angeblich so schockierenden Klängen der elektronischen Musik. Wer aber der Kristallnacht oder den Greueln des Algerienkriegs lächelnd zuschaute, der soll mir nicht weismachen, er fürchte sich vor einer großen Septime. In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß gerade die Zurückgezogenheit der neuen Musik und ihr Bestehen darauf, das wesentliche kritische Argument ist, welches sie dem gesellschaftlichen Zusammenhang entgegenhält. Es ist dies nicht der Protest des Mannes, der schlicht nur „ohne mich" sagt; vielmehr ist die Zurückgezogenheit die gegenwärtig einzige Möglichkeit, die Integrität der kompositorischen Idee und die Schlüssigkeit ihrer Durchführung zu wahren, ohne ängstlich nach dem Beifall rechts und links haschen zu müssen. Als reaktionäre Geister dem ersten Buch von Boulez' Structures vollkommenen Verlust an Sprachlichkeit attestierten, ereiferten sie sich ausgerechnet über ein Werk, welches mit dem unverständlichen Geplapper der neoklassizistischen musicbox und der Webernepigonen endgültig gebrochen hatte, um eine präzise, deutliche musikalische Sprache zu sprechen. So ist es um die Dialektik musikalischer Wahrnehmung heute bestellt.

●

Die Ächtung serieller Musik, die ja in weitem Umfange auch heute noch andauert, hat selbstverständlich Reaktionen bei den Komponisten ausgelöst. Ausführlich war hier die Rede, von jener Panik, die viele Komponisten die Würde ihrer Person und ihr kompositorisches Niveau vergessen ließ um sie zur Übernahme musikalischer Elemente zu verführen, die gewissermaßen Garanten populären Erfolges zu sein scheinen. Doch sind aus dieser Zuneigung zwischen Reihe und Pop bislang nur Wechselbälge gezeugt worden. Die andere Art der Reaktion ist die eines ängstlichen Behütens der sogenannten strukturellen Sauberkeit serieller Strukturen und Methoden. Sie hat den Nachteil, vor lauter Behutsamkeit das nicht Sprache werden zu lassen, was mit diesen Methoden und Strukturen gemeint ist. In vielen solcher Werke klappert daher nur der serielle Mechanismus, schlecht geölt.
Mir scheint, daß die fruchtbarste Lösung des Problems weder auf der einen noch auf der anderen Seite liegt, noch etwa in ihrer bloßen Zusammenfassung. Wenn aber die Existenz serieller Musik der Stachel im Fleische bürgerlichen Bewußtseins ist, so sollte sie es als ihre Aufgabe betrachten, den Protest, dessen Emblem sie ist, mittels ihres eigenen Vermögens zur Sprache zu bringen. Ich wiederhole, was ich eingangs sagte, nämlich daß es mir ferne liegt, Ihnen parate Lösungen, musikalische Kochrezepte, anzubieten. Reflexion tut heute ohnehin mehr vonnöten. Doch scheint mir, daß serieller Musik durchaus die Chance gegeben ist, das Anliegen ihres Daseins deutlich zur Sprache zu bringen, indem sie ihre Methoden der Materialorganisation dank ihrer eigenen Mittel zu einer Strategie einer authentischen musikalischen Artikulation, einer neuen Musiksprache entfaltet. Die Wege, die sich einer authentischen seriellen Komposition heute noch eröffnen, sind fruchtbar und vielfältig, was sich allerdings nicht durch Worte, sondern nur durch Werke beweisen läßt. Und es wäre bedauerlich, wenn der Geist, für den Musik einstehen soll, will sie nicht zur Farce des Glasperlenspiels werden, — wenn dieser Geist um der Popularität der Werke willen sich aus deren Gestalten zurückzöge.

P. G. Hübsch

Beweisführung zur Rettung der Comic-Strips

beweisführe die
meyne vürtröffliche genasführung,
blubbte (plab, blap) mynnig sänger-
leyn zu reymen
auf gehodelte spene:
scheme
DICH: ach, DU meyne göte
murmauzte indeß
mutta wettink
und hobbeste greußlich
di trüpper-sültze
in manch gar fiel lustig
trähnsecklein.

in nebenreumen
pläpisszitierte jedoch die
klar-rauch-schwängerin in
plustricke beuche, wrangte
auß das beuschleyn: die
trobische hizze reschnete
wollfeden ..... OH DU
ariadne
waß hasst tu getan?
waß hasst DU ßu schaffen
mit pruder & schweßter?
wahrum bietstu nich mir
deine tleinen teller-wischen-

stunten, gaap isch doch
eihn treumleyn einst für
hungrische liepe!
wehnst dich wohl im
wohlstand, wehnst dich
in garten-laupen-ßeiten (ureult,
würte dschon lennen nu sachen)?

ressümyr nu: isch,

schteil fest: haben wir alle doot-
getreten, littel DOT, aus
kommicks-schtrip-orgasmen, ettgar
welles, blutisch gemauschelt in
flimmervielmen. un auch föbe ßeitgeißt
nahmt ihr mit — farnwirmal-schneil:
inde uhessahh.

pliep, verpliep: unß
ueberisch: ohnlie neschenell aigenthum:
ficks&phocksi.

iß wohl alleß forpei?
iß wohl aales ßu pät?
iß auss der traum, wer weiss?
(würte der bietell sachen)
wer weiß?

Horst Bingel

Gegend, austauschbar

Diese Gegend ist
mies wir haben viel Gemeinsames
die Liebe zu Katzen und Hunden
und die Unlust am Morgen wenn
in dieser Gegend
ein Mensch stirbt pflanzen
sie Bäume der Tod
ist nicht irgendwer
gestern die Schule war gerade aus
kam ein Junge unter die Räder
eines Autos die Zeiten
sind schlecht früher waren die Menschen
besser so sagten sie
es ist richtig daß die Mutter
mit dem Jungen ins Krankenhaus fährt
45 Minuten lag er
auf dem Trottoir wenn ich nicht
Angst hätte aufzufallen
hätte ich dem Jungen eine Decke gebracht.

Klaus Kalmück

DIESER VORMITTAG IST EINE ETÜDE

wenn die kälte ihr beil nimmt
und das fensterglas spaltet
ist ein ton im zimmer
auf dem ein erfrorner vogel reitet

Günter Kunert

Angewandte Klassik

Leichter Nebel. Ostwind Stärke drei.
Es ist sechzehn Uhr fünfundzwanzig.
Weil Radio ist und weil Zweisamkeit ist
ist die Stunde heran: da
werden Weiber zu Syrenen
und
halb zog sie ihn halb sank er hin
und
wie du mir so ich dir: Kirke
zaubert und sogleich vermischt sich
des Ansagers Stimme mit dem immer wieder
einmaligen
dem unsterblichen dem göttlichen Grunzen:
leichter Nebel Ostwind Stärke drei:
Jetzt ist es jetzt ist es jetzt ist es
unwiderruflich bis zum nächsten Mal
siebzehn Uhr Null fünf

Unschuld der Natur

Die abgefallnen feuchten Blätter von den Birken
Zerdrückte sie mit ihrem Hintern fest und weiß,
Derweil da einer sich auf ihr vergnügte
Gleich einem Tiere und gewärtig ihres Schreis

Und voller Ungeduld, daß der schon käme
Aus ihrem lustversunkenen gewalkten Leib,
Unsäglich tönend aus bewußtseinsfernen Tiefen,
Wo Fleisch bloß ist des Fleisches Zeitvertreib.

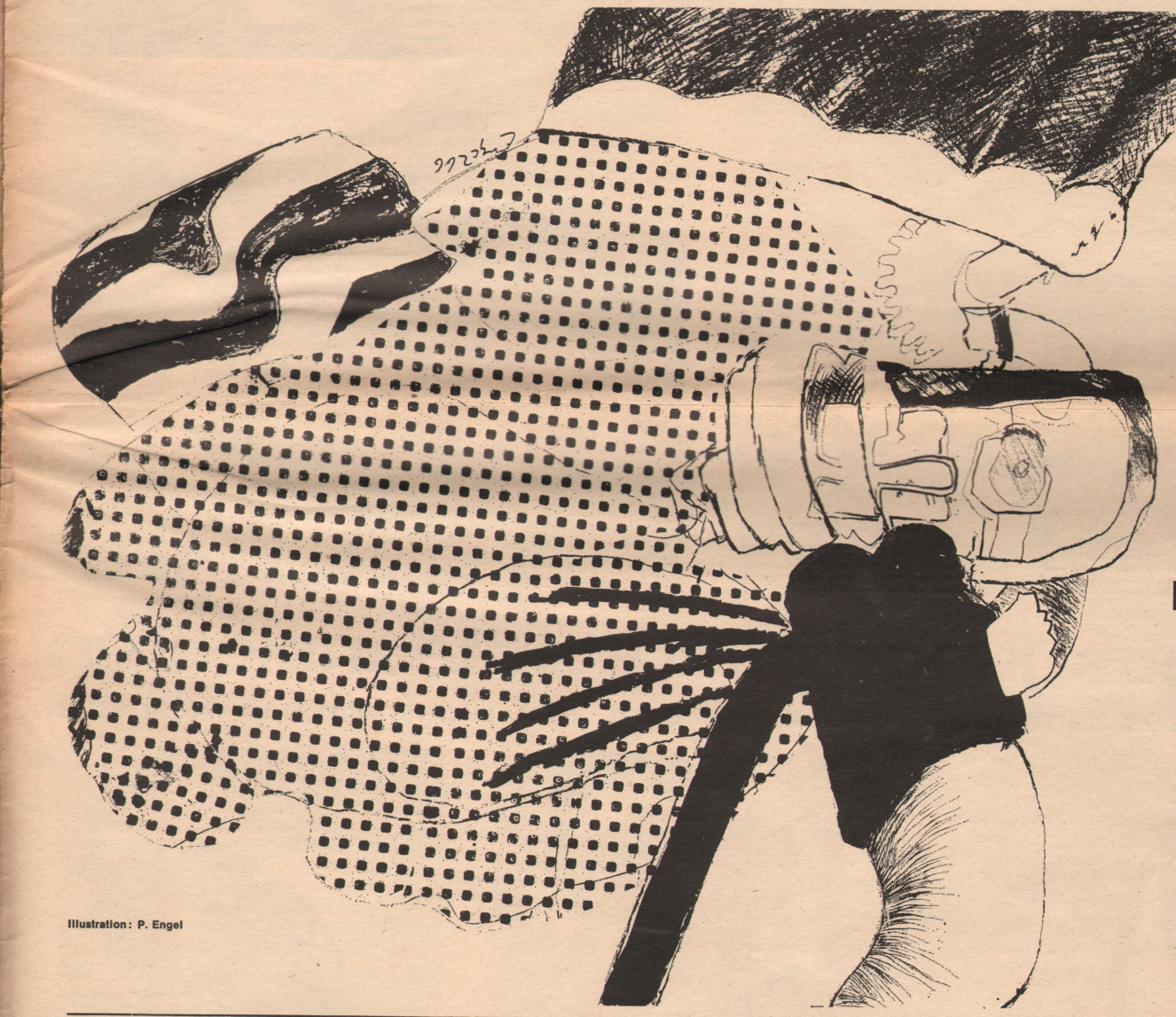


Illustration: P. Engel

Engel macht zur Zeit Motorrad bilder-und Blätter Engel mac ht zur Zeit Moto rrad bilder- und Blätter Engel macht zur Zeit Motorradbi lder-und Blätter Engelmach t zur Zeit Motorra dbilder-un d Blätter Engel macht zur Zeit

Ulrich Luetjohann

Freuden-Bilder

die schicht ist vergröbert
durch einzelne spalten,
in denen sich alles verdunkelt:

als sie die namen nannten,
ein heimliches flüstern,
auf das die wärterin lauert.

nur schnell vorbei
an den langen, blutroten fallen,
die keine unterschiede haben.

Agno Stowitsch

Öbstlich

gib mrr das äpfelchen oder
gib mrr alle beide

die firsische gib mrr

gib mrr das eine
gib mrr das andre

gib mrr das messrrchen das
spitzige
scharffe
messrrchen!

Günter Kunert

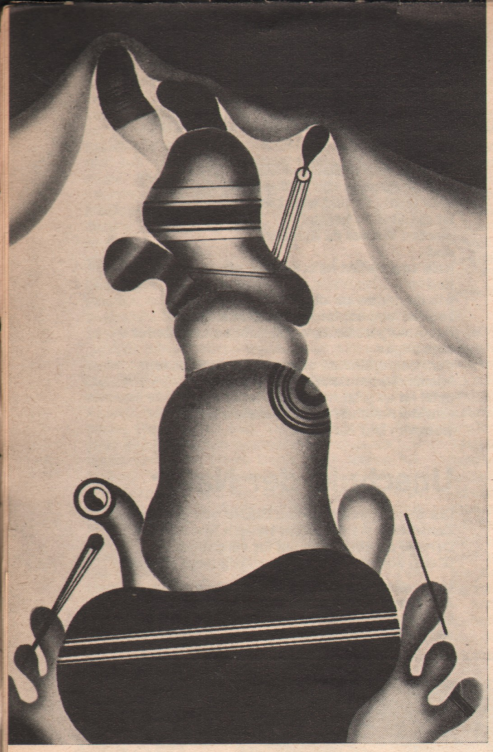
Pirsch

Aufgespürt in wortlosen Wäldern,
wenn schon die Sonne weg und weg
die Scheu,
und Dunkel kam und stieg
aus Moos und Schoß, aus Wurzelmuskeln
aufgebäumten Gehölzes,
das Tier,
das mit zwei Rücken, vier ruhelosen Beinen,
das röhrt und seufzt
bis über ihm zusammenschlägt
das allgemeine Schweigen doch.

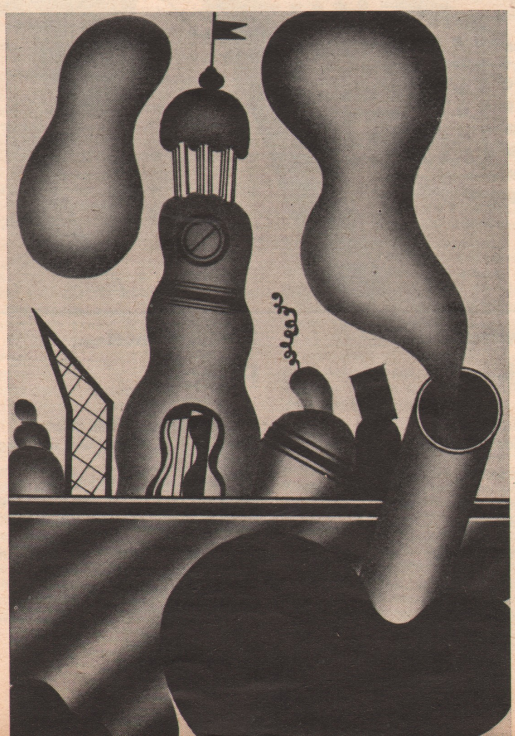
Ferne Verwandtschaft

Jagen in maßvoller Eile aufeinander zu
Einholen
Unaufhörliches Ausbreiten übereinander
Quirlen Quertreiben
Ich über dir dir Du über mir
Geknäult geballt
Wir
Günstigen Sturmes Verkuppelte: Er schwindet
Wir bleiben aufgetürmt stehen
Ragend und reglos
Einmal doch dann davongetragen und getrennt
Von unbegreiflichen Strömungen
Dahin und weg

Erinnert einzig von den Liebenden
Den erdhaften Abbildern der Wolken.



Der Henninger-Turm mit Aussichtsdrehrestaurant.
The Henninger Tower with panoramic revolving restaurant
La Tour Henninger avec restaurant panoramique tournant

nikolaus jungwirth · städteansichten

mit grüßen aus darmstadt, frankfurt, hamburg, köln, rüdesheim und wiesbaden